

Klimaschutzpolitik.

Wie stehen die Bundestagsparteien zum Klimaschutz?



Gliederung des Vortrags



- 1) Klimawandel und Klimaschutz – (k)ein **Thema im Bundestagswahlkampf?**
- 2) Wie entwickelt sich der **Klimawandel?**
- 3) Welche Handlungsempfehlungen gibt es von **wissenschaftlicher Seite?**
- 4) Was sagen die **Wahlprogramme der Bundestagsparteien** zum Klimaschutz?
- 5) Gibt es **Parteien, die nicht im Bundestag vertreten** sind und sich für Klimaschutz stark machen?
- 6) **Wahl-o-mat** – Welche Parteien gelten diesem Tool nach als „klimafreundlich“?
- 7) „Mehr Klimaschutz“ – ein wichtiges Motiv bei der **Wahlentscheidung am 23.09.?**

TV-Duell Merz vs. Scholz: „Gipfel der Zukunftsverweigerung“ – nur 97 Sekunden fürs Klima

12.02.2025, 06:05 U
Von: [Paula Völkne](#)

„Kann es sein, dass die sich anbahnende Klimakatastrophe Kanzlerkandidaten-Duell im ÖRR überhaupt keine Rolle ein User auf X nach dem TV-Duell ungläubig.

Luisa Neubauer: „Unfassbar“

In der Tat. Nicht einmal wurden Olaf Scholz und Friedrich die Klimakrise angesprochen. Das erzürnt auch Luisa Neubauer. Auf X schreibt die Aktivistin: „Für die Wähler:innen ist es relevant. Für die künftige Regierung ein Dauerthema. Für die Zukunft Deutschlands existenziell. Und sie stellen im TV-Duell nicht eine Klimakrise dar.“

Klimaschutz als "Luxusgedöns"?

Es fehle die ernsthafte Debatte, allerdings nicht nur im Wahlkampf, sondern auch gesamtgesellschaftlich. Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), kritisierte im Januar in der Neuen Osnabrücker Zeitung: "Manche tun so, als gehöre Klimaschutz zum Luxusgedöns. Nach dem Motto: Wenn wir politisch nix mehr zu tun haben, wenn die Wirtschaft wieder richtig brummt, dann machen wir mal wieder Klimapolitik."

Bundestagswahl

Warum der Klimawandel im Wahlkampf untergeht

Temperaturrekorde brechen, Extremwetter nimmt zu – doch im Wahlkampf wird die Klimakrise kaum beachtet. Dabei sehen sie viele Wähler als größte Herausforderung. Woran liegt das? Und kann die nächste Bundesregierung den Klimaschutz weiter ignorieren?

14.02.2025

Proteste von "Fridays for Future"

Die vergessene Klimapolitik

Stand: 14.02.2025 16:49 Uhr

Tausende Menschen haben bundesweit für mehr Klimaschutz demonstriert - auch mit Blick auf die kommende Regierung. Doch im Wahlkampf spielt das Thema kaum eine Rolle. Woran liegt das?

Klimaschutz - auch bei den Grünen kein Topthema

Eine der Parteien, von denen man eine Fokussierung auf das Thema erwartet hätte, sind die Grünen. Doch auf den wenigsten Wahlplakaten taucht das Wort Klimaschutz auf. In Wahlkampfdebatten - digital wie auch im Fernsehen - konzentrieren sich die Grünen auf Themen wie Wirtschaft und Migration. Erst zum Ende des Wahlkampfes präsentierte die Bundesregierung eine "Zukunftsagenda" mit Klimaschutz als

Warum der Klimawandel im Wahlkampf untergeht

Laut einer Analyse des Deutschlandfunks vom 14.02.2025 können fünf Gründe hervorgehoben werden, warum „der Klimawandel im Wahlkampf untergeht“

- 1) Wirtschaft und Migration dominieren den Wahlkampf 2025
- 2) Klimaschutz als Sündenbock
- 3) Darstellung in den Medien
- 4) Fehlender politischer Mut und Angst vor Wählerverlusten
- 5) Verzögerungstaktiken und Einfluss von Lobbygruppen



Im Wahlkampf wird Klimaschutz oft als teuer dargestellt. Doch nichts zu tun wird noch teurer, zeigen Studien. Extremwetter wie Hochwasser werden in Zukunft häufiger auftreten und Milliarden kosten. (picture alliance / Panama Pictures / Christoph Hardt)

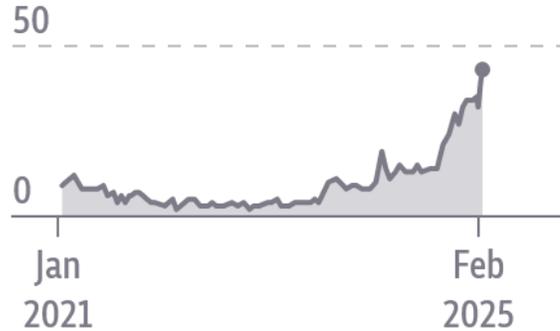
<https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2025-wahlkampf-klimaschutz-100.html>

Die wichtigsten Probleme in Deutschland

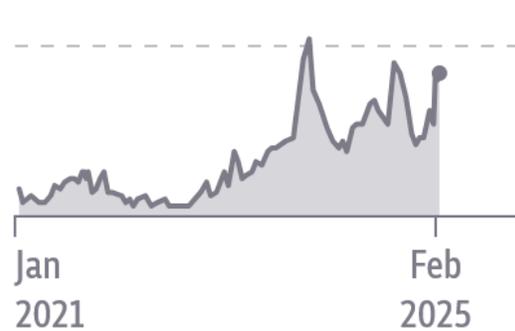
Anteil der Antworten in Prozent

Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten Probleme in Deutschland?

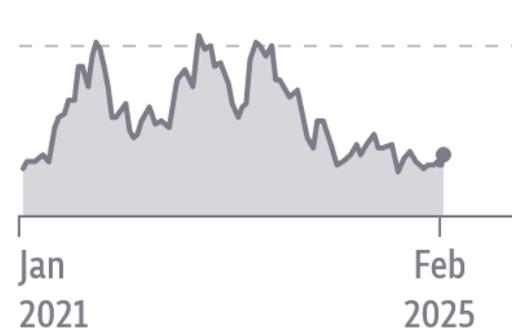
1. Wirtschaftslage (43 % der Befragten)



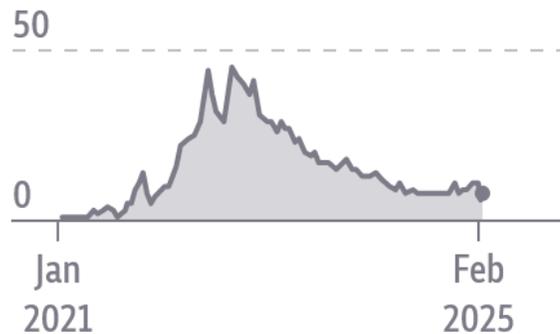
2. Migration und Flucht (42 %)



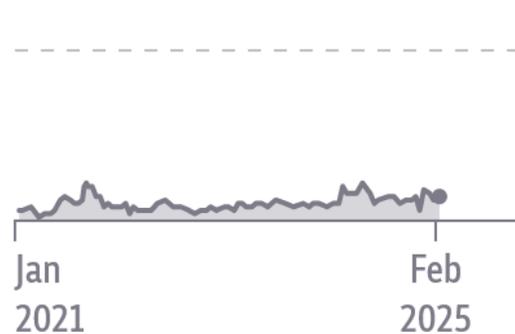
3. Energie und Klima (18 %)



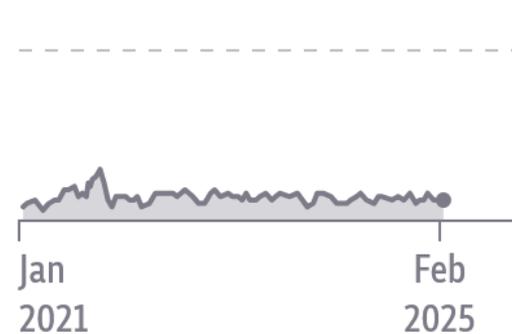
4. Preise und Löhne (8 %)



5. Renten (7 %)



6. Soziales Gefälle (6 %)



„Auch die Themen Energie und Klima sowie Preise und Löhne beschäftigen die Menschen nicht mehr so stark wie dies noch vor zwei oder drei Jahren der Fall war. **Nicht einmal jeder Sechste** beziehungsweise nur etwa jeder Zehnte **hält dies derzeit für das drängendste Problem im Land.**“

Stand: 14.02.2025. Die Prozentwerte können sich zu mehr als 100 Prozent aufsummieren, da die Befragten zwei Probleme nennen können.

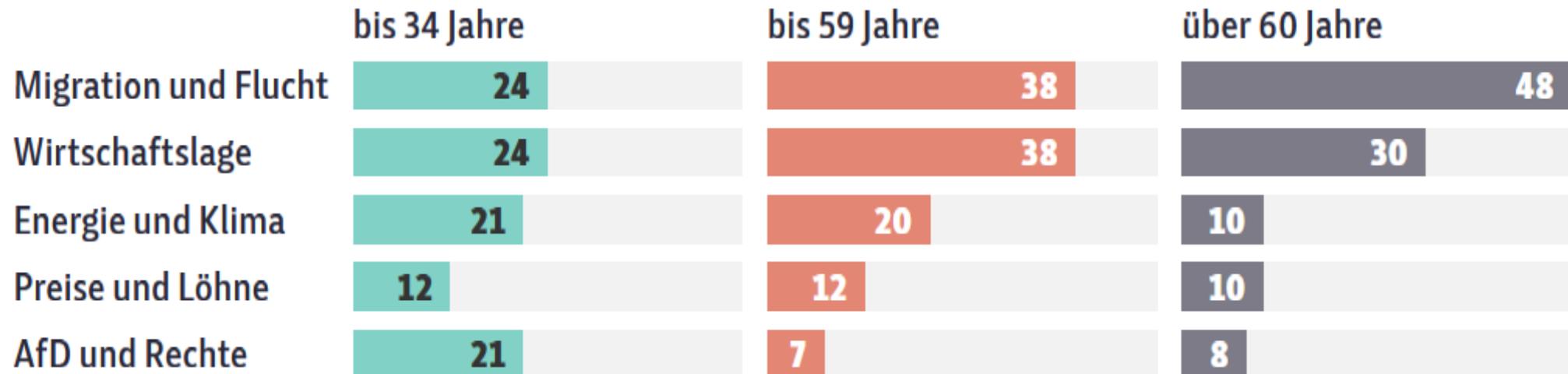
Quelle: [Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer](#)

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahlumfrage-themen-migration-wirtschaftslage-li.3186450>

Auch das Klima und der Rechtsruck beschäftigen junge Menschen

Einschätzung der wichtigsten Probleme in Deutschland aufgeschlüsselt nach Altersgruppen

■ bis 34 Jahre ■ bis 59 Jahre ■ über 60 Jahre



Stand: 30.01.2025. Die Prozentwerte innerhalb einer Gruppe summieren sich teils zu mehr als 100 Prozent auf, da die Befragten zwei Probleme nennen können.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer

Gliederung des Vortrags



1) Klimawandel und Klimaschutz – (k)ein **Thema im Bundestagswahlkampf?**

2) Wie entwickelt sich der Klimawandel?

3) Welche Handlungsempfehlungen gibt es von **wissenschaftlicher Seite?**

4) Was sagen die **Wahlprogramme der Bundestagsparteien** zum Klimaschutz?

5) Gibt es **Parteien, die nicht im Bundestag vertreten** sind und sich für Klimaschutz stark machen?

6) **Wahl-o-mat** – Welche Parteien gelten diesem Tool nach als „klimafreundlich“?

7) „Mehr Klimaschutz“ – ein wichtiges Motiv bei der **Wahlentscheidung am 23.09.?**

Temperaturanomalie

Deutschland Jahr
1881 - 2024
Referenzzeitraum 1961 - 1990

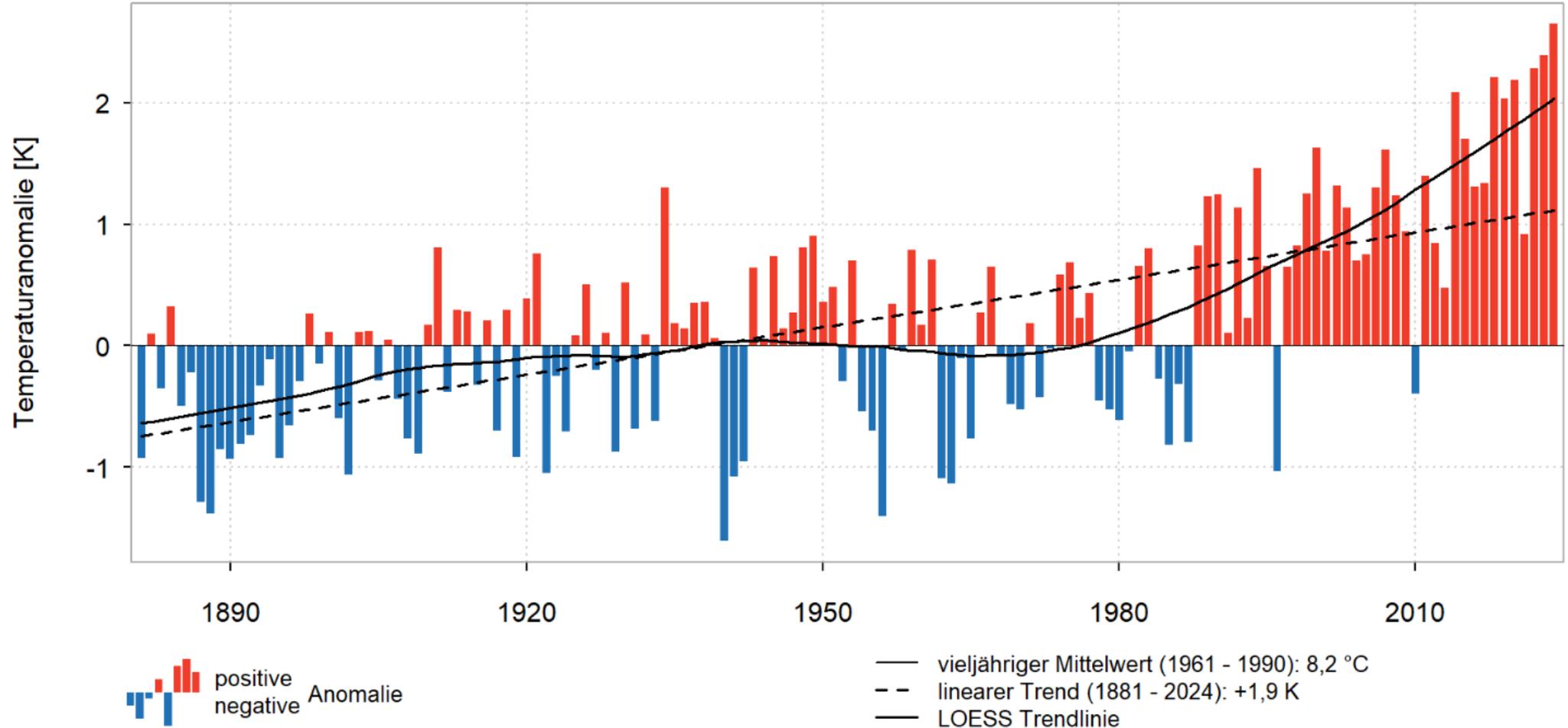


Abb. 1: Abweichungen der Jahrestemperaturen für Deutschland 1881–2024 vom vieljährigen Temperaturmittel 1961–1990.

Abteilung
Klimaüberwachung

Deutscher Wetterdienst
Wetter und Klima aus einer Hand



Klimatologischer Rückblick auf 2024: Das bisher wärmste Jahr in Deutschland

Autoren: K. Friedrich, D. Niermann, S. Haeseler, P. Bissolli, F. Imbery

Stand: 16.1.2025

Hochwasser: Polen ruft Katastrophenzustand aus

16.09.2024 | 20:09



Dramatische Lage in Teilen Europas: Wegen schwerer Überschwemmungen gilt in Polen der Katastrophenzustand. Die Zahl der Toten erhöhte sich europaweit auf insgesamt mindestens 17.



<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/unwetter-hochwasser-tote-schaeden-europa-100.html>

Nach der Flut: Valencia räumt immer noch auf

von Brigitte Müller, Valencia

18.12.2024 | 06:00



Ungewöhnlicher Starkregen hatte in der Region Valencia am spanischen Mittelmeer Ende Oktober zu heftigen Überschwemmungen geführt. Die Folgen sind nach wie vor überall zu spüren.



<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/valencia-flut-unwetter-spanien-folgen-100.html>

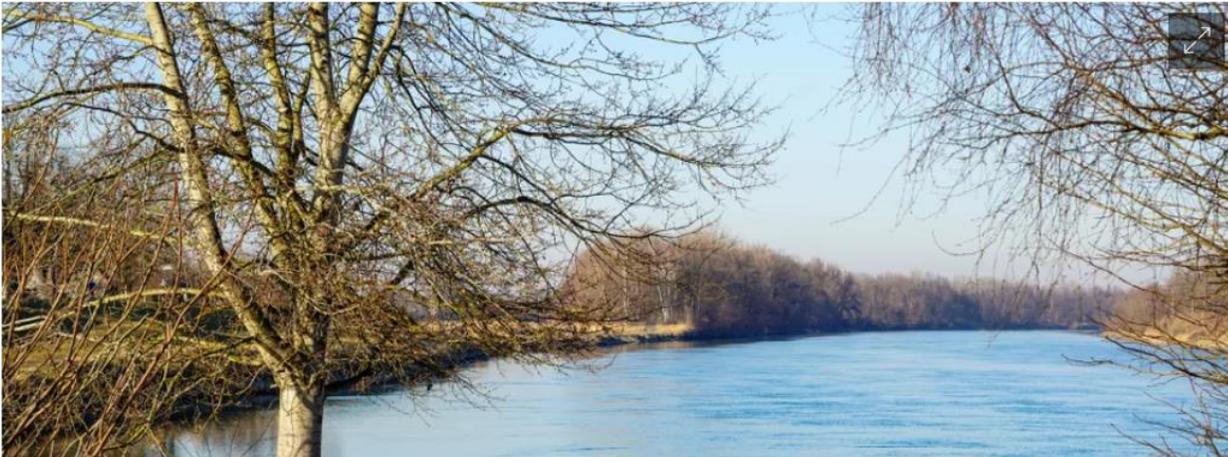
Daten des EU-Erdbeobachtungsprogramms

Der Januar 2025 war der wärmste je gemessene

Selbst in Zeiten globaler Erwärmung ist dieser Befund eine Überraschung: Wegen des Wetterphänomens La Niña erwarteten Experten eine leichte Abkühlung. Nie aber wurde ein wärmerer Januar gemessen als in diesem Jahr.

06.02.2025, 15.06 Uhr

3 Min



13,23 ° C

+1,75 ° C

gegenüber dem
vorindustriellen
Zeitalter

Quelle: Monatsbericht
01/2025 des EU-
Erdbeobachtungs-
programms Copernicus

Umweltmonitor 2024: Maßnahmen für Klimaschutz zeigen Wirkung

Andere Umweltbereiche sind vom Ziel noch weit entfernt – etwa der Zustand unserer Gewässer.



Flusslandschaft

Quelle: Eugeny Moskvitin / Fotolia.com

„Gute Nachrichten zum Klima: Mit einem ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien [...] bleiben **die nationalen Klimaziele bis 2030 sektorübergreifend erreichbar**. Die Emission von Treibhausgasen ist sogar im grünen Bereich: Insgesamt wurden 2023 in Deutschland rund 674 Millionen Tonnen Treibhausgase freigesetzt – **76 Millionen Tonnen oder 10,1 Prozent weniger als 2022. Dies ist der stärkste Rückgang seit 1990**. Gründe sind der gestiegene Anteil erneuerbarer Energien, ein Rückgang der fossilen Energieerzeugung und eine gesunkene Energienachfrage bei Wirtschaft und Verbraucher*innen. Allerdings ist der Verkehrssektor nicht auf Kurs und muss beim Klimaschutz deutlich nachsteuern.“

(13.05.2024)

Gliederung des Vortrags



- 1) Klimawandel und Klimaschutz – (k)ein **Thema im Bundestagswahlkampf?**
- 2) Wie entwickelt sich der **Klimawandel?**
- 3) **Welche Handlungsempfehlungen gibt es von wissenschaftlicher Seite?**
- 4) Was sagen die **Wahlprogramme der Bundestagsparteien** zum Klimaschutz?
- 5) Gibt es **Parteien, die nicht im Bundestag vertreten** sind und sich für Klimaschutz stark machen?
- 6) **Wahl-o-mat** – Welche Parteien gelten diesem Tool nach als „klimafreundlich“?
- 7) „Mehr Klimaschutz“ – ein wichtiges Motiv bei der **Wahlentscheidung am 23.09.?**

Wie kann Deutschland Klimaneutralität erreichen?

Drei Beispiele für wissenschaftliche Studien mit konkreten Transformationsszenarien und Handlungsempfehlungen



<https://www.umweltbundesamt.de/rescue>



Agora Think Tanks (2024):
Klimaneutrales Deutschland. Von der Zielsetzung zur Umsetzung.



https://www.stiftung-klima.de/app/uploads/2025/01/Politikempfehlungen_2025.pdf

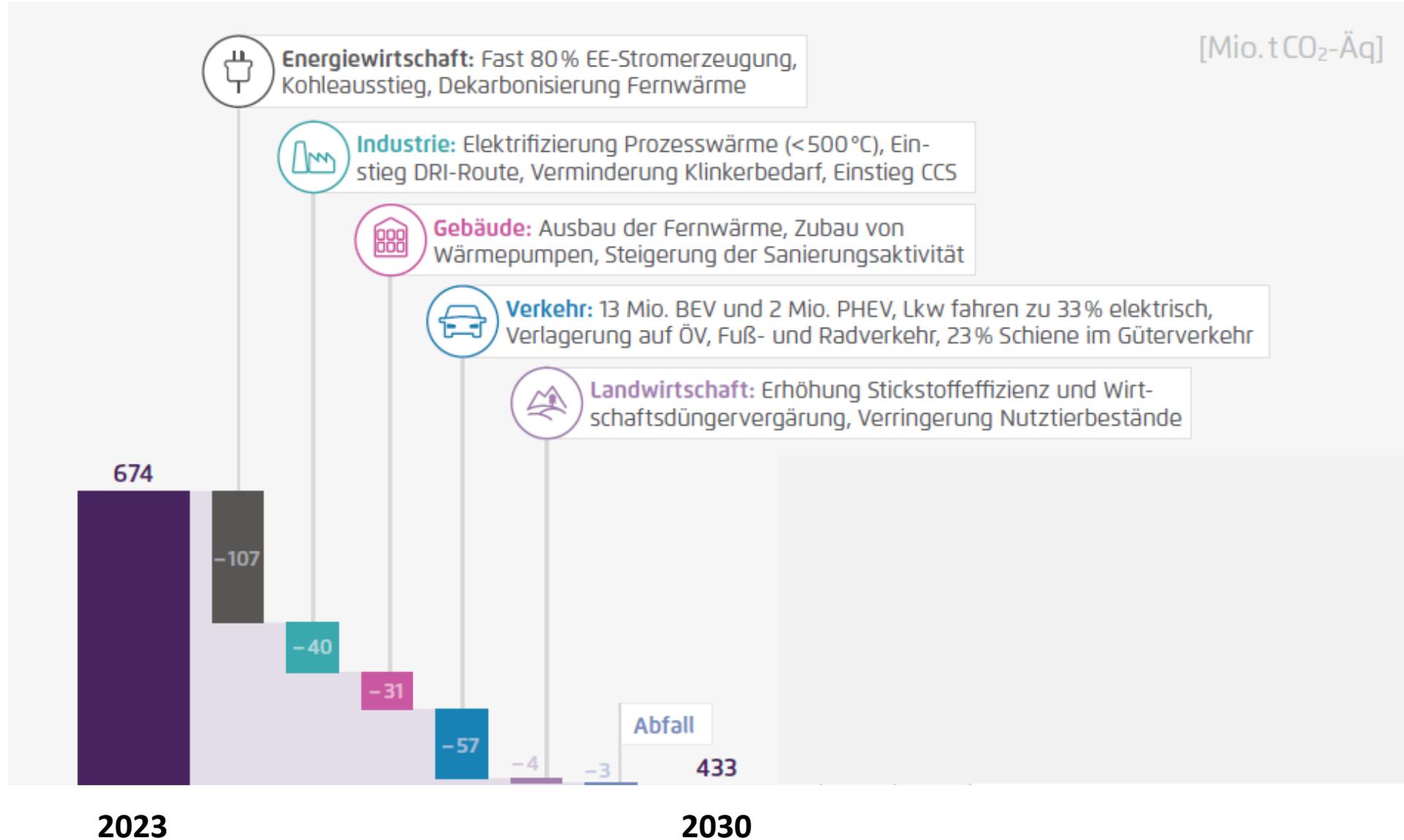


Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	6
Zusammenfassung	7
1 Einleitung	14
2 Das Szenario im Überblick	16
2.1 Gesamtinvestitionen und Klimaschutzinvestitionen	18
2.2 Politikoptionen für den Übergang zur Klimaneutralität	20
Preisbasierte Anreize	20
Marktregulierung	20
Infrastruktur	21
Finanzielle Unterstützung	21
2.3 Vom Instrument zum Paket: Gründe für eine Kombination verschiedener Politikinstrumente	22
3 Die Sektoren im Detail	24
3.1 Energiewirtschaft	24
2025 bis 2030: Der Sprint bis zum Jahr 2030	25
2030 bis 2040: Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Stromsystem	28
2040 bis 2045: Unterwegs zu netto Null und Negativemissionen	30
3.2 Industrie	31
2025 bis 2030: Strom löst Erdgas als zentralen Energieträger ab	32
2030 bis 2040: Das Ende der fossilen Ära	34
2040 bis 2045: Die Industrie als Netto-Kohlenstoffsенke	36
3.3 Gebäude	37
2025 bis 2030: Zügiger Einstieg in grüne Wärmeversorgung und	

Maßnahmen im Szenario Klimaneutrales Deutschland 2024.

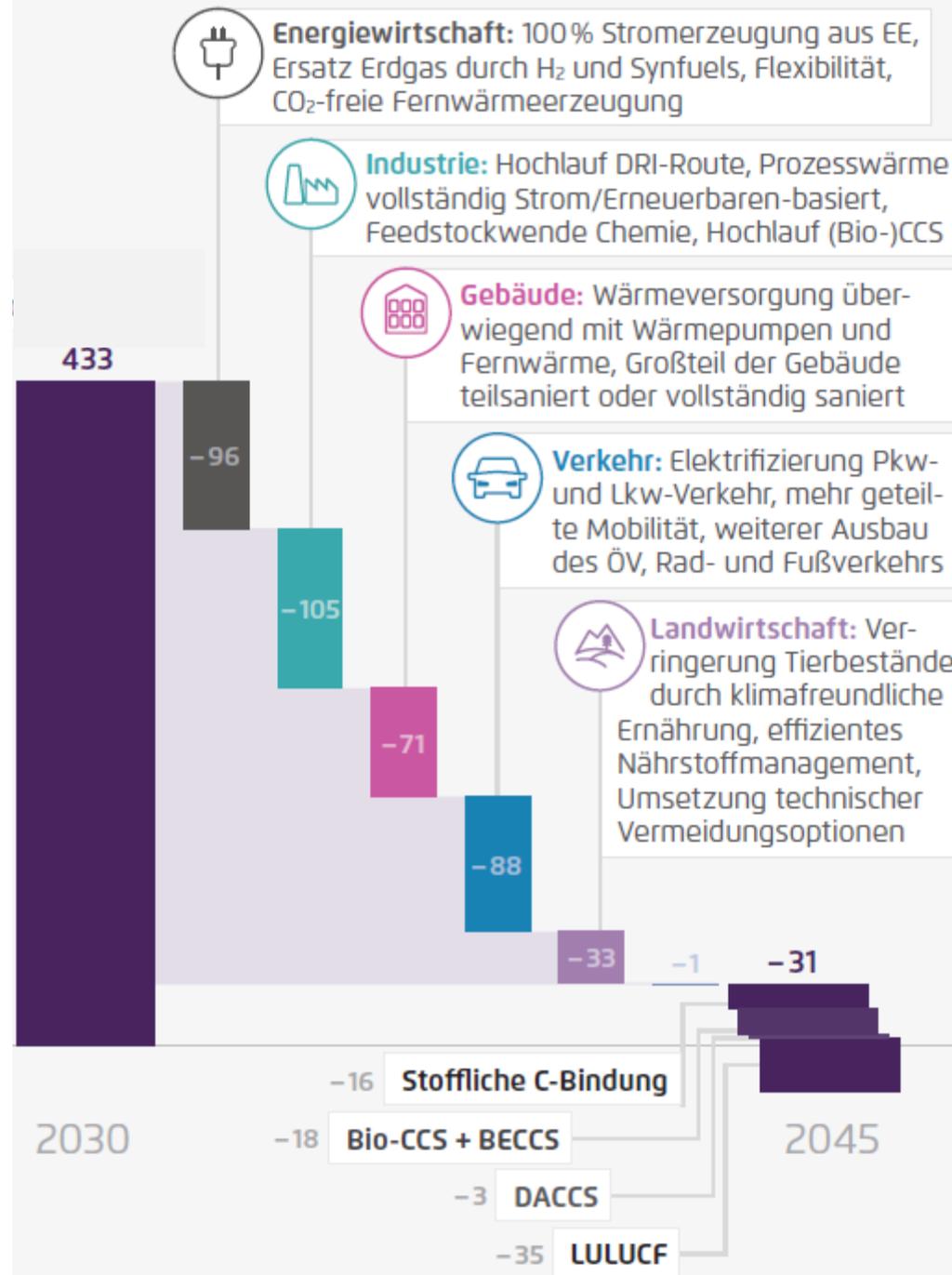
Reduktion von 674 auf 433 Mio. tCO₂-Äq (2023 – 2030)



Agora Think Tanks
(2024):
Klimaneutrales
Deutschland. Von
der Zielsetzung zur
Umsetzung. S. 16

Abb. 1, Ausschnitt

Maßnahmen im Szenario Klimaneutrales Deutschland 2024. Reduktion von 433 auf -31 Mio. tCO₂-Äq (2030 – 2045)

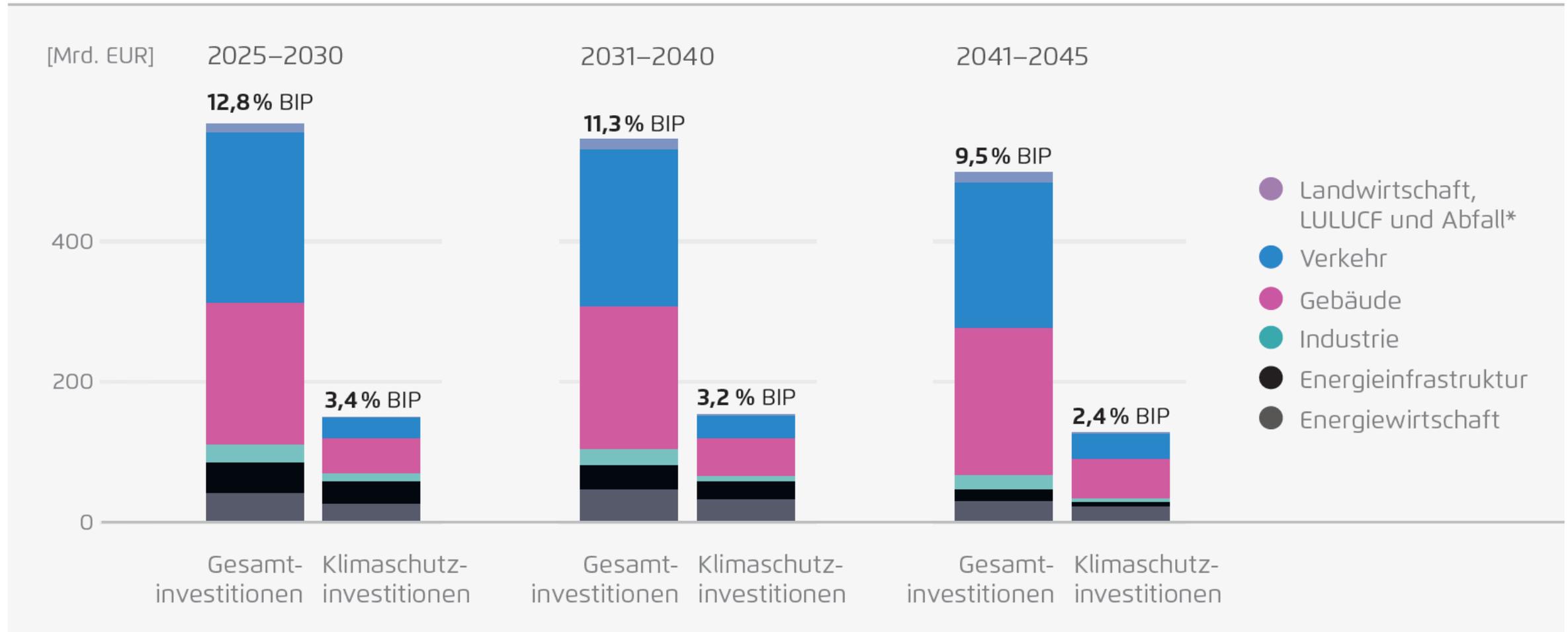


Agora Think Tanks (2024): Klimaneutrales Deutschland. Von der Zielsetzung zur Umsetzung. S. 16

Abb. 1, Ausschnitt

Gesamt- und Klimaschutzinvestitionen in den Sektoren als Anteil am Bruttoinlandsprodukt

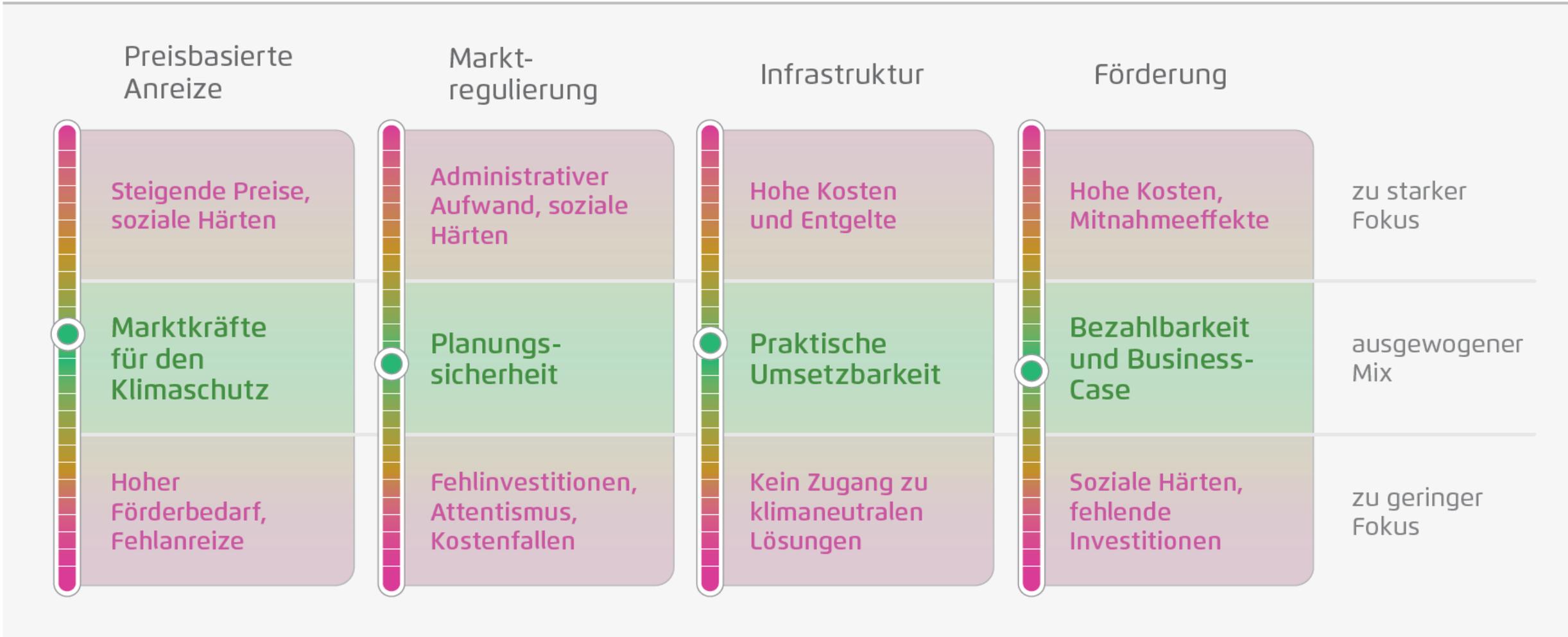
→ Abb. 4



Agora Energiewende, Prognos, Öko-Institut, Wuppertal Institut und Universität Kassel (2024). Anteil am Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Zeitraums, in realen Preisen (2023). * Berechnungen umfassen nicht alle Kategorien notwendiger Investitionen.

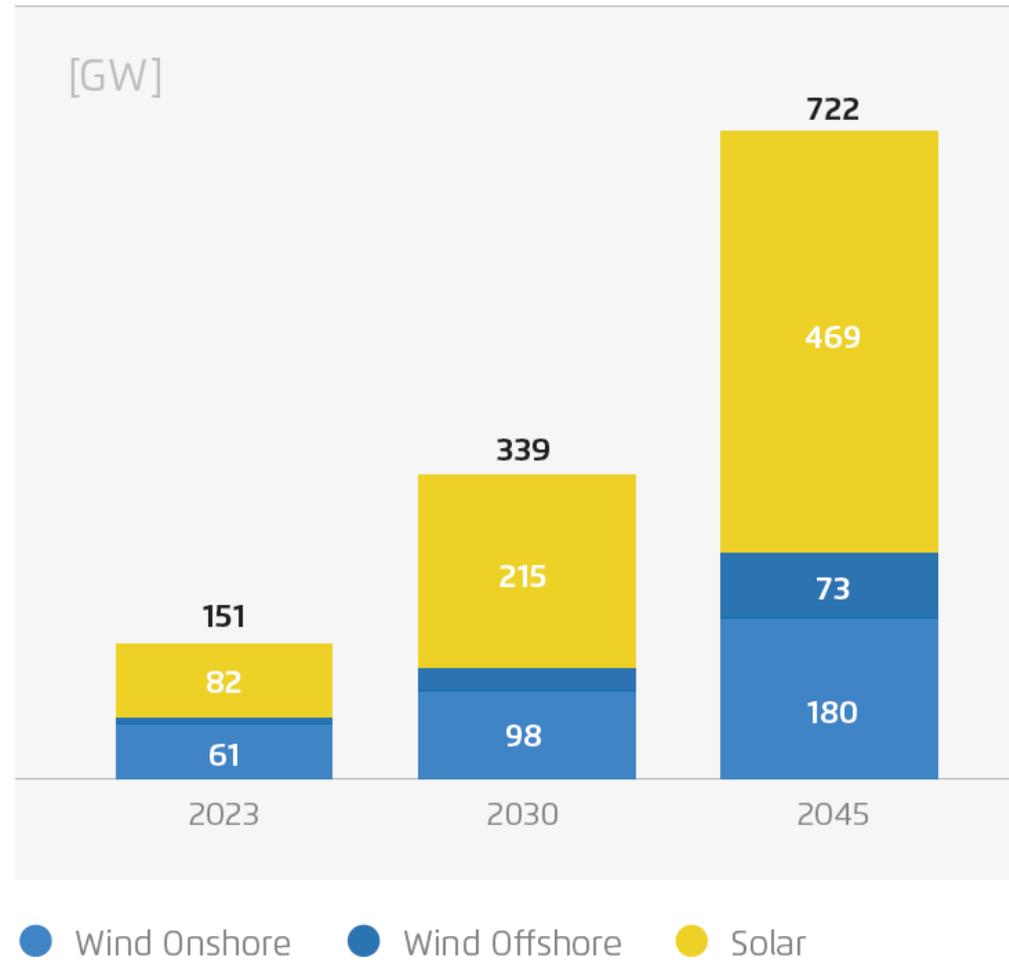
Politik-Mix für eine ausgewogene Klimapolitik

→ Abb. 5



Installierte Leistung

→ Abb. 9



Agora Energiewende und Prognos (2024)

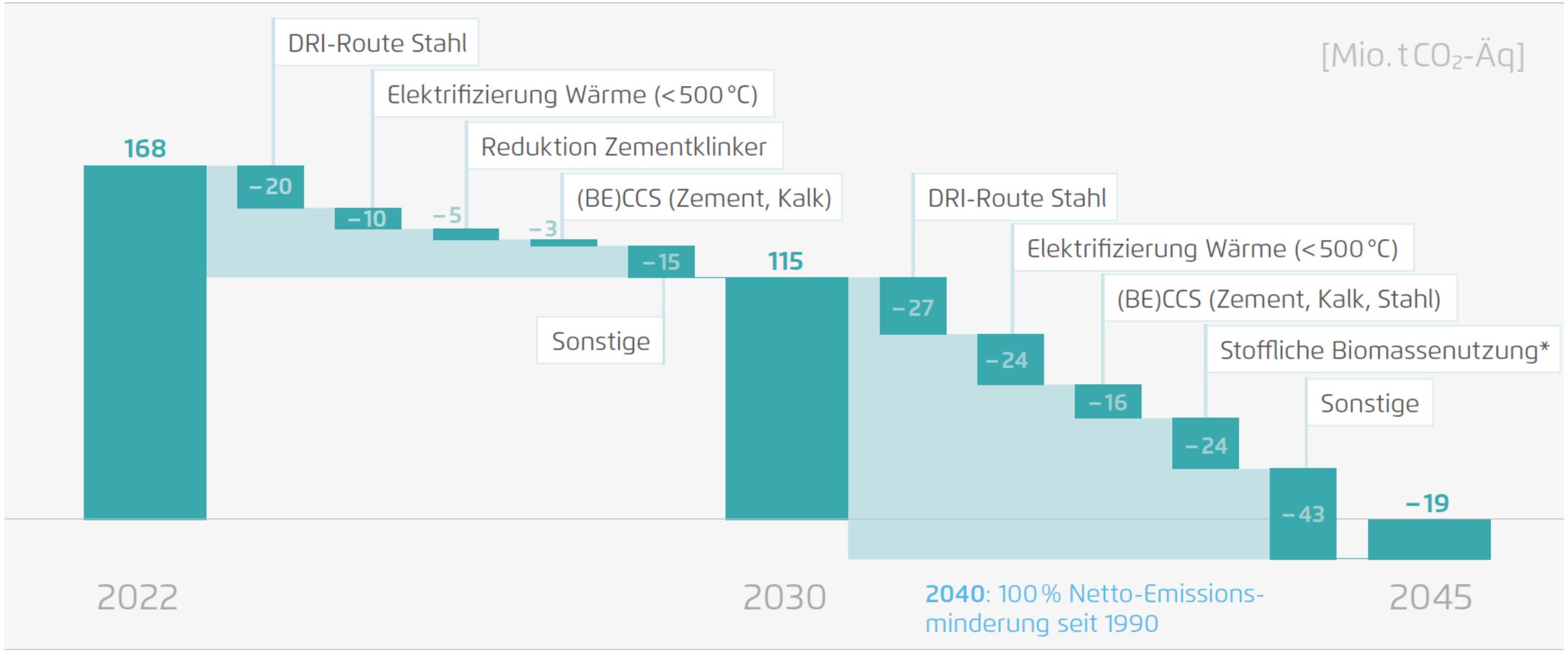
Agora Think Tanks
(2024):
Klimaneutrales
Deutschland. Von
der Zielsetzung zur
Umsetzung. S. 26

 Marktregulierung	 Preisbasierte Anreize	 Finanzielle Unterstützung
<p>→ Absicherung EE-Ausbau: Investitionsinstrument (Bund), beschleunigte Flächenausweisungen (Länder) und zügige Genehmigungen (Kommunen)</p>	<p>→ Möglichkeit zur Kombination von PPA und staatlichen Investitionsinstrumenten, die Preissignale reflektieren</p>	<p>→ Absicherung der Wirtschaftlichkeit von Dach-PV über eine Kombination von Vor-Ort-Verbrauch mit einer einfachen Einspeiseprämie</p>
<p>→ Verpflichtung der Stromversorger zur Garantie der Versorgungssicherheit ihrer Kunden (dezentrale Kapazitätsmechanismen/Hedging)</p>	<p>→ Lösen von einheitlicher Strompreiszone und Phase-in dynamischer Netzentgelte und Tarifmodelle</p>	
<p>→ Ende staatlicher CO₂-Zertifikatsausgabe 2039 (ETS I)</p>	<p>→ CO₂-Preisfad auf 132 bzw. 194 EUR je Tonne im Jahr 2030 bzw. 2045 (ETS I)</p>	<p>→ Ausschreibungen steuerbarer Back-up-Kraftwerke, Förderung H₂-Einsatz über Umlagesystem</p>
<p>→ Gasverteilnetze: Stilllegungen ermöglichen, Stranded Assets und unverhältnismäßige Anstiege der Netznutzungsentgelte vermeiden</p>	<p>→ Fernwärme-Verbraucherschutz durch Transparenzplattform und Ex-post-Preisaufsicht</p>	<p>→ Bundesförderung Effiziente Wärmenetze mit 3 Mrd. EUR/Jahr fortführen, Risiken des Fernwärmeausbaus absichern</p>

Agora Think Tanks (2024): Klimaneutrales Deutschland. Von der Zielsetzung zur Umsetzung. S. 28

Industriesektor – Reduktion der Treibhausgasemissionen

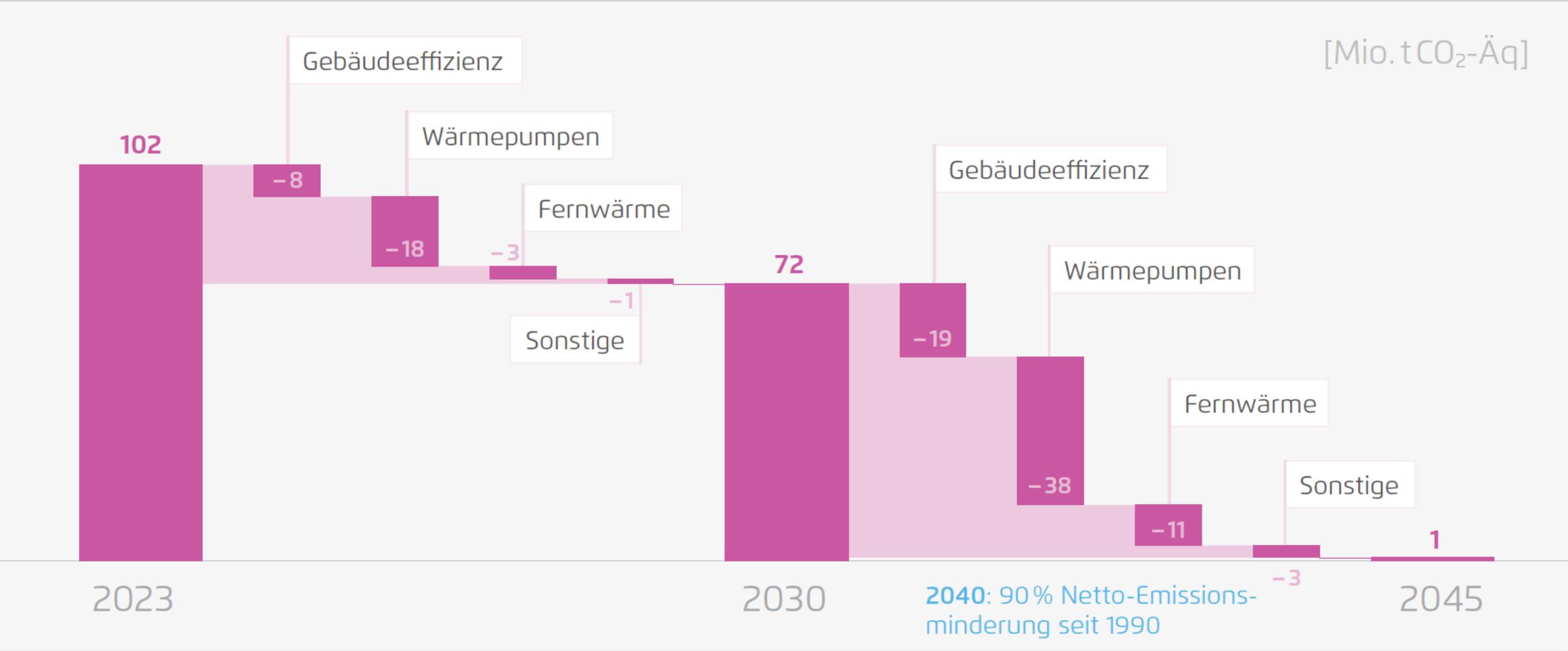
→ Abb. 13



Agora Energiewende, Prognos, Wuppertal Institut und Universität Kassel (2024). * in der Chemieindustrie, inkl. Bio-CCS

Gebäudesektor – Reduktion der Treibhausgasemissionen

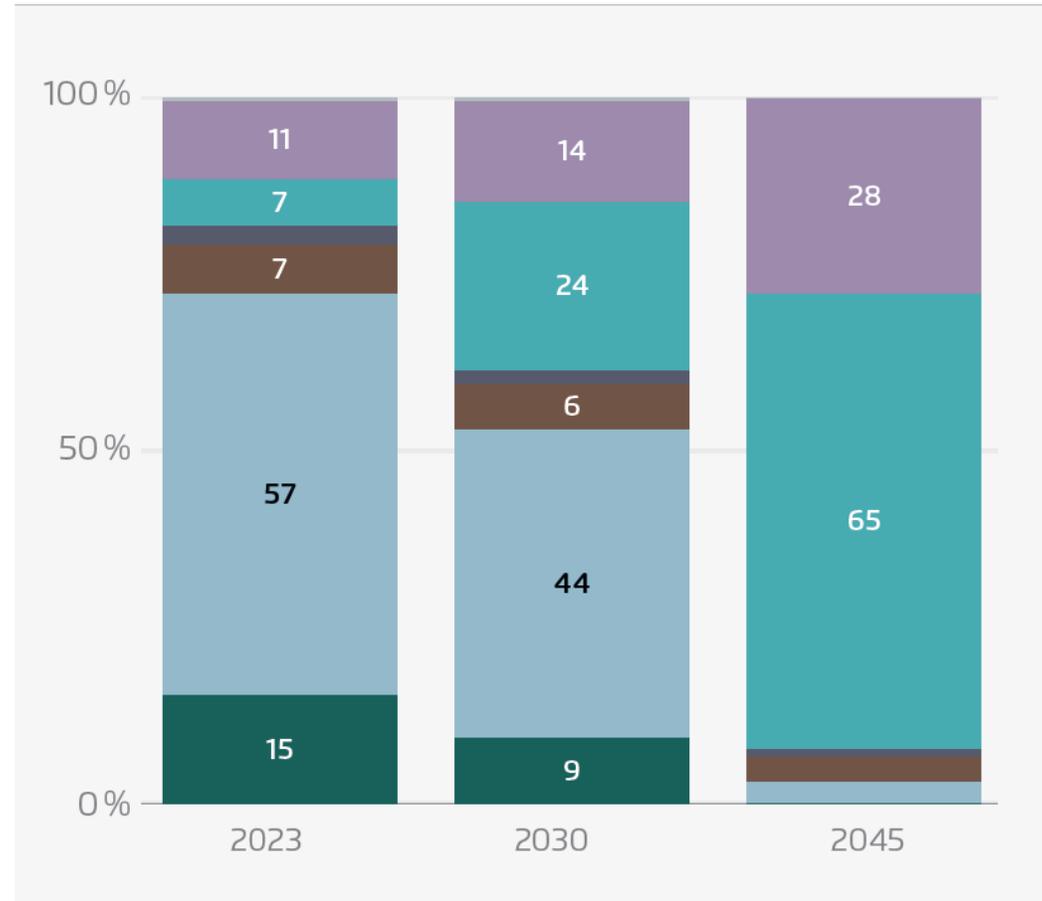
→ Abb. 18



Agora Energiewende und Prognos (2024)

Beheizungsstruktur im Gebäudebestand

→ Abb. 19

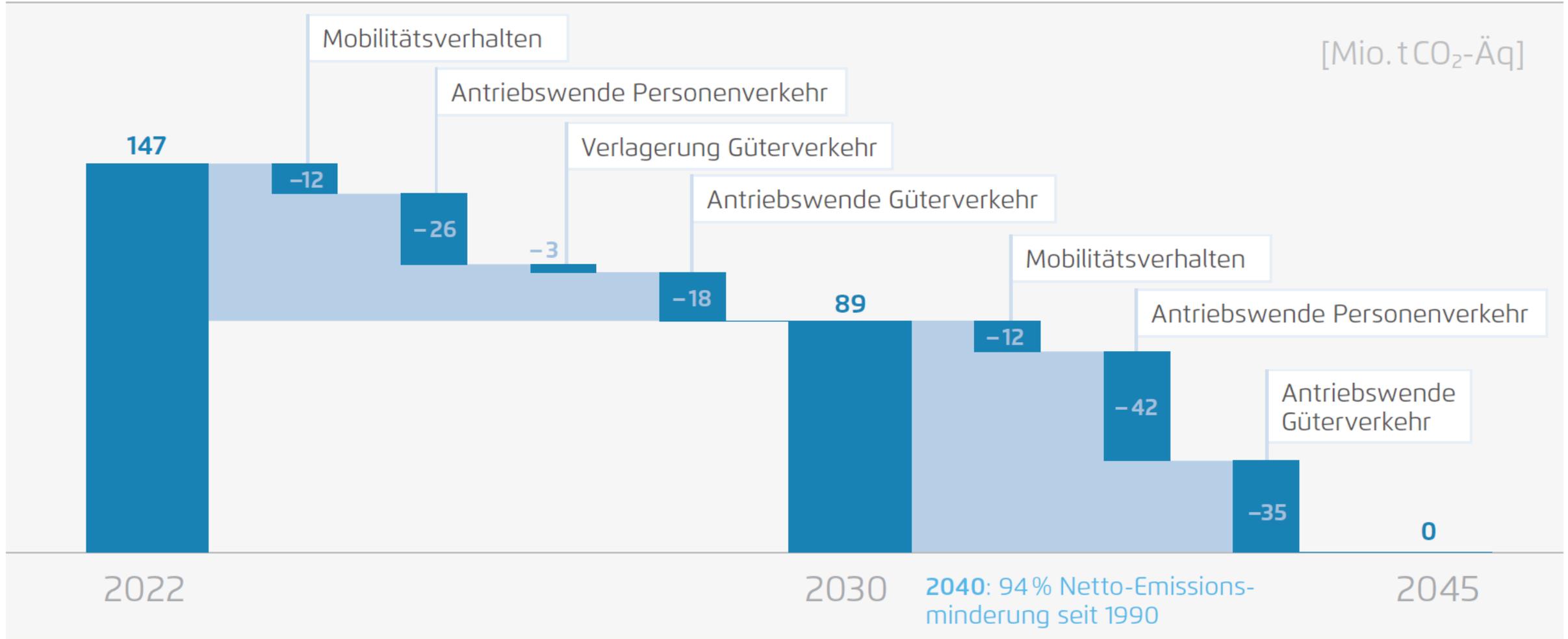


- Heizölkessel
- Gaskessel
- Holzessel
- Stromdirektheizung
- Wärmepumpe
- Fernwärmeanschluss
- Sonstige

Agora Think Tanks
(2024):
Klimaneutrales
Deutschland. Von
der Zielsetzung zur
Umsetzung. S. 38

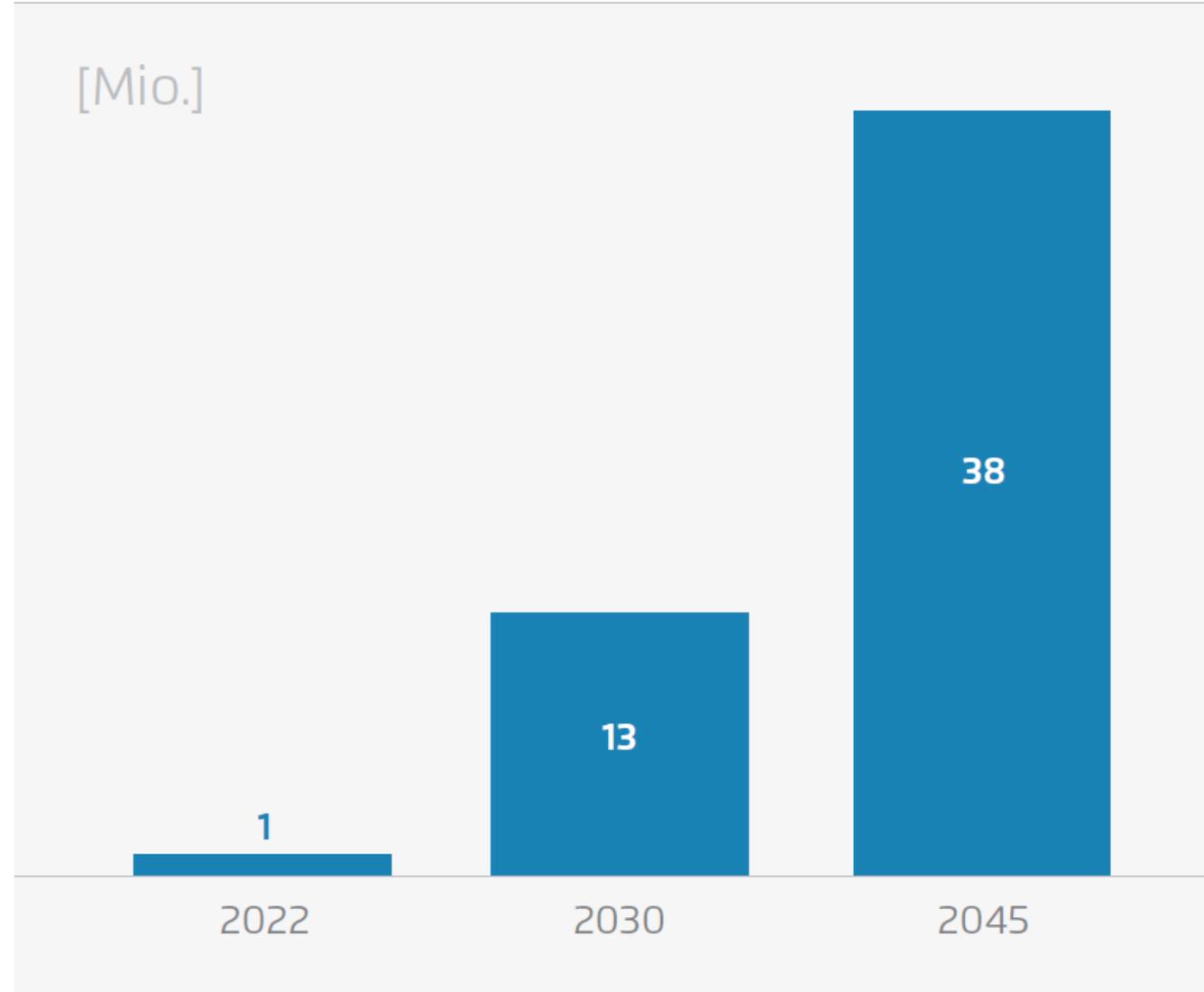
Verkehrssektor – Reduktion der Treibhausgasemissionen

→ Abb. 23



Bestand vollelektrischer Pkw

→ Abb. 24

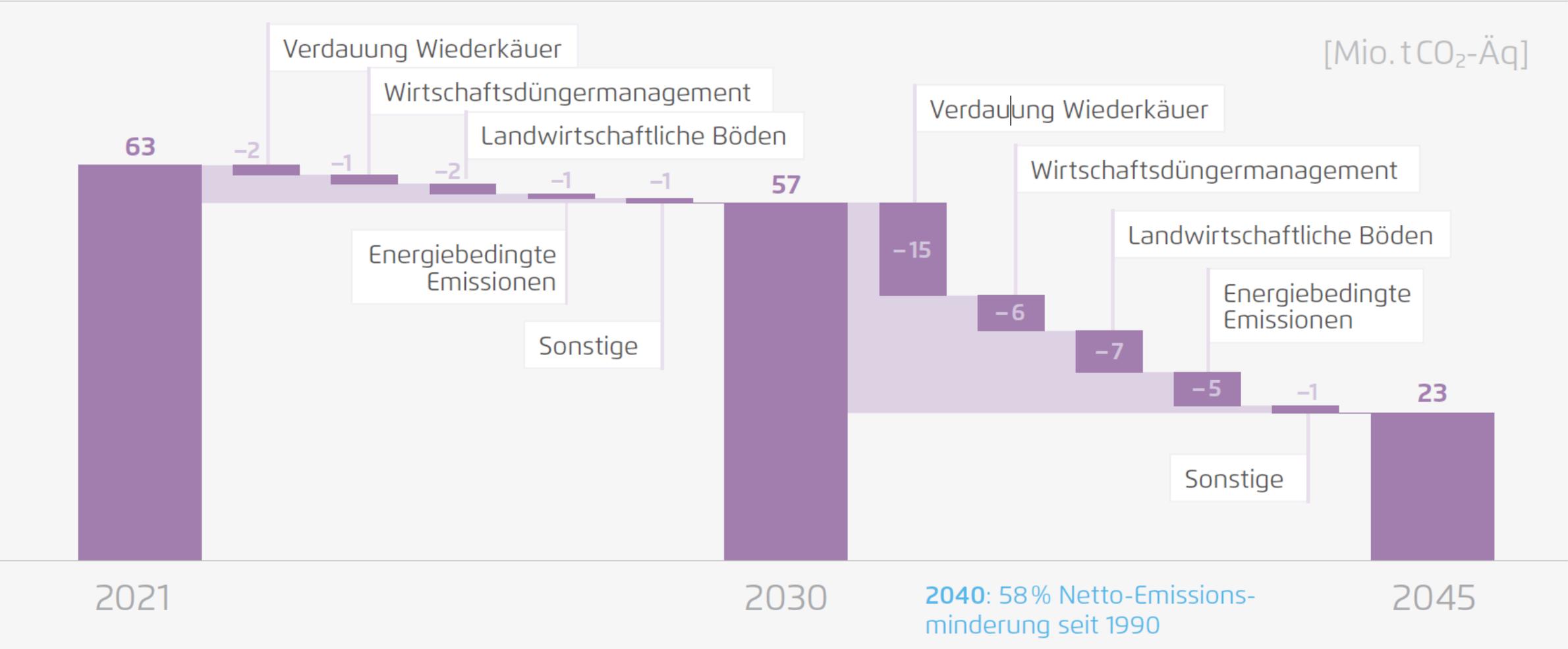


Agora Verkehrswende und Öko-Institut (2024), historische Daten:
Kraftfahrtbundesamt (2024)

Agora Think Tanks
(2024):
Klimaneutrales
Deutschland. Von
der Zielsetzung zur
Umsetzung. S. 38

Landwirtschaftssektor – Reduktion der Treibhausgasemissionen

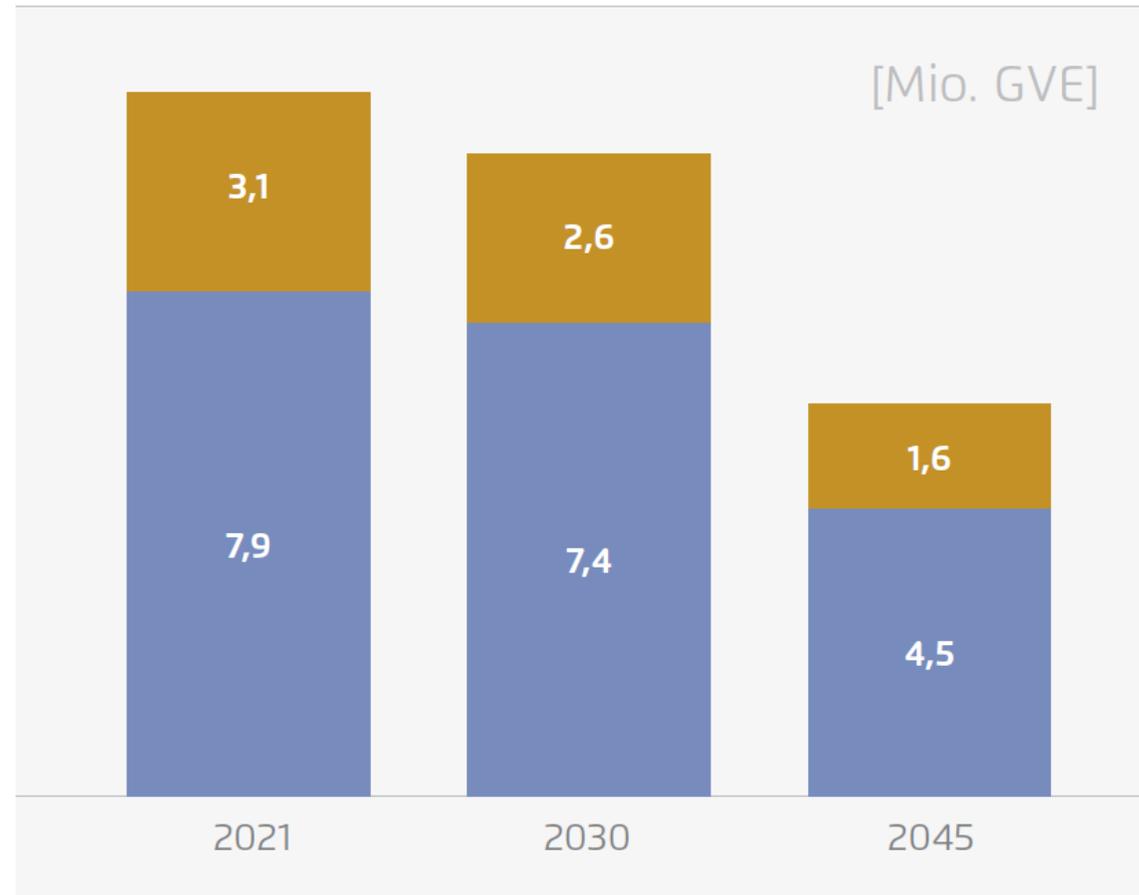
→ Abb. 28



Agora Agrar und Öko-Institut (2024) basierend auf UBA (2023), Agora Agriculture (2024) und Projektionsbericht Bundesregierung (2024)

Entwicklung des Tierbestands

→ Abb. 30



● Milchkühe und sonst. Rinder ● Schweine und Geflügel

Agora Agrar und Öko-Institut (2024) basierend auf UBA (2023), Agora Agriculture (2024) und Projektionsbericht Bundesregierung (2024).
GVE = Großvieheinheiten

Agora Think Tanks
(2024):
Klimaneutrales
Deutschland. Von
der Zielsetzung zur
Umsetzung. S. 51

Maßnahmen zur Unterstützung einer sozial gerechten Verkehrs- und Wärmewende

→ Tabelle 1

	Bereitstellung von Infrastruktur	Marktregulierung	Gezielte Investitionsunterstützung	Ausgleichsmaßnahmen
Ziel	Dauerhafte Emissions- und Kostenreduktion ermöglichen	Dauerhafte Emissions- und Kostenreduktionen	Dauerhafte Emissions- und Kostenreduktionen	Soziale Härten (kurzfristig) finanziell abfedern
Zeit-horizont	Mittel- bis langfristig	Mittel- bis langfristig	Mittel- bis langfristig	Kurzfristig, während Investitionsmaßnahmen umgesetzt werden
Instrumente im Szenario	<p>Verkehr:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Ausbau des ÖV mit dem Ziel einer Mobilitäts-garantie → Förderung öffentlicher Ladeinfrastruktur <p>Gebäude:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Förderung von Wärmenetzen 	<p>Gebäude:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Mindesteffizienz-standards → Reform Modernisie-rungsumlage → Preistransparenz und preisdämp-fende Maßnahmen für Fernwärme <p>Verkehr:</p> <ul style="list-style-type: none"> → CO₂-Flotten-grenzwerte → Tempolimit 	<p>Verkehr:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Einkommensabhängige Förderung von Elektromobilität <p>Gebäude:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Einkommens- und vermö-gensgestaffelte Förderung von Gebäudesanierungen (wie derzeit schon für Heizungstausch) → Verknüpfung eines Förder-bonus für Vermietende mit einer temporären Mietpreis-obergrenze 	<ul style="list-style-type: none"> → Klimageld (einkommens-abhängig) <p>Verkehr:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Vergünstigte ÖV-Tickets → Einkommens-unabhängiges Mobilitätsgeld als Alternative zur Pendlerpauschale

Politikinstrumente für ein klimaneutrales Deutschland

55 Empfehlungen
für die 21. Legislaturperiode
(2025–2029)

EINLEITUNG

Was am 23. Februar 2025 nicht zur Wahl steht

4

Empfehlungen

Übergreifendes und Finanzierung	8
Energie	9
Industrielle Transformation, Wachstumsmärkte und Resilienz	11
Verkehr	13
Gebäude	15
Landwirtschaft und Landnutzung	17

Begründungen

Übergreifendes und Finanzierung	19
Energie	31
Industrielle Transformation, Wachstumsmärkte und Resilienz	43
Verkehr	57
Gebäude	67
Landwirtschaft und Landnutzung	81

ÜBERGREIFENDES UND FINANZIERUNG

1 Die Finanzbedarfe der Klimatransformation absichern

Für die Erreichung der Klimaziele im Jahr 2030 entsteht ein zusätzlicher öffentlicher Finanzbedarf in Höhe von mindestens 406 Mrd. Euro. Die Mittel für Bund, Länder und Kommunen werden über einen Mix an Maßnahmen mobilisiert: Finanzielle Transaktionen, ein Sondervermögen, Priorisierungen im Haushalt, eine Reform der Schuldenbremse und moderate Steigerungen von öffentlichen Einnahmen. [↪ Seite 19](#)

2 Einführung einer einheitlichen Sozialstaffel

Eine einheitliche Sozialstaffel wird eingeführt, damit sozial gestaffelte Förderprogramme bürokratiearm umgesetzt werden können. Sie wird auf Basis der Einkommensdaten der Finanzämter entwickelt. Sie steht für alle nach Einkommen differenzierten Leistungen und Förderungen von Bund, Ländern und Kommunen zur Verfügung. Das ermöglicht zielgenaue, sozial gestaffelte Maßnahmen bei minimalem zusätzlichem Verwaltungsaufwand. Eine Kombination mit weiteren Fördertatbeständen ist möglich. [↪ Seite 21](#)

3 Ein soziales Klimageld wird eingeführt

Durch ein nach Einkommen gestaffeltes soziales Klimageld werden 60 Prozent der Bevölkerung bei steigenden CO₂-Preise kompensiert. Die ausgezahlte Summe soll jährlich der Hälfte der Einnahmen aus der ETS II-Bepreisung entsprechen. Eine bürokratiearme Prüfung des Anspruchs erfolgt über die Nutzung der neu eingeführten einheitlichen Sozialstaffel. [↪ Seite 22](#)



4 Brennstoffemissionshandelsgesetz und EU ETS II sinnvoll kombinieren

Ab dem Jahr 2027 wird im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ein Mindestpreis von 80 €/tCO₂ festgelegt, der in den Folgejahren jeweils um 10 €/tCO₂ steigt. Sobald der EU ETS II startet, werden die Preise des BEHG auf die des ETS II angerechnet. Das BEHG sichert die CO₂-Preise nach unten ab. Außerdem gilt es weiterhin für die Bereiche, die nicht vom ETS II erfasst werden. [↪ Seite 23](#)

5 Eigenkapitalinstrumente für Stadtwerke und Verteilnetzbetreiber

Der Bund beteiligt sich in Form finanzieller Transaktionen durch Kapitalerhöhungen an Infrastrukturunternehmen und stärkt so ihre Bilanz und Finanzierungsfähigkeit. Das Instrument dient insbesondere der Stärkung der Investitionskraft von Stadtwerken und Verteilnetzbetreibern. [↪ Seite 24](#)

6 Sondervermögen Klima im Grundgesetz verankern

Für die Finanzbedarfe beim Ausbau klimaneutraler Infrastrukturen und die Unterstützung von Investitionen in die Transformation wird in Absprache mit den Ländern ein verfassungsrechtlich abgesichertes und zeitlich begrenztes Sondervermögen geschaffen. Damit werden Investitionen wie der Ausbau der Bahn, der regionalen öffentlichen Verkehre und die Förderung der Industrie verlässlich finanziert. [↪ Seite 25](#)

7 Umweltschädliche Subventionen abbauen

Die Bundesregierung berichtet zukünftig jährlich dem Bundestag und der Öffentlichkeit über Fortschritte beim Abbau umweltschädlicher Subventionen. [↪ Seite 26](#)

8 Reform der Schuldenbremse

Die Schuldenbremse ist in ihrer sehr engen Auslegung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus November 2023 nicht kompatibel mit den Herausforderungen, die durch künftige Extremwetterereignisse und andere unvorhergesehene Krisen ausgelöst werden könnten. Sie braucht eine Reform. [↪ Seite 27](#)

9 Neue Gemeinschaftsaufgabe zur Ermöglichung von Klimaschutz und Klimaanpassung in den Kommunen

Der Bund setzt sich für die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „Klimaschutz und Klimaanpassung“ im Sinne von Artikel 91a Grundgesetz ein. Ziel ist die Stärkung des kooperativen Föderalismus, mit dem die Verantwortungen und Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu geregelt werden. [↪ Seite 28](#)

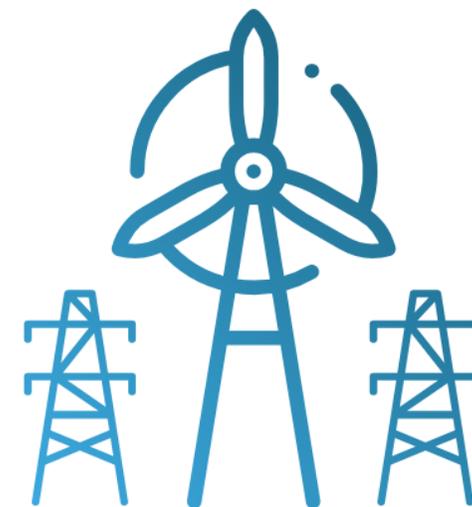
ENERGIE

10 Stromsystem flexibilisieren

Alle Hemmnisse, die der flexiblen Nutzung von Strom aus wetterabhängigen Wind- und Solaranlagen entgegenstehen, werden beseitigt. Es wird ein fairer Wettbewerb zwischen flexiblen Erzeugern, Speichern und Nachfragern ermöglicht. Preissignale vom Großhandelsmarkt sollen die Marktteilnehmer unverfälscht erreichen. [↪ Seite 31](#)

11 Stromspeicher systemdienlich einsetzen

Die Bundesregierung entwickelt Anreize und einen Ordnungsrahmen, der dafür sorgt, dass Großspeicher an den richtigen Standorten errichtet und systemdienlich betrieben werden. Das große Speicherpotenzial von E-Fahrzeugen soll für bidirektionales Laden genutzt werden. [↪ Seite 32](#)



12 Solarspitzen und negative Großhandelspreise vermeiden

Bei allen Neuanlagen entfällt zukünftig die Förderung in Zeiten negativer Strompreise. Bestandshaltern von Altanlagen wird die Möglichkeit gegeben, ihre Anlagen in Zeiten negativer Strompreise freiwillig vom Netz zu nehmen, um als Gegenleistung eine Verlängerung des Förderzeitraums um das Doppelte der abgeregelten Stunden zu erhalten. Netzbetreiber erhalten die Möglichkeit, die Einspeisung von PV-Strom in Zeiten negativer Strompreise bei allen Neuanlagen und den Bestandsanlagen, die das Angebot einer Verlängerung annehmen, abzuregeln. [☺ Seite 33](#)

13 Umstellung EEG-Förderung auf Leistung

Es wird ein zukunftsfähiger, verlässlicher und kosteneffizienter Investitionsrahmen für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien im EEG geschaffen. Dazu werden Kapazitätsszahlungen in Verbindung mit einem Rückzahlungsinstrument (Claw-Back gemäß EU-Recht) eingeführt. Die Vergütung je Kilowatt wird wettbewerblich durch Auktionen ermittelt und die Auszahlung über 20 Jahre gestreckt. Die Ausbauziele des EEG werden beibehalten. [☺ Seite 34](#)

14 Strompreise senken

Die Stromsteuer wird auf ihr EU-rechtlich zulässiges Minimum abgesenkt. Die Vergütungen für die Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien werden über alle Technologien hinweg auf maximal 10 Cent/kWh beschränkt: Die maximal zulässigen Pachtzahlungen für Windenergieanlagen werden auf jährlich 60.000 € festgesetzt. Neue zusätzliche Hochspannungsleitungen werden wieder als Freileitungen gebaut. Durch Zuwendungen des Bundes werden die Kosten des Übertragungsnetzes für alle Kunden diskriminierungsfrei gesenkt. [☺ Seite 35](#)

15 Staatliche Beteiligung an Übertragungsnetzbetreibern

Der Bund beteiligt sich mit einer Energieinfrastrukturgesellschaft an den Übertragungsnetzbetreibern und stellt ihnen auf diesem Weg frisches Eigenkapital zur Verfügung. Dadurch sinken die Finanzierungskosten. Abgeführte Gewinne aus den Beteiligungen werden zur Reduzierung der Netzentgelte eingesetzt. [☺ Seite 36](#)

16 Ausbau Offshore-Windenergie beschleunigen

Mit dem Ziel, die im EEG verankerten 30 Gigawatt bis 2030 zu erreichen, wird der Bund mit einer Erweiterung der Bürgschafts- und Kreditprogramme der KfW und gezielter Industrieförderung Lieferketten stärken und den Bau zusätzlicher Hafenkapazitäten absichern. Die Bundesregierung wirkt darauf hin, dass Offshore-Windparks zukünftig vermehrt an die Netze mehrerer EU-Staaten angeschlossen werden können. [☺ Seite 37](#)

17 Beschleunigungsmaßnahmen aus EU-Recht umsetzen

Der Bund schöpft die Beschleunigungsmöglichkeiten des geänderten EU-Rechts (RED III) für Erneuerbare Energien, Netze und Speicher voll aus. In Zusammenarbeit mit den Ländern werden Beschleunigungsgebiete fristgerecht bis Februar 2026 ausgewiesen und damit die Möglichkeit für vereinfachte Genehmigungsverfahren geschaffen. [☺ Seite 38](#)

18 Versorgungssicherheit aufrechterhalten

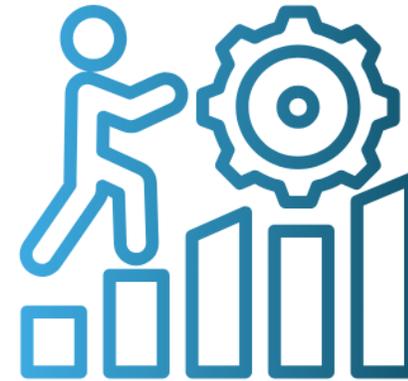
Es werden unverzüglich die gesetzlichen Voraussetzungen zur Ausschreibung von Wasserstoffkraftwerken (sogenannten Sprintern) und wasserstofffähigen Gaskraftwerken geschaffen. In einem zweiten Schritt wird ein energie-

wende-kompatibler Kapazitätsmechanismus eingeführt, der einen Technologiemix aus Kraftwerken, Speichern und flexiblen Nachfragern unterstützt. Versorger werden verpflichtet, ihre zugesagten Lieferverpflichtungen durch eigene Erzeugungsanlagen oder Kapazitätssertifikate abzusichern. Für besonders kapitalintensive Investitionen mit langen Amortisationszeiten wird die Bundesnetzagentur (BNetzA) beauftragt, den Bedarf an steuerbaren Kapazitäten festzulegen und auszuschreiben. [☺ Seite 40](#)

19 Netze zügig weiter ausbauen

Der von der Bundesnetzagentur im März 2024 bestätigte Netzentwicklungsplan wird zügig in das Bundesbedarfsplangesetz überführt und damit die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt. [☺ Seite 41](#)

INDUSTRIELLE TRANSFORMATION, WACHSTUMSMÄRKTE UND RESILIENZ



21 Superabschreibungen mit Investitionsprämie für grüne Technologien

Die Bundesregierung schafft die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Superabschreibungen mit einer zusätzlichen Investitionsprämie in Höhe von 15 Prozent, um Investitionen in grüne Technologien zu fördern. Die Identifikation förderfähiger Technologien erfolgt im Einklang mit dem europäischen Netto-Null-Industriegesetz. [☺ Seite 45](#)

22 Ausbau und Vereinfachung von Klimaschutzverträgen

Das bewährte Instrument der Klimaschutzverträge wird durch differenzierte Industriecluster-Ausschreibungen erweitert und das Ausschreibungsvolumen substanziell erhöht. Der Zugang wird durch eine weitere Vereinfachung der Prüfungs- und Genehmigungsverfahren erleichtert und ausgeweitet. Dies wird ermöglicht durch eine stärkere Pauschalierung der Referenzsysteme und eine Herabsetzung der Anforderungen an die Projektgröße. [☺ Seite 46](#)

20 Nationale Strategie für Industrielle Transformation, Wachstumsmärkte und Resilienz

Die Bundesregierung entwickelt eine nationale Strategie für Industrielle Transformation, Wachstumsmärkte und Resilienz, die Zielbilder für die Industrie der Zukunft festlegt. Die Strategie beschreibt differenzierte Transformationspfade und -ziele für einzelne Sektoren und Subsektoren. [☺ Seite 43](#)

23 Wasserstoff-Markthochlauf beschleunigen

Die Bundesregierung sichert den Markthochlauf von Wasserstoff durch den Aufbau von Leitmärkten. Dies geschieht durch Vorgaben für die öffentliche Beschaffung (z. B. Einsatz von *grünem Stahl* für Fahrzeugflotten der öffentlichen Hand) und durch Quoten (z. B. Verwendung von *grünem Ammoniak* für die Düngemittelherstellung). Die Bundesregierung stärkt internationale Partnerschaften mit Ländern, die günstige Produktionspotenziale für Wasserstoff und seine Derivate haben und stabile Rechtsstaaten sind. [↻ Seite 47](#)

24 Sicherung grüner Leitmärkte durch öffentliche Beschaffung

Die Bundesregierung schafft Investitionssicherheit für den Markthochlauf heimischer Transformationstechnologien durch grüne Leitmärkte im Rahmen der öffentlichen Beschaffung. Dazu werden Präqualifikations- und Vergabekriterien bei öffentlichen Ausschreibungen und Förderinstrumenten weiterentwickelt. Die grünen Leitmärkte werden durch national gebündelte öffentliche Beschaffungsinstrumente, etwa in den Bereichen Elektromobilität und öffentlicher Nahverkehr, unterstützt. [↻ Seite 48](#)

25 Strategische Neuausrichtung der Außenwirtschaftspolitik

Die Bundesregierung verfolgt eine strategische Außenwirtschaftspolitik mit dem Ziel, die Importabhängigkeit bei kritischen Gütern zu verringern und die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Dazu werden Ziele zur Diversifizierung von Importquellen für kritische Rohstoffe

und Vorprodukte beschlossen und überwacht. Die dafür notwendigen privatwirtschaftlichen Auslandsinvestitionen werden von der Bundesregierung aktiv gefördert und politisch begleitet. Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für international verlässliche Standards für grüne Industrieprodukte ein. [↻ Seite 49](#)

26 Internationale Partnerschaften auf Resilienz ausrichten

Mit dem etablierten Mechanismus der internationalen Partnerschaften schafft die Bundesregierung die Grundlagen, um den Zugang zu kritischen Rohstoffen und Vorprodukten für die grüne Transformation durch privatwirtschaftliche Investitionen sicherzustellen und zu diversifizieren. Bilaterale und multilaterale Partnerschaften werden dazu unter Berücksichtigung der wirtschafts- und entwicklungspolitischen Ziele der Partner neu ausgerichtet. [↻ Seite 50](#)

27 Aufbau eines umfassenden Resilienz-Monitorings kritischer Industrien als industriepolitisches Steuerungsinstrument und sicherheitspolitisches Frühwarnsystem

Die Bundesregierung etabliert eine systematische und kontinuierliche Analyse der Verfügbarkeit strategischer Rohstoffe und Güter, kritischer Abhängigkeiten und Auslandsbeteiligungen sowie Verlagerungsrisiken entlang sicherheits- und transformationsrelevanter Lieferketten. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über die Ergebnisse des Resilienz-Monitorings als Grundlage für sicherheits- und industriepolitische Handlungsprogramme und stimmt sich dabei eng mit den europäischen Partnern ab. [↻ Seite 51](#)

28 Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie

Die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie wird weiterentwickelt und gesetzlich verankert. Innovations- und Investitionsanreize werden mit Blick auf langlebige Kohlenstoffkreisläufe gestärkt. Die Bundesregierung schafft ein sicheres Marktumfeld für das heimische Recycling kritischer mineralischer Rohstoffe und für die Bereitstellung von Sekundärrohstoffen. [↻ Seite 52](#)

29 Weiterentwicklung der Carbon-Management-Strategie

Die Carbon-Management-Strategie wird weiterentwickelt. Carbon Capture and Storage (CCS) wird auf prozessbedingte Emissionen beschränkt, die ohne CCS nicht dekarbonisiert werden können, wie beispielsweise Zementindustrie und Abfallverbrennung. Eine Nutzung von CCS im Energiesektor wird ausgeschlossen, da die bei allen CCS-Technologien weiterhin anfallenden substanzialen Restemissionen nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand kompensiert werden können. [↻ Seite 53](#)

30 Beschleunigung der Ansiedlung klimaneutraler Industrien in Sonderplanungsräumen

Die Bundesregierung identifiziert und entwickelt in Zusammenarbeit mit den Ländern Sonderplanungszonen für Unternehmensansiedlungen im überregionalen und nationalen Interesse. Bei diesen Ansiedlungsvorhaben von überregionaler Bedeutung werden die nach Landesrecht zuständigen Planungs- und Genehmigungsbehörden durch „Experten-Task-Forces“ unterstützt. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei der infrastrukturellen Erschließung und planerischen und genehmigungsrechtlichen Umsetzung. [↻ Seite 54](#)

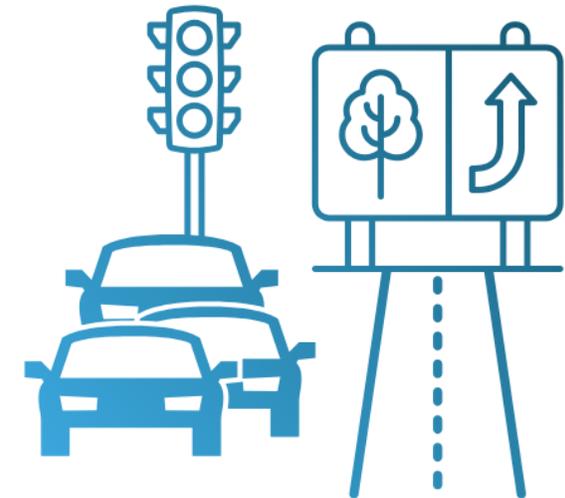
VERKEHR

31 Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturplanung

Für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans wird das Planungsverfahren modernisiert. Die Bundesregierung stellt eine Übereinstimmung zwischen dem Verkehrswegeplan und dem Klimaschutzgesetz her. Ziel ist ein verkehrsträgerübergreifendes klimaneutrales Verkehrssystem bis 2045. [↻ Seite 57](#)

32 Einführung eines allgemeinen Tempolimits

Die Höchstgeschwindigkeit auf Bundesautobahnen wird auf 130 km/h festgesetzt. Innerorts gilt eine Beschränkung auf 30 km/h. Kommunen können für die Hauptverkehrsstraßen innerorts abweichend ein Tempolimit von 50 km/h festlegen. [↻ Seite 58](#)



33 Hochlauf der Elektromobilität

Um E-Autos attraktiver zu machen, wird die Kfz-Steuer reformiert. Bei der Dienstwagenbesteuerung wird der geldwerte Vorteil für Pkw mit Verbrennungsmotor von heute 1 auf 1,5 Prozent des Listenpreises angehoben.

☞ Seite 59

34 Einführung von Sozial-Leasing

Es wird ein staatlich gefördertes Sozial-Leasing-Angebot für kleine E-Autos eingeführt. Durch die Anwendung der einheitlichen Sozialstaffel wird sichergestellt, dass Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen zielgenau erreicht werden. ☞ Seite 60

35 Ladeinfrastruktur für die Elektrifizierung des Straßengüterverkehrs

Die Bundesregierung fördert sowohl den Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur in den Betrieben als auch den Bau von Ladepunkten entlang der Verkehrsadern. Sie sorgt für schnellere Stromnetzanschlüsse und variable Tarife. ☞ Seite 61

36 Ausbau der Ladeinfrastruktur

Der Bund wird durch Förderprogramme und gesetzliche Vorgaben den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur an Tankstellen, Supermärkten, Arbeitsorten und im öffentlichen Parkraum beschleunigen. Ein Schwerpunkt sind dabei Quartiere mit Mehrfamilienhäusern ohne eigene Lademöglichkeiten. ☞ Seite 62

37 Mehr Angebote im Nahverkehr

Der Bund verständigt sich mit den Ländern und Kommunen auf eine Offensive zum Ausbau des Nahverkehrsangebots. Ziele sind eine dichtere Taktung, erhöhte Pünktlichkeit, besser erreichbare Haltestellen, vereinfachte Tarifgestaltung sowie vernetzte und flexible Angebote.

☞ Seite 63

38 Verstetigung des Deutschlandtickets

Das Deutschlandticket wird verstetigt und zu einem verlässlichen Mobilitätsangebot ausgebaut. Der Bund übernimmt die Kosten und legt den Preis auf 49 Euro pro Monat fest. ☞ Seite 64

39 Reform der Pendlerpauschale

Mit einer Reform der Pendlerpauschale werden die ungleichen Vorteile unterschiedlicher Einkommensgruppen beseitigt. Zukünftig wird ein fixer Betrag pro Wegkilometer von der Steuerschuld (und nicht mehr vom zu versteuernden Einkommen) abgezogen. Somit erhalten alle Steuerpflichtigen den gleichen Entlastungsbeitrag pro Kilometer, unabhängig von ihrem Einkommen.

☞ Seite 65

GEBÄUDE



40 Zügige Umsetzung EU-Gebäuderecht und Nullemissionsgebäude als Standard einführen

Die EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden wird fristgerecht bis Mai 2026 in nationales Recht umgesetzt. Neue Gebäude werden ab 2030 als Nullemissionsgebäude errichtet, die am Standort keine CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen verursachen (EU Standard). Für Gebäude in öffentlichem Eigentum gilt dieser Standard ab 2028. Bis dahin gilt der Standard des Niedrigstenergiegebäudes (GEG). ☞ Seite 67

41 Gebäuderenovierungsplan aufstellen

Die Bundesregierung erstellt einen nationalen Gebäuderenovierungsplan mit dem Ziel, bestehende Gebäude bis 2045 zu Nullemissionsgebäuden umzubauen. ☞ Seite 69

42 Förderung der energetischen Sanierung der Bestandsgebäude statt Neubau

Die Mittel zur Förderung energetischer Standards, die über die gesetzlichen Vorgaben bei Neubauten hinausgehen, werden zugunsten der energetischen Sanierung bestehender Gebäude umgeschichtet. ☞ Seite 70

43 BEG-Förderung sozial staffeln und am Standard Nullemissionsgebäude ausrichten

Die Bundesregierung wird die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) zukünftig stärker nach Einkommen differenzieren. Dazu wird die einheitliche Sozialstaffel (Empfehlung 2) angewandt. Die Förderung orientiert sich an der kostengünstigsten Erreichung des Nullemissionsstandards der Gebäude. ☞ Seite 71

44 Ausbau und Dekarbonisierung der Wärmenetze sichern

Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) wird langfristig abgesichert, um für Planbarkeit zu sorgen. Die dafür bereitgestellten Haushaltsmittel werden bis 2030 auf mindestens 3 Mrd. Euro pro Jahr angehoben. ☞ Seite 72

45 Fehlanreize in Wärmenetzgebieten verhindern

In einem ausgewiesenen Wärmenetzgebiet werden zukünftig keine individuellen Wärmelösungen durch den Bund gefördert. Voraussetzung ist, dass eine Anschlussmöglichkeit an das Netz besteht oder in absehbarer Zukunft zur Verfügung stehen wird. ☞ Seite 73

46 Strategie zur Dekarbonisierung und Klimaanpassung sozialer Infrastrukturen

Die Bundesregierung legt eine Strategie zur Dekarbonisierung und Klimaanpassung der sozialen Infrastruktur – wie z. B. Pflegeheimen und Krankenhäusern – vor. Die Mittel für die bereits vorhandene BMUV-Förderrichtlinie „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ werden ausgeweitet. Klimaanpassung und der damit verbundene Personal- und Investitionsbedarf wird als betriebsnotwendig und wirtschaftlich anerkannt. Es werden Förderprogramme für Gebäudeeffizienz geschaffen, die auf gemeinnützige Träger zielen. [↻ Seite 74](#)

47 Systemische Potenziale der tiefen Geothermie heben

Die Bundesregierung entwickelt eine Geothermie-Strategie. Diese verbindet deutschlandweite geologische Daten für die tiefe hydrothermale Geothermie mit Informationen zum Stromsystem, der Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien und den Wärmebedarfen des Gebäudesektors. Ein Gesetz zur Beschleunigung der Geothermie wird beschlossen. Das KfW-Förderprogramm zur Absicherung des Fündigkeitsrisikos wird aufgelegt. Das Bundesberggesetz wird entsprechend der Anforderungen der Geothermie angepasst. [↻ Seite 75](#)

48 Monopole in der Fernwärme regulieren

Wärmenetze sind natürliche Monopole und müssen zum Schutz der Kunden reguliert werden. Der Bund regelt die verbindliche Einrichtung einer zentralen oder mehrerer dezentraler Regulierungsbehörden, die eine effektive Preis- und Marktaufsicht ausüben. Die Regulierung ersetzt die Wärmelieferverordnung. [↻ Seite 76](#)

49 Novellierung des Wärmeplanungsgesetzes für sozioökonomisch optimale Wärmeplanung

Für die Fortschreibung der kommunalen Wärmeplanung nach 2030 werden die in §1 des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) genannten Kriterien konsequent auf eine sozio-ökonomisch optimale Planung ausgerichtet. Es sollen detaillierte Dekarbonisierungsfahrpläne für Quartiere entwickelt werden. Die Kosten für die erhöhten Anforderungen an die Planung werden von den Ländern getragen und durch den Bund erstattet. [↻ Seite 77](#)

50 Den Instrumentenkasten der gemeinschaftlichen Wärmewende erweitern

Für Gebiete mit herausfordernden baulichen oder sozialen Strukturen werden zusätzliche Bundesmittel als Bonus auf die BEW-Förderung oder zur Realisierung von Quartierssanierungen zur Verfügung gestellt. [↻ Seite 78](#)

51 Aufsuchende Beratung für Haushalte ausweiten

Die Haushaltsmittel für den Stromspar-Check werden auf 50 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Damit wird die Zahl der erreichten Kommunen verdreifacht. Der Stromspar-Check wird in einem weiteren Schritt zu einem umfassenden Instrument der aufsuchenden Beratung ausgebaut. Ziel sind kostengünstige Effizienzsteigerungen im Bestand. [↻ Seite 79](#)

LANDWIRTSCHAFT UND LANDNUTZUNG

52 Wiedervernässung landwirtschaftlich genutzter Moore

Die Wiedervernässung von Mooren ist die wirksamste Maßnahme zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen im Landwirtschaftssektor. Die Bundesregierung wird entsprechende finanzielle Anreize und langfristige Förderprogramme auflegen. Es werden Mittel für Wiedervernässungsprämien für Landwirtinnen und Landwirte, Investitionszuschüsse für Planung, Baumaßnahmen, hydrologisches Management und Instandhaltung sowie Investitionsförderung für den Anbau von Paludikulturen bereitgestellt. [↻ Seite 81](#)

53 Schrittweise Umstellung der Düngemittelproduktion auf grünen Stickstoff

Der Bund wird ein Quotensystem einführen, mit dem die Düngemittelindustrie angehalten wird, klimaschädliches Ammoniak für die Produktion von Stickstoffdünger schrittweise durch grünes Ammoniak zu ersetzen. [↻ Seite 83](#)



54 Reform der Besteuerung von Lebensmitteln

Pflanzliche Milch- und Fleischersatzprodukte werden genauso wie nach Biostandards erzeugte Produkte künftig mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz besteuert. Fleisch aus Haltungsform 1 + 2 wird mit dem regulären Satz von 19 % MwSt. besteuert. Obst und Gemüse werden von der Mehrwertsteuer befreit. [↻ Seite 84](#)

55 Nährstoffbilanzierung einführen

Auf einzelbetrieblicher Ebene wird eine Nährstoffbilanzierung eingeführt, um Bilanzüberschüsse zu begrenzen. [↻ Seite 85](#)

Gliederung des Vortrags



- 1) Klimawandel und Klimaschutz – (k)ein **Thema im Bundestagswahlkampf?**
- 2) Wie entwickelt sich der **Klimawandel?**
- 3) Welche Handlungsempfehlungen gibt es von **wissenschaftlicher Seite?**
- 4) Was sagen die **Wahlprogramme der Bundestagsparteien** zum Klimaschutz?
- 5) Gibt es **Parteien, die nicht im Bundestag vertreten** sind und sich für Klimaschutz stark machen?
- 6) **Wahl-o-mat** – Welche Parteien gelten diesem Tool nach als „klimafreundlich“?
- 7) „Mehr Klimaschutz“ – ein wichtiges Motiv bei der **Wahlentscheidung am 23.09.?**

MEHR FÜR DICH. BESSER FÜR DEUTSCHLAND.

REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD
FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2025

SPD

Worauf es jetzt ankommt	4
Ein neuer Aufschwung für Deutschland.....	6
1. Wir kämpfen für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze.	6
2. Wir kämpfen für Made in Germany 2.0.	10
3. Wir kämpfen für einen starken Arbeitsmarkt und gute Arbeitsbedingungen.....	12
4. Wir kämpfen dafür, dass gute Bildung für alle zuverlässig gelingt.....	15
5. Wir kämpfen für eine Finanzpolitik, die der Zukunft unseres Landes dient.....	16
Beschäftigte und ihre Familien entlasten	20
6. Wir kämpfen für ein bezahlbares Zuhause.	20
7. Wir kämpfen für Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht.	23
8. Wir kämpfen für stabile Renten.....	24
9. Wir kämpfen für einen verlässlichen Alltag für Familien.	25
10. Wir kämpfen für eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und Land.....	28
11. Wir kämpfen für menschenwürdige Pflege und deckeln die Pflegekosten.....	31
12. Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann.	33
13. Wir kämpfen für eine punktuelle Bahn und gute Mobilität für alle.....	34
14. Wir kämpfen für einen Staat, der besser funktioniert.	37
Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen	40
15. Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der Demokratie.....	40
16. Wir kämpfen für mehr Respekt, Sicherheit und Schutz vor Gewalt.....	42
17. Wir kämpfen für Gleichstellung, für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung.	47
18. Wir kämpfen für Medienvielfalt, für Vielfalt in Kunst und Kultur und für einen starken Sport.....	49
19. Wir kämpfen für starke Kommunen, gleiche Chancen in Land und Stadt und eine zukunftsfähige Landwirtschaft.	52
20. Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft.	54
Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende	57
21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.	57
22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.....	59
23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt.	61
24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt.	63
Unser Versprechen	66
25. Politik heißt für uns: Wir kämpfen für Dich.....	66

Politikwechsel für Deutschland

Wahlprogramm von CDU und CSU



I.	Für ein Deutschland, auf das wir wieder stolz sein können	10
II.	Unser Plan für ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft... 11	
	Ja zu einer Agenda für die Fleißigen.....	11
	Ja zu Freiräumen für die Wirtschaft	13
	Ja zu bezahlbarer, sicherer und sauberer Energie.....	19
	Ja zu marktwirtschaftlichem Klima- und Umweltschutz.....	21
	Ja zu Forschung, Innovationen und neuen Technologien	24
	Ja zu einem starken und gerechten Sozialstaat	29
	Ja zu mehr Eigentum, Vermögensbildung und sicherer Altersvorsorge.....	31
	Ja zu einer Landwirtschaft mit Zukunft	33
III.	Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist	36
	Ja zu Recht und Ordnung	36
	Ja zum Stopp der illegalen Migration.....	40
	Ja zu einer wehrhaften Demokratie	42
	Ja zu unserer Verantwortung in der Welt.....	45
	Ja zu einer voll verteidigungsfähigen Bundeswehr	48
	Ja zu einem starken Europa.....	51
IV.	Unser Plan für ein Land, das wieder zusammenhält.....	54
	Ja zu Leitkultur und Zusammenhalt.....	54
	Ja zu Familie und Verantwortung	60
	Ja zu Aufstieg durch Bildung	62
	Ja zu leistungsstarker beruflicher und akademischer Bildung....	64
	Ja zu guter Gesundheit und Pflege	67
	Ja zu bezahlbarem Bauen, Wohnen und zukunftsfähiger Mobilität.....	70
	Ja zu einem funktionierenden Staat – das ist unser Zukunftsversprechen	73
	Wahlaufruf.....	79

ZUSAMMEN WACHSEN

REGIERUNGSPROGRAMM 2025

KAPITEL 1

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch 14

A. Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs 17

- Für einen wettbewerbsfähigen Standort 17
- Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte Erwerbstätigkeit von Frauen 19
- Für eine starke europäische Wirtschaft 20
- Für funktionierende und nachhaltige Finanzmärkte 21
- Für mehr Innovationskraft 22
- Für die klimaneutrale Modernisierung der Industrie 24
- Für die Stärkung von Mittelstand und Handwerk 26
- Für Wirtschaftssicherheit und zukunftsfähigen Außenhandel 28
- Für Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft 30
- Für einen starken Verbraucherschutz 31

B. Ein modernes und digitales Land 32

- Für einen Staat, der für die Menschen funktioniert 32
- Für eine serviceorientierte Verwaltung 33
- Für eine schnelle und umfassende Digitalisierung 34
- Für einen Deutschlandfonds und eine Reform der Schuldenbremse 36

C. Ein Klima, in dem wir gut leben können 37

- Für ein stabiles und sicheres Klima 37
- Für sozial gerechten Klimaschutz 39
- Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie 41
- Für verlässliche und bezahlbare Wärme 44
- Für vorsorgende Anpassungen an ein verändertes Klima 45

D. Eine mobile Gesellschaft – Stadt und Land zusammen 46

- Für nachhaltiges, sicheres und zügiges Fortkommen 46
- Für eine verlässliche und bezahlbare Bahn 49
- Für gleichwertige Lebensverhältnisse 50

E. Eine Natur, die wir schützen	51
Für eine intakte Natur	51
Für eine gesunde Umwelt	53
Für sauberes Wasser und lebendige Meere	55
F. Eine zukunftsfeste Ernährung und Landwirtschaft	57
Für starke Landwirtinnen und Landwirte	57
Für die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung	58
Für gute Ernährung	60
Für einen besseren Umgang mit Tieren	61

KAPITEL 2

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar **64**

A. Starke Teilhabe: gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, faire Löhne	67
Für gute Arbeit und faire Löhne	67
Für bezahlbares Wohnen	69
Für schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen und Sanieren	71
Für ein gerechtes Steuersystem	73
B. Eine gute Bildung für gute Chancen	75
Für gute und verlässliche Kitas	75
Für starke Schulen für alle Kinder	76
Für eine gute Berufsbildung, die allen offensteht	78
Für eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft	80
C. Mitten im Leben – in jeder Lebensphase	81
Für starke Familien	81
Für die Teilhabe der Jüngsten – gegen Kinderarmut	83
Für einen guten Start der jungen Generation	84
Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter	86
D. In jeder Lebensphase abgesichert	87
Für eine gute Gesundheitsversorgung überall	87
Für eine verlässliche und würdige Pflege	91
Für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung	93
Für eine vorausschauende Gesundheitspolitik	94
Für eine zukunftsfeste und würdige Rente	97
Für verlässliche soziale Sicherung	99

KAPITEL 3

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen **102**

A. Eine lebendige Demokratie	105
Für demokratischen Zusammenhalt	105
Für eine Erinnerung, die uns wach hält	106
Für handlungsfähige Kommunen	108
Für eine starke demokratische Gesellschaft	109
Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement	111
Für Sport, der verbindet	112
Für eine handlungsfähige Justiz in unserem Rechtsstaat	113
Für digitale Bürger*innenrechte	114
Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung	115
Für Frauenrechte	118
Für Selbstbestimmung	120
Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt	121
Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und eine inklusive Gesellschaft	122
Für lebendige Kunst und Kultur	124
Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft	126
Für ein Land, das Schutz bietet	129
Für eine europäische und internationale Flucht- und Migrationspolitik	130
B. Ein Leben in Sicherheit	133
Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität	133
Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte Kriminalität	134
Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten Steuerbetrug	135
Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror	136
Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz	138
Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit	139
Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation	140
Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit	141
C. Eine starke Europäische Union	142
Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt	142
Für eine handlungsfähige EU	143
D. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung	145
Für eine aktive Außenpolitik	145
Für einen zukunftsfesten Multilateralismus	149
Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung	150
Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt	152
Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr	153
Für globalen Klimaschutz	155
Für starke Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit	156

Alles lässt sich ändern

Freie Demokraten
FDP

Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025

I. Präambel: Alles lässt sich ändern	4
II. Weltbeste Bildung für selbstbewusste Bürger	6
a. Große Chancen für die Kleinsten: Frühkindliche Bildung stärken	6
b. Moderne und selbstständige Schulen – bessere Bildungschancen für alle	7
c. Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen stärken	8
d. Exzellente Rahmenbedingungen für Studium, Forschung und Innovationen	9
e. Vielfältige Kunst und Kultur	10
III. Wohlstand und Aufstiegschancen für die Zukunft schaffen	11
a. Bürokratie-Burnout beenden	11
b. Ein Steuersystem, das Leistung und Investition belohnt	13
c. Bezahlbare Energie für Bürger und Betriebe	16
d. Ein modernes Arbeitsrecht für eine moderne Arbeitswelt	17
e. Für soziale Sicherungssysteme, die Lust auf Leistung machen	18
IV. Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	20
a. Grundrechte und Rechtsstaat bewahren	21
b. Offene Gesellschaft und liberale Demokratie	24
c. Für eine neue Realpolitik in der Migration	26
d. Liberale Politik für selbstbestimmte Frauen	28
e. Modernes Recht und faire Chancen für Familie und Senioren	29
f. Freude an Erfolg und Verantwortung durch Sport und starkes Ehrenamt	31
g. Beste Gesundheit und Pflege für die Zukunft sichern	31
V. Für einen schlanken Staat, der funktioniert	34
a. Solide Staatsfinanzen	34
b. Weniger Subventionen und mehr Markt	35
c. Mit einer Föderalismusreform den Staat modernisieren	35
d. Ein agiler Staat für ein modernes Land	36
e. Umfassende Digitalisierung der Verwaltung	37
VI. Nachhaltigkeit, Innovation und Infrastruktur	38
a. Umwelt- und Klimaschutz durch Innovation und Marktwirtschaft	39
b. Bessere Infrastruktur und technologieneutrale Mobilität	40
c. Mehr Bauen und besseres Wohnen	42
d. Unternehmerische Landwirtschaft	44
VII. Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit	46
a. Verteidigungsfähigkeit ausbauen	46
b. Für kluge Außenpolitik im Zeitalter systemischer Rivalität	47
c. Deutschland und Israel	49
d. Deutschland in der Europäischen Union	50
e. Mehr Freihandel wagen	51



Die AfD ist vom Bundesamt für Verfassungsschutz als **rechtsextremistischer Verdachtsfall** klassifiziert. Das Verwaltungsgericht Köln hat diese Einstufung als rechters bestätigt (13 K 326/21).

Zeit für Wohlstand

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UND GESUNDHEIT

Soziale Marktwirtschaft

- Freies Unternehmertum und Wirtschaftsstandort stärken
- Deutschland ist als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden
- Vorrang für den Wettbewerb – für einen attraktiven Wirtschaftsstandort
- Eigenverantwortung der Bürger stärken, Handlungsspielräume vergrößern
- Unsere Bürger im Mehltau des linken Zeitgeistes
- Unsere Maßnahmen für starke Bürger
- Zweckentfremdung der Sozialversicherungen beenden

Unser Konzept für eine faire und auskömmliche Rentenversicherung

- Die desolante Situation im deutschen Rentensystem
- Unser Rentenkonzept gegen Altersarmut
- Die Chancen des Kapitalmarktes nutzen
- Einführung eines „Junior-Spardepots“
- Weitere Bausteine, die die Rente langfristig stabilisieren

Unser Konzept für eine faire Arbeitslosenversicherung

Unser Konzept einer zukunftssicheren Kranken- und Pflegeversicherung

Hilfe für alle, die sich nicht selbst helfen können

Unser Konzept für eine Grundsicherung für Arbeitssuchende

- Das derzeitige Bürgergeld funktioniert nicht
- Für eine funktionierende Grundsicherung für Arbeitssuchende

Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik

- Die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser sicherstellen
- Ambulante Versorgung verbessern
- Ambulante und stationäre Versorgung sichern
- Häusliche Pflege stärken
- Arzneimittelversorgung gewährleisten
- Corona aufarbeiten
- WHO – Reform oder Austritt
- Organspende
- Geschlechtsidentität
- Sterbehilfe
- Cannabis
- Impfpflicht
- Heilpraktiker
- Patientendaten und Telematik

- Personal aus dem Ausland – nur nach deutschen Standards 33
- Entbürokratisierung des Gesundheitswesens 33

BAUEN, WOHNEN, INFRASTRUKTUR, ENERGIE, VERKEHR UND DIGITALES 36

Wir wollen ein Volk von Eigentümern werden 36

- Wohn- und Baunebenkosten senken 36
- Baurecht muss nationales Recht bleiben 36
- Bestandsschutz 37
- Mieter zu Eigentümern machen 37
- Einheimische fördern 37
- Mehr Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau 37

Infrastruktur 38

- Eine Infrastruktur für Deutschlands Zukunft 38
- „Alles wieder zurück auf Start“: Kein erleichtertes Baurecht für großflächige Energieerzeugungsanlagen 39

Energiepolitik 40

Verkehr 42

- Verkehrspolitik – ideologiefrei und bedarfsgerecht 42
- Den motorisierten Individualverkehr schützen 42
- Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten 43
- Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern 44
- Sicherer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr 44
- Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken 45
- Deutsche Seehäfen schützen 46

Digitalisierung 46

- Analoges Leben 47
- Datensammelkrake Staat und Social Scoring (Sozialbewertung) 47
- Digitale Assistenzsysteme 47
- Kampf gegen Desinformation 48
- DSGVO 49
- Digitale Souveränität 50
- Künstliche Intelligenz 50

FINANZEN UND STEUERN 54

Bundeshaushalt konsolidieren, Steuerverschwendung beenden, Schuldenbremse einhalten 54

- Konnexitätsprinzip einhalten 55

ZEIT FÜR DEUTSCHLAND.

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
FÜR DIE WAHL ZUM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG



rechtsextremistischer Verdachtsfall

ZEIT FÜR DEUTSCHLAND.

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
FÜR DIE WAHL ZUM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG



rechtsextremistischer Verdachtsfall

Zuwendungen an Nichtregierungsorganisationen reduzieren 55
Wahre Kosten der Asylpolitik freilegen 55
Steuerfinanzierte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung drastisch kürzen 56

Steuerrecht stark vereinfachen 56

Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf 7 % 57
Abschaffung aller CO₂-Abgaben 57
Arbeit muss sich lohnen – Niedriglohnsektor und Mittelstand entlasten 57
Grundsteuer abschaffen und Steuerausfälle kompensieren 58
Familiensplitting einführen 58
Kein eigenes Besteuerungsrecht der Europäischen Union 59
Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen 60
Erhöhung Sparerpauschbetrag 60

WÄHRUNGSPOLITIK – DAS EURO-SYSTEM SCHEITERT 61

Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden 61
Deutschland muss aus dem Euro-System austreten 61
Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren
und Staatsgold zurückholen 62
Beendigung der planwirtschaftlichen Politik der EU 63
Keine Schuldenaufnahme durch die EU: Kredite nur auf nationaler Ebene 64
Keine deutsche Haftung für ausländische Banken 64
Target-2-Risiko beenden 65
Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung 66
Recht auf analoges Leben: ohne Vermögensregister und Digitalen Euro 67
Bitcoin: Erhalt von Freiheit und Staatsferne 68

LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND KLIMA 72

Agrarpolitik in Deutschland entscheiden 73
Ländlicher Raum und Familienbetriebe 73
Verbraucherschutz 74
Düngung, Pflanzenschutz und Gentechnik 75
Tierschutz und Tierwohl 76
Klima 77
Umweltschutz statt Wind- und Solarausbau 80
Jagd, Artenschutz und Fischerei 81
Waldpflege und Forstwirtschaft 82
Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung 83

Zeit für Sicherheit

ÄUSSERE SICHERHEIT 86

Außenpolitik muss Realpolitik in deutschem Interesse sein 86
Verteidigungspolitik – Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands 88
Zivilschutz in Deutschland ausbauen 89
Deutschland in Europa und der Welt 90
Eine neue Friedensordnung auf dem europäischen Kontinent 90
Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten 91
Handelspolitik – Deutschland muss wirtschaftliche Stärken ausbauen 93
Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands 94
Entwicklungspolitik neugestalten 95

ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK 100

Zuwanderung wieder national regeln 102
Asylparadies Deutschland schließen 103
Ökonomische Anreize senken 105
Deutschland braucht eine umfassende Rückführungsoffensive 106
Integration 108
Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verschenkt werden 110
Migration und Wohnungsmarkt 110
Maßvolle und ausgewählte Migration qualifizierter Fachkräfte 111

INNERE SICHERHEIT 116

Wirksame Bekämpfung der Kriminalität 116
Jugendstrafrecht 118
Stärkung der Polizei 118
Justiz, Strafvollstreckung und -vollzug verbessern 119
Waffenrecht überarbeiten 120
Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen 120
Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus 121
Strafbarkeit der Forderung nach einem Kalifat 121
No-go-Areas und Parallelgesellschaften 122
Einer weiteren Ausbreitung des Islam treten wir entgegen 123
Grundrechte schützen 124
Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen 124
Körper- und Gesichtsbedeckung 125
Bundespolizei für nationalen Grenzschutz rüsten 125

Zeit für Zusammenhalt

DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT – DAS VOLK IST DER SOUVERÄN 128

Für eine Sicherung der Bürgerrechte 128

Supranationale Organisationen und die deutsche Souveränität	129
Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild	130
Grundrecht der Meinungsfreiheit – keine Zensur der öffentlichen Debatte	131
Bürgerlich-freiheitliche Rechtsordnung	132

Gewaltenteilung gewährleisten 134

Reform des Parlamentsrechts	134
Freie Listenwahl und freies Mandat	135
Die Selbstbedienung der Parteien beenden	136
Kampf der Parteibuchwirtschaft	136
Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen	137
Lobbyismus kontrollieren	137
Entpolitisierung der Justiz	137
Verfassungsschutz grundsätzlich reformieren	138
Hinweisgeber (Whistleblower) schützen	138

Von der EU zu einem Bund Europäischer Nationen 139

FAMILIE UND DEMOGRAFIE 144

Starke Familien für eine starke Gesellschaft	145
Demografische Wende für Deutschlands Zukunft	146
Willkommenskultur für Kinder	148
Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache	150
Verantwortungsvolle Kinderbetreuung	152
Trennungsfolgen mindern	153
Inobhutnahmen einheitlich regeln und Familien schützen	154

BILDUNG, WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIEOFFENHEIT 158

Mut zur Leistung	158
Mehrgliedriges Schulsystem erhalten 158	158
Schulpflicht zur Bildungspflicht umwandeln	159
Wiedereinführen von Vorschulklassen	159
Förderschulen als Bildungschance erhalten	159
Meinungsvielfalt statt einseitiger Ideologie	160
Sinnvolle Digitalisierung	160
Disziplinarrechte der Lehrer und Schulen stärken	161

Berufliche Bildung stärken: mehr Meister statt Master 161

Migration und Bildung 161

Einfluss des politischen Islam an Schulen konsequent unterbinden	162
--	-----

Hochschulsystem und Wissenschaft 162

Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wiedereinführen	162
Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren	162

Forschung und Technik 164

Subventionen, Dirigismus und Halbleiterindustrie	164
Kerntechnik	165
Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft	165
Gentechnik	166
Luft- und Raumfahrt	166

KULTUR UND MEDIENPOLITIK 170

Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“ 170

Brauchtum und Gedenken	170
Schutz der deutschen Sprache	172
Kulturförderung	172
Keine Umsatzsteuerpflicht für Musiker, Künstler und freie Pädagogen	173

Medienpolitik 173

GRUNDFUNK statt GEZ-Zwangsabgabe	173
Filmförderung	174

ZEIT FÜR DEUTSCHLAND.

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
FÜR DIE WAHL ZUM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG



rechtsextremistischer Verdachtsfall

Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.

Reichtum teilen. Preise senken.
Für einander.

Wahlprogramm

Die Linke

Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.	4
1. Leben bezahlbar machen	6
Wir senken die Lebenshaltungskosten – sofort und wirkungsvoll	6
Wir senken die Energiepreise – gerecht und klimafreundlich	6
Wir sorgen für stabile Preise und verhindern zukünftige Krisen	7
2. Wohnen darf kein Luxus sein	8
Mieten runter!	8
Investitionsoffensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau	9
Investoren zurückdrängen!	9
Leerstand beenden!	9
Obdachlosigkeit abschaffen!	10
3. Umsteuern	10
Es sollte keine Milliardäre geben	10
Kleine und mittlere Einkommen entlasten	11
Schlupflöcher für die Reichen schließen: Erbschaft- und Schenkungssteuer	11
Konzerne gerecht an den Kosten beteiligen, Spekulant*innen den Nährboden entziehen	12
Gewerbesteuer	12
Finanztransaktionssteuer	12
Profite mit Krieg und Krisen verhindern	12
Finanzkriminalität bekämpfen	13
Abschaffung der Investitionsbremse	13
Die Europäische Zentralbank demokratisieren	13
Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen	14
4. Soziale Sicherheit für alle	15
Eine sichere Rente für alle	15
Alle Familien stärken und entlasten, Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit verbessern	16
Kinderarmut bekämpfen – Kinder und Jugendliche beteiligen	16
Selbstbestimmtes Altern ermöglichen	17
5. Gesundheit und Pflege: Solidarität statt Wettbewerb	17
Ambulante Versorgung	19
Bezahlbare Medikamente für alle und eine Gesundheitsforschung, die allen hilft! Die Macht der Pharmaindustrie durchbrechen	19
Pflege darf kein Armutsrisiko sein!	19
Prävention und Beratung statt Strafverfolgung in der Drogenpolitik	20
6. Entspannung statt Aufrüstung und Militarisierung: Eine friedliche Welt ist möglich	21
Für eine EU, die Teil der Lösung ist	23
Für globale Gerechtigkeit	24
7. Arbeit, die zum Leben passt	26
Schluss mit schlechten Löhnen und unsicheren Jobs	26
Fachkräfte sichern mit guten Arbeitsbedingungen	27
Gute Absicherung bei Erwerbslosigkeit	28
8. Wirtschaft für alle – sozial und ökologisch	29
Die Industrie sozial und ökologisch gerecht umbauen	29
Unser sozialökologisches Investitionsprogramm für den Industrieumbau	30
Transformation konkret: Automobilindustrie für die Zukunft	31
Klimagerechtigkeit und Energiewende	32
9. Mobilität für alle	36
Öffentlicher Nahverkehr – rund um die Uhr, in der Fläche, barrierefrei und bezahlbar	36
Bahn: Reparieren, ausbauen und gemeinnützig betreiben!	37
Die Zeit für übertriebenen Luxus der Reichen, die das Klima zerstören, ist vorbei.	37

Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.

Reichtum teilen. Preise senken.
Für einander.

Wahlprogramm

Die Linke

10. Gute Bildung	38
Kitas und Kinder stärken	38
Eine Schule für alle	39
Ausbilden, sonst wird umgelegt	39
Weiterbildung fördern.....	40
Ein gutes Studium für alle.....	40
11. Agrarwende Jetzt!	41
Bezahlbares und gesundes Essen für alle	42
Artensterben stoppen, Natur und Meere schützen.....	42
Wasser ist Menschenrecht.....	43
Meere schützen.....	43
Tiere schützen.....	43
12. Planbares Leben und starke Kommunen	44
13. Gerechtigkeit für Ostdeutschland	45
14. Geschlechtergerechtigkeit herstellen – Arbeit umverteilen, Selbstbestimmung erwirken	46
Queere Emanzipation	47
15. Für ein Land, in dem alle mitbestimmen können	48
Schutz und Bürgerrechte statt Überwachung.....	48
Polizei im Rechtsstaat.....	49
Unabhängigkeit der Politik – die Macht der Lobbyist*innen einschränken	49
Die Rechte von Minderheiten stärken.....	50
Religionsfreiheit.....	50
16. Extreme Rechte stoppen!	51
17. Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft, Asylrecht verteidigen	52
Niemand flieht freiwillig	52
Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft – und müssen das auch sein.	53
18. Inklusion und Teilhabe – selbstverständlich!	54
19. Medien und Kultur für eine plurale Gesellschaft	55
Kultur – vielfältig und für alle zugänglich	55
Sport ist kein Luxus.....	56
Verbraucher*innen stärken. Schluss mit den Schuldenfallen	56
20. Digitalisierung fürs Gemeinwohl statt für Konzernprofite	57
Unsere Koalitionspartner: Das seid ihr	58



**Bündnis
Saha
Wagenknecht**

Zweitstimme
X BSW

**Unser Land
verdient mehr!**

**Wahlprogramm für
die Bundestagswahl 2025**

der, dass immer mehr Länder aufgenommen werden.

- ✓ Wir wollen einen EU-Erweiterungsstopp, der auch für die Ukraine gilt, die sonst zum Fass ohne Boden für die deutschen Steuerzahler wird.

Der Wohlstand von Deutschland und Europa basiert auf stabilen und fairen internationalen Handelsbeziehungen. Protektionismus und Abschottung, Wirtschaftssanktionen und Handelskriege sind nicht im deutschen und europäischen Interesse.

2. Deindustrialisierung stoppen – Ein Comeback-Plan für unsere Wirtschaft

Unsere Wirtschaft ist seit fünf Jahren nicht mehr gewachsen, seit zwei Jahren befindet sie sich in einer schweren Krise. Die Abwanderung wichtiger Industrien hat bereits begonnen. Vier von zehn Unternehmen wollen in diesem Jahr Arbeitsplätze streichen. Die Zahl der Firmenpleiten steigt rapide. Hohe Energiekosten und bürokratische Regelungswut ersticken die Konjunktur. Die marode Infrastruktur und fehlende Fachkräfte-Ausbildung machen den Standort unattraktiv.

Das erfolgreiche Deutschland-Modell mit seinem hohen Anteil industrieller Wertschöpfung, seiner weltweit anerkannten Automobilproduktion, seinem exportstarken Maschinenbau und seinen mittelständischen Weltmarktführern, das über Jahrzehnte hunderttausende gutbezahlte Arbeitsplätze gesichert hat, wird fahrlässig zerstört. Zwar haben sich durch den Aufstieg Chinas zum neuen Konkurrenten im Hightech-Bereich auch die internationalen Rahmenbedingungen verändert. Aber

die wichtigsten Entscheidungen, die unser industrielles Rückgrat brechen können, wurden hier in Deutschland getroffen. Diese Fehlentscheidungen wollen wir korrigieren, bevor es zu spät ist.

Energiepreise senken, für eine durchdachte Klima- und Umweltpolitik

Der Klimawandel ist eine ernste Herausforderung. Er verlangt durchdachte Lösungen und keinen blinden Aktivismus oder autoritäre Anmaßung. Das BSW steht zum Pariser Klimaabkommen. Klimaschutz ist allerdings eine weltweite Aufgabe und sollte nach dem Kriterium vorangetrieben werden, Mittel dort einzusetzen, wo sie die größtmögliche Wirkung entfalten. Das tägliche Leben im Land nur immer teurer zu machen, ist keine Klima-, sondern Verarmungspolitik.

Die aktuelle deutsche Energiepolitik treibt die Preise hoch und gefährdet die Versorgungssicherheit. Während im Sommer vielfach ein Überangebot an Strom aus erneuerbaren Energien existiert, führt die unzureichende Reservekapazität seit dem Atomausstieg und der schrittweisen Abschaltung der Kohlekraftwerke bei Dunkelflauten zu extremen Preisspitzen, die für Unternehmen mit unkalkulierbaren Risiken verbunden sind und unsere europäischen Nachbarn gegen uns aufbringen. Das Problem wird sich in den nächsten Jahren verschärfen, wenn der Kohleausstieg wie geplant umgesetzt wird, aber neue Kapazitäten in Form zusätzlicher Gaskraftwerke weiterhin nicht geschaffen werden. Zudem ist die längerfristige Versorgung mit ausreichend Gas, zumal zu moderaten Preisen, nicht gesichert.

- ✓ Eine exportstarke Industrie braucht wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit. Die nach Beginn des Ukraine-Kriegs verhängten Sanktionen waren ein Konjunkturprogramm für die US-Wirtschaft und ein Killerprogramm für deutsche und europäische Unternehmen.

Wie tauchen die Begriffe „Klimaschutz“, „Klimafreundlichkeit“, „-neutralität“, „-zerstörung“, „-verträglichkeit“ in den **Gliederungen der Wahlprogramme** auf? Auf welcher Ebene? In welchem Kontext?

Brandmauer

							
Thematischer Kontext <i>Überschriften</i> 1. Ebene	Beschäftigte und ihre Familien entlasten	Unser Plan für ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft	In die Zukunft wachsen [...]; einfach dabei sein – fair und bezahlbar ; Frieden in Freiheit sichern	Nachhaltigkeit , Innovation, Infrastruktur	Leben bezahlbar machen; Wirtschaft für alle [...]; Mobilität für alle	Deindustrialisierung stoppen – ein Comeback-Plan für unsere Wirtschaft	Zeit für Wohlstand
Anzahl der Nennungen des Begriffs „Klima-“ nach Überschriften-Ebene							
1. Ebene	0 / 4	0 / 3	0 / 3	0 / 6	0 / 20	0 / 4	0 / 3
2. Ebene	1 / 25	1 / 21	1 / 14	1 / 31	3 / 60	1 / 28	[1 / 11]*
3. Ebene	-	-	6 / 81	-	-	-	0 / 37
4. Ebene	-	-	-	-	-	-	-

*Im AfD-Wahlprogramm taucht der Begriff „Klima“ in der Gliederung auf; im zugehörigen Teilkapitel 4. Hierarchieebene „Klima“ geht es jedoch um die Ablehnung von Klimaschutz-Maßnahmen, nicht um Ziele oder Maßnahmen für mehr Klimaschutz.

In welchem Sinn-/Satzkontext wird das Wort / der Wortbestandteil „Klima“ verwendet?

Beispiel AfD

linker Zeitgeist: „die **angeblich** existenzbedrohende Klimakrise...“ (S. 16)

Energiepolitik: „Die jahrzehntelange Fokussierung auf die **ideologiegetriebene** ‚Klimapolitik‘ ...“ (S. 40)

Energiepolitik: „...freuen sich die **ökosozialistischen** ‚Klimaschützer‘ über sinkende CO₂-Emissionen.“ (S. 40)

Flugverkehr: „...darf nicht kurzfristig einer **unwissenschaftlichen Klima-Hysterie** geopfert werden.“ (S. 45)

Seehäfen: „...Reduktion von [...] Vorschriften, insbesondere von **belastenden Klimaschutzbestimmungen**,...“ (S. 46)

Steuerverschwendung: „...Abbau von **sinnlosen**, der **vorgeblichen** „Klimarettung“ geschuldeten Ausgaben...“ (S. 54)

Agrarpolitik: „Unter dem Deckmantel der **sogenannten** Klimaschutzpolitik richten sich Lobbyinteressen...“ (S. 73)

Klimawandel: „Die Frage nach dem Anteil des Menschen an diesem ist **wissenschaftlich ungeklärt**.“ (S. 77)

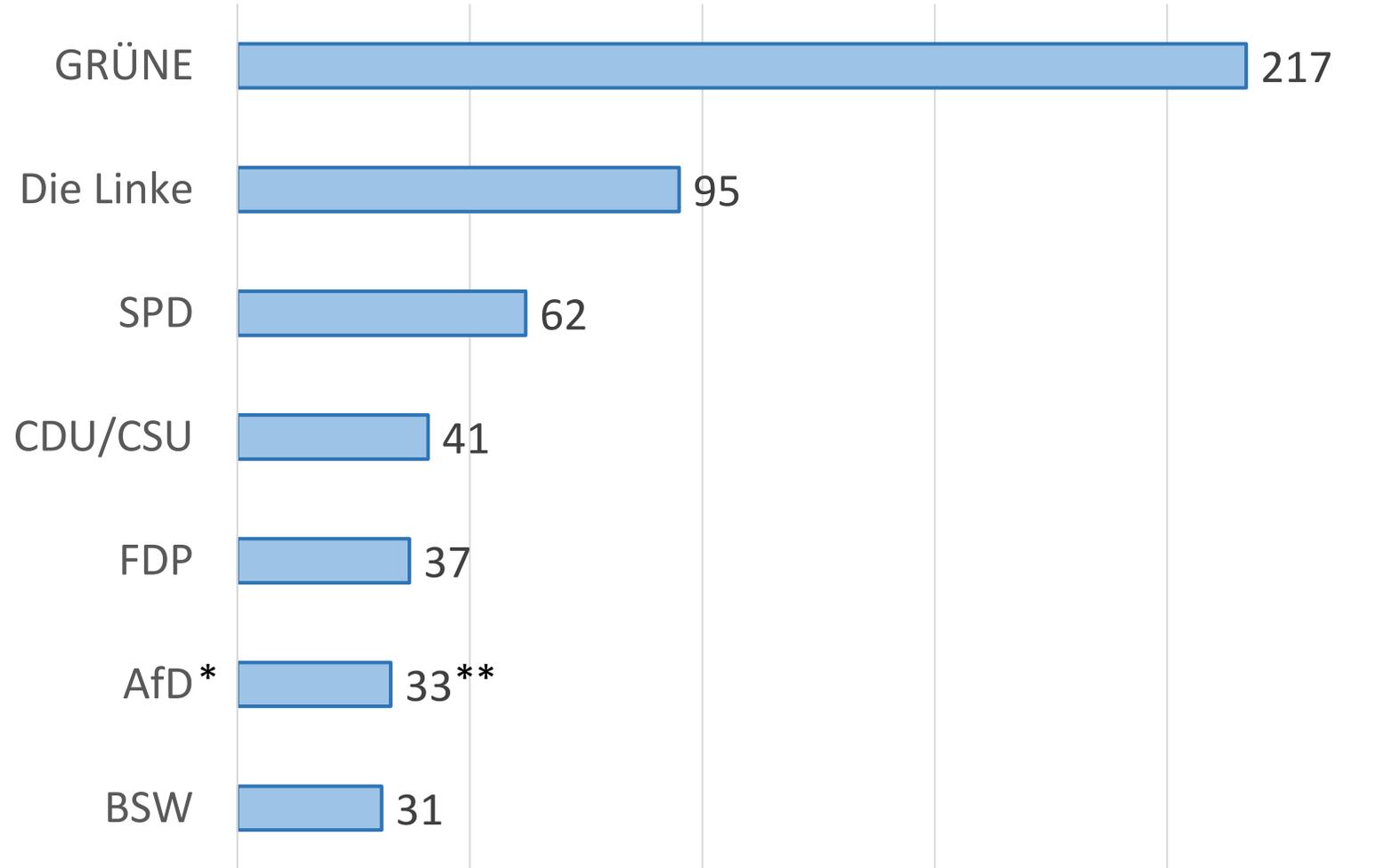
Klimawandel: „Der **angebliche** wissenschaftliche Konsens des „menschgemachten Klimawandels“...“ (S. 77)

Klimawandel: „...jüngst veröffentlichten Ablehnung einer **behaupteten** ‚Klimakrise‘...“ (S. 77)

Klimawandel: „Die Warnungen der **sogenannten** „Klimawissenschaft“ ... (S. 77)

Klimawandel: „Ein sich **natürlich wandelndes Klima** ist hingegen klar belegt, ...“ (S. 77)

Wie oft wird das Wort / der Wortbestandteil „Klima“ im Wahlprogramm verwendet?

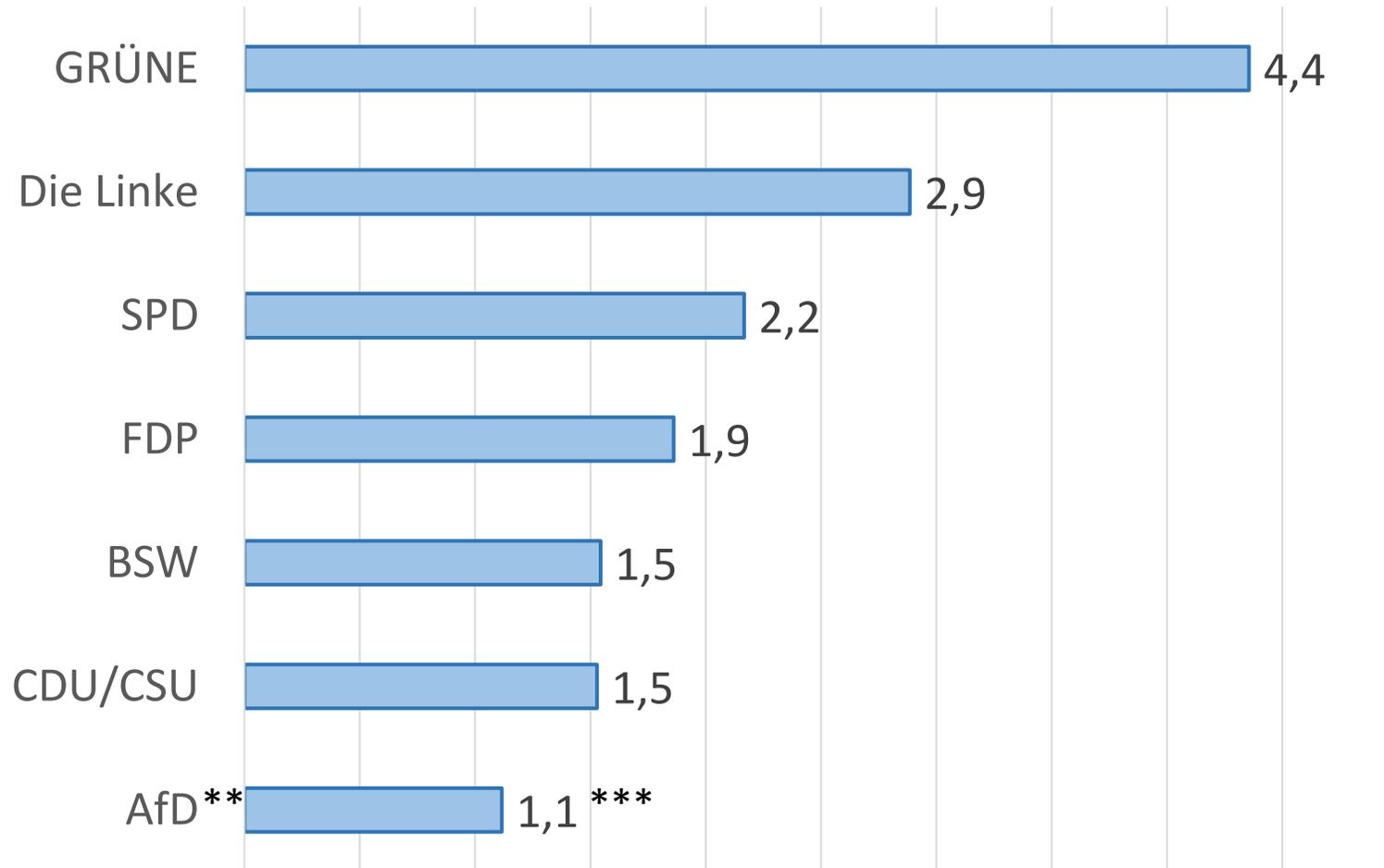


Quelle: **Parents for Future Winsen**

*Die AfD ist vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft.

**Gleichlautende Wiederholungen der Überschriften in Kopf-/Fußzeilen sind nicht mitgezählt. Hinweis: Im AfD-Wahlprogramm taucht der Begriff „Klima“, anders als bei den anderen Parteien, durchgängig im Kontext der Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen bzw. der Leugnung/Relativierung des menschengemachten Klimawandels und seiner Auswirkungen auf.

Wie oft wird das Wort / der Wortbestandteil „Klima“ je 1.000 Wörter* im Wahlprogramm verwendet?



Quelle: **Parents for Future Winsen**

*Die Wortzählung umfasst auch Überschriften und Texte in Kopf- und Fußzeilen.

**Die AfD ist vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft.

*** Gleichlautende Wiederholungen der Überschriften in Kopf-/Fußzeilen sind nicht mitgezählt. Hinweis: Im AfD-Wahlprogramm taucht der Begriff „Klima“, anders als bei den anderen Parteien, durchgängig im Kontext der Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen bzw. der Leugnung/Relativierung des menschengemachten Klimawandels und seiner Auswirkungen auf.

Werden die Begriffe „Klimaschutz“, „Klimafreundlichkeit“, „-neutralität“, „-zerstörung“, „-verträglichkeit“ in den Überschriften der Kurz-Wahlprogramme verwendet? In welchem Kontext?

15 Seiten

Wahl-Programm
SPD
Bundestags-Wahl 2025

Leichte Sprache

8 Seiten 



**EIN MENSCH.
EIN WORT.**

AM 23.02.
GRÜN
WÄHLEN.

6 Seiten

Du verdienst mehr.




kurz und bündig

Die Linke

6 Seiten 

**Es ist Zeit,
die Richtung
zu wechseln.
Wählen Sie
daher am
23.2.25
die FDP!**



Christian Lindner

**Alles lässt
sich ändern.**

Kurzwahlprogramm

Impressum:
Freie Demokratische Partei
Bundesgeschäftstele
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
info@fdp.de

10 Seiten

**BSW
Kurzwahlprogramm für
die Bundestagswahl 2025**



Bündnis
Sahra
Wagenknecht

Brandmauer

**KERNFORDERUNGEN
AFD-WAHLPROGRAMM 2025**

- 1. GRUNDWERT DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT BEWAHREN**
Wir fordern eine Rückkehr zu den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft mit einem klaren Fokus auf die Förderung von Mittelstand, Unternehmertum und Innovation. Arbeit muss sich endlich wieder lohnen.
- 2. KERNWERDE IN DER ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK**
Wir wollen eine Migrationspolitik im Interesse Deutschlands: Einführung konsequenter Grenzkontrollen, Zurückweisung illegaler Einwanderer und Renigration von Personen ohne Bleiberecht. Asylansprüche müssen in Bearbeitungszentren außerhalb Deutschlands bearbeitet werden. Außerdem fordern wir den Austritt Deutschlands aus dem UN-Migrationspakt und UN-Flüchtlingspakt.
- 3. KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG UND INNERE SICHERHEIT**
Die Polizei wird durch modernste Ausrüstung, mehr Personal und eine bundesweit einheitliche Besoldung gestärkt. Terrorismus, Drogenmissbrauch und Beteiligungsdelikte werden mit schärferen Strafen, insbesondere Ermittlungsmaßnahmen und konsequenter Vermögensabschöpfung bekämpft.
- 4. FRIEDEN IN EUROPA: DIALOG STATT ESKALATION**
Wir fordern eine interessengeleitete Außenpolitik für Deutschland. Eine europäische Friedensordnung muss die legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigen. Ziel ist eine neutrale Ukraine außerhalb von NATO und EU sowie die Wiederherstellung ungestörter Handelsbeziehungen mit Russland.
- 5. MEINUNGSFREIHEIT UND REFORM DES ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN BUNDES**
Wir schützen die Meinungsfreiheit und bekämpfen jede Form der Zensur, besonders durch staatlich erzwungene Abkommen mit Sozialen Medien. Deutschland braucht eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin zu einem schlanken Modell mit Fokus auf neutrale Information und Kultur.
- 6. WIEDERHERSTELLUNG SICHERER UND BEZAHLBARER ENERGIE**
Die Energieversorgung wollen wir durch die Rückkehr zur Kernenergie und den Ausbau von Kohlekraftwerken sichern. Gleichzeitig fordern wir die Abschaffung der CO₂-Abgabe und Subventionen für erneuerbare Energien sowie die Reduzierung von Energiesteuern.
- 7. FAMILIE UND BEHÖRDE: FAMILIEN STÄRKEN, GEBURTEN FÖRDERN**
Die aktuelle Familienpolitik versagt bei der Beibehaltung des Geburtenrückgangs und der Unterstützung von Eltern, wodurch die Grundlage unserer Gesellschaft gefährdet wird. Wir fordern ein Betreuungsgeld bis zum dritten Lebensjahr, steuerliches Familiensplitting sowie großzügige Entlastungen bei Kinderbetreuungskosten und Familien Gründungen, um Familien finanziell und gesellschaftlich besser zu fördern.
- 8. EUROPÄISCHE UNION: RÜCKKEHR ZU EINER EUROPA DER VATERLÄNDER**
Die EU hat sich zu einem zentralistischen System entwickelt, das demokratische Prinzipien untergründet und nationale Souveränität einschränkt – eine Rückkehr zu einem Staatenbund souveräner Nationen mit klarem Corescore ist dringender erforderlich. Der «Green Deal», die Euro-Transferunion und der geplante digitale Euro sowie der unersättliche bürokratische Apparat europäischer Behörden machen den Übergang der EU hin zu einer neu zu gründenden europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft notwendig. Als gemeinsame Interessen sehen wir insbesondere:
1) einen gemeinsamen Markt,
2) Schutz der Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung,
3) strategische Autonomie in der Sicherheitspolitik,
4) Bewahrung europäischer Kulturen und Identitäten.
- 9. BÜROKRATIEABBAU UND STEUERLICHE ENTLASTUNG**
Unser Ziel ist ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Deutschland, der durch geringere Steuern und Abgaben sowie den Abbau von Regulierung gestärkt wird. Außerdem fordern wir eine umfassende Vereinheitlichung des Steuerrechts sowie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

ZEIT FÜR DEUTSCHLAND. 

10 Seiten

Kurzfassung
**Politikwechsel
für Deutschland**
Wahlprogramm von CDU und CSU





Werden die Begriffe „Klimaschutz“, „Klimafreundlichkeit“, „-neutralität“, „-zerstörung“, „-verträglichkeit“ in den **Überschriften der Kurz-Wahlprogramme** verwendet? In welchem Kontext?

Brandmauer

							
Thematischer Kontext <i>Überschriften 1. Ebene</i>	„Verkehr und Klima “	„Energie bezahlbar machen, Klima marktwirtschaftlich schützen“	„ Klimakrise bekämpfen und die Umwelt schützen!“	-	„ Klimaschutz geht nur sozial“	-	-
Anzahl der Nennungen des Begriffs „Klima-“ nach Überschriften-Ebene							
1. Ebene	1 / 9	1 / 16	1 / 4	0 / 5	1 / 6	0 / 8	0/9
2. Ebene	-	-	-	-	-	0 / 35	-

4. NEHMEN SIE UNS BEIM WORT: KLIMA.

Klimakrise bekämpfen und die Umwelt schützen! Nicht für das Klima, sondern für die Menschen: für unsere Kinder und die Kinder unserer Kinder, die morgen auf diesen Planeten genauso angewiesen sind wie wir heute.



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (Auszug Kurzprogramm)

Chancen durch Bildung.

Unsere Zukunft liegt in den Menschen. Mit moderner Bildung wecken wir ihr Potenzial und schaffen Aufstiegschancen.

Bildungschancen dürfen nicht vom Elternhaus oder dem Wohnort abhängen. Wir wollen überall in Deutschland einheitlich hohe Bildungsstandards schaffen – von der Kita bis zum Schulabschluss. Dafür muss der Bund eine stärkere Rolle in der Bildung übernehmen.

Wir fordern: Sprachtests im Vorschulalter und Noten spätestens ab der dritten Klasse, modernste Technik und mehr Gestaltungsfreiheit für unsere Schulen sowie ein elternunabhängiges BAföG, damit junge Menschen ihr Studium wirklich frei wählen können.

Fünf Gründe für die FDP:

1. Leistung muss sich lohnen. Wir sorgen für mehr Netto vom Brutto.

2. Wachstum nützt allen. Denn nur eine starke Wirtschaft schafft gute Jobs.

3. Freiheit in Sicherheit. Wir stärken unsere Sicherheitsbehörden. Die Migration begrenzen und ordnen wir.

4. Aufstieg durch Bildung. Damit jeder die Chance auf Erfolg hat.

5. Ein schlanker Staat. Erledigt seine Aufgaben schnell und bürgerorientiert.



Noch mehr
Gründe für
die FDP finden
Sie hier:

Freie Demokraten (Auszug Kurzprogramm)



Für die SPD entstehen Spielräume für den Klimaschutz, wenn man die **Schuldenbremse reformiert** - und so nötige Investitionen bezahlt. Insgesamt sieht die SPD Klimaschutz als eine vordringlich staatliche Aufgabe, will aber einiges "pragmatischer gestalten". Der Staat schaffe die Rahmenbedingungen dafür, dass "die klimafreundliche Alternative für Bürgerinnen und Bürger besser, bequemer und vor allem günstiger" werde. Die höheren CO₂-Preise sollen in den kommenden Jahren finanziell aufgefangen werden, etwa durch ein **Klimageld**.

Die SPD will gegenüber Autobauern nicht so streng sein. Deutsche Hersteller sollen keine Strafen zahlen müssen, wenn sie die Brüsseler CO₂-Flottengrenzwerte nicht einhalten. Das heißt: Alle neu zugelassenen Autos eines Herstellers sollen straffrei im Schnitt **mehr Abgase ausstoßen** dürfen als vereinbart. Klimaziele im Verkehr will die SPD etwa über ein **Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen** erreichen. Das **Deutschlandticket** soll bleiben.

Beim Umbau von Häusern und Wohnungen sieht die SPD eher "**klimaneutrale Wärmenetze**" für **ganze Stadtteile** als Zukunftslösung. Das sei kostengünstiger als "einzelne Wärmepumpen in jedem Haus".



Für die Union steht an erster Stelle, dass **Klimaschutzmaßnahmen die Wirtschaft nicht beeinträchtigen** dürfen. "Die Klimaneutralität bis 2045 haben wir fest im Blick", steht im Wahlprogramm - aber das dürfe nicht den "Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft" gefährden.

Für den Energiesektor heißt das: Die Union will den Kohleausstieg umsetzen, aber Kohlekraftwerke dürften nur abgeschaltet werden, wenn es im Netz genug Alternativen, etwa Gaskraftwerke, gebe. Den **Wiedereinstieg in die Atomkraft** will die Union prüfen. Zudem wollen die Schwesterparteien Kohlendioxid mit der **CCS-Technik** unterirdisch speichern.

Die **Ladeinfrastruktur für E-Autos** soll ausgebaut werden. Zugleich sehen CDU und CSU darin nicht die alleinige Zukunft auf der Straße: Das Verbrenner-Verbot, das für 2035 Neuzulassungen in der EU verbietet, will die Union kippen.

Das Fazit im Wahlprogramm: Am besten regle der Markt den Klimaschutz. Das soll über den **Emissionshandel mit CO2-Preis** gelingen: "Der Markt soll darüber entscheiden, wo und wie Emissionen vermieden werden."



Die Grünen wollen sich einer Abschwächung des Klimaschutzes entgegenstellen. Mehr Akzeptanz könne es nur geben, wenn Klimaschutz "einfacher und bezahlbarer" wird. Insgesamt brauche es einen "Instrumentenmix" aus marktwirtschaftlichen Mechanismen und gezielten staatlichen Eingriffen, etwa über Förderprogramme.

Für den Energiesektor heißt das: 2035 soll Strom komplett klimaneutral hergestellt werden. Das sei aber nur möglich, wenn enorm in **Netzausbau** und **Speicher** sowie in **Biogaskraftwerke** investiert wird, die mit Abfall- und Reststoffen betrieben werden sollen. Am **Atomausstieg** wollen die Grünen, auch wegen der ungeklärten Endlagerfrage, festhalten. Im Gebäudesektor setzt das Wahlprogramm auf mehr **Wärmenetze** und **Wärmepumpen**.

Global sei der Wettbewerb zwischen Verbrennern und E-Autos längst entschieden, schreiben die Grünen. Man müsse den **Umstieg auf E-Mobilität** nun beschleunigen mit Förderprogrammen für Ladeinfrastruktur und "sozial ausgewogene Kauf- und Leasing-Anreize für verbrauchsarme E-Autos". Das Verbrenner-Aus auf EU-Ebene ab 2035 soll bleiben. Auf den Autobahnen will die Partei ein **Tempolimit von 130 km/h** durchsetzen.

Die Grünen sprechen sich für den **Emissionshandel über CO2-Zertifikate** aus, wollen aber "einen Großteil der Einnahmen" unmittelbar wieder auszahlen: als "**sozial gestaffeltes Klimageld** an Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen".

Nicht alle CO2-Emissionen werden sich vermeiden lassen, heißt es weiter. In bestimmten Industrien wird es diese Abgase weiterhin geben. Daher sprechen sich nun auch die Grünen dafür aus, die **CCS-Technik** zu nutzen, um Kohlendioxid unterirdisch zu speichern.



Im Kampf gegen die Erderwärmung will die FDP "auf den Entwicklergeist von Firmen und Ingenieurinnen sowie Ingenieuren" setzen. Ihre Ideen und mehr **Marktmechanismen** würden den Klimaschutz am schnellsten voranbringen, ist der Grundgedanke im liberalen Wahlprogramm. Der Staat dürfe nicht überall mit "Verboten und Dirigismus" eingreifen. Die FDP strebt **Klimaneutralität erst 2050** an, nicht schon 2045, wie im derzeitigen nationalen Klimaziel vorgesehen.

Die FDP spricht sich explizit **gegen ein Tempolimit** aus. Sie will die **Ladeinfrastruktur für mehr Elektromobilität** ausbauen, aber **keine Kaufprämien für E-Autos** einführen. Die Bahn will die FDP privatisieren, nur das Schienennetz soll in öffentlicher Hand bleiben.

Emissionshandel und CO2-Bepreisung sind für die Liberalen ein wichtiger Anreiz: "Wer besonders viel CO2 spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld", führt das Wahlprogramm aus.

Allerdings will die FDP die Tür öffnen für Möglichkeiten, sich in Europa gewissermaßen Spielräume zu erkaufen: "Wir Freie Demokraten wollen die Möglichkeit nutzen, Projekte in anderen Staaten zu finanzieren und die entsprechenden Treibhausgasreduktionen auf die eigenen Ziele anzurechnen", heißt es im Wahlprogramm. Das soll den Druck von europäischen Ländern nehmen, deren Industrien sonst ins Ausland abwandern könnten, fürchtet die FDP.



rechtsextremistischer
Verdachtsfall

Die AfD glaubt nicht, dass die Erderhitzung vom Menschen verursacht wird. Sie spricht von einer "unwissenschaftlichen Klimahysterie". Die Partei will daher aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen und lehnt jede Politik ab, "die sich auf den angeblichen Klimaschutz beruft". Sie lehnt den Ausbau der Windenergie ab sowie Solarmodule auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Jede staatliche Förderung von Ladeinfrastruktur für E-Autos müsse eingestellt werden.

Die AfD fordert den Wiedereinstieg in die Atomkraft und will über die Nord-Stream-Pipeline wieder Gas aus Russland beziehen. Auch die Laufzeiten von Kohlekraftwerken sollen verlängert werden.

Der Klimawandel habe vor allem positive Folgen, findet die AfD. Extremwetterereignisse würden nicht zunehmen, behauptet das Wahlprogramm.

Das sieht ein breites Spektrum vom [Deutschen Wetterdienst](#) bis hin zum [Gesamtverband der Versicherungswirtschaft](#) [↗](#) anders. Besonders für Hitzewellen, Dürren und Extremniederschläge habe "die Wissenschaft bereits starke Belege dafür gesammelt, dass Häufigkeit und Stärke zunehmen", [schreibt die Helmholtz Klima Initiative](#) [↗](#), ein Zusammenschluss aus Forschern der deutschen Helmholtz-Institute. Seltener könnten Kältewellen werden. Es bestehe Handlungsbedarf und Ursachen des Klimawandels müssten eingedämmt werden, fordern die Wissenschaftler.

**Alle wollen regieren.
Wir wollen verändern.**

Reichtum teilen. Preise senken.
Für einander.

Wahlprogramm

Die Linke

Superreiche müssten viel mehr zum Klimaschutz beitragen, fordert die Linke: Sie will "Privatjets und Megayachten mit über 60 Metern Schiffslänge" verbieten. Außerdem brauche es eine **Vielfliegersteuer**, um etwa klimaschädliche "Kurztrips zum Shoppen nach Dubai" zu verteuern.

Investieren will die Linkspartei vor allem in das **öffentliche Verkehrsangebot** und ein **Neun-Euro-Ticket**. Schüler, Azubis, Studierende und Senioren sollen sogar kostenlos im ÖPNV mitfahren.

Für "große, schwere Autos" sollen **höhere KfZ-Steuer**n fällig werden. Die Hersteller sollen ihre Produktion möglichst auf **reine Elektromobilität** umstellen. Zuschüsse für kleine E-Autos sollen zum Beispiel Handwerksbetriebe oder Pflegedienste bekommen. Mit all diesen Maßnahmen plädiert die Partei für ein ambitionierteres Klimaziel: Schon für 2040 strebt sie **Klimaneutralität** in Deutschland an.

Die Ampelkoalition habe ihr Versprechen nicht gehalten, steigende CO2-Preise über ein **Klimageld** auszugleichen, kritisiert das linke Wahlprogramm. 2025 will die Linke eine Direktzahlung von 320 Euro jährlich pro Person starten. Reiche sollen aber zugleich einen "Energie-Soli" leisten.

Den **Atomausstieg** will die Linke beibehalten, dafür brauche es auch einen europaweiten Plan. Die CCS-Technik, also die Speicherung von CO2 unter der Erde, lehnt die Partei als zu risikoreich ab.



Klimaneutral werden sei absehbar gar nicht möglich, sagt das BSW - und spricht von einer "100-Prozent-Klimaneutral-Ideologie". Diese verteuere alles, vom Auto über Strom bis hin zur Wärmepumpe. Den CO2-Preis, der zu Aufschlägen für klimaschädliche Produkte führt, will das BSW ganz abschaffen.

"Billige Energie" sei "allein mit Wind und Sonne" nicht erreichbar, warnt das Wahlprogramm. Stattdessen brauche es wieder **Gas aus Russland**, darüber müsse die nächste Bundesregierung verhandeln. Gleichzeitig sollen Photovoltaik-Anlagen "auf öffentlichen Gebäuden, auf Parkplätzen, Ställen und Werkshallen" gefördert werden.

Im Verkehrsbereich sieht die Partei das **Auto als weiterhin wichtigstes Verkehrsmittel**. E-Autos seien aber zu teuer und ihre Akkus unzuverlässig. Deshalb will das BSW ebenfalls das **Verbrenner-Verbot abschaffen**.

Bundestagswahl 2025

Wahlprogramme: Klima- und Energiepolitik

Klimaschutz gehörte 2021 zu den bestimmenden Themen im Wahlkampf. Jetzt halten sich damit selbst die Grünen zurück. Doch die von allen beachtete Wirtschaftskrise hängt eng mit dem Klimaschutz zusammen. Was also planen die Parteien in dieser Hinsicht?

14.01.2025

<https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2025-wahlprogramme-klimaschutz-100.html>

„Seit dem 1. Januar 1994 bietet Deutschlandradio Hörfunkangebote für Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern und ist damit einzigartig in der deutschen Medienlandschaft. [...] Über 700 Festangestellte in Köln und Berlin, darüber hinaus rund 690 regelmäßig für Deutschlandradio arbeitende, arbeitnehmerähnliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Volontariate, Traineeships, Ausbildungs- und Praktikumsplätze.“

<https://www.deutschlandradio.de/geschichte-144.html>

Wahlprogrammcheck für die Bundestagswahl 2025

Wie positionieren sich die Parteien zur Zukunft des Energiesystems? Anhand dieser Frage hat das Team des Reiner Lemoine Kollegs die Wahlprogramme der sieben Parteien untersucht, die im Februar die Aussicht haben, in den Bundestag einzuziehen. Auch wenn andere Themen gerade den politischen Wahlkampf dominieren, wird das Votum der Wählerinnen und Wähler über die EnergieSystemWende entscheiden.

Team des RLS-Graduiertenkollegs zur EnergieSystemWende



Leiter des Graduiertenkollegs

Promotionsstipendiat*innen der Reiner Lemoine Stiftung

Seit der Gründung der RLS unterstützt die Stiftung Promovierende, die an Energiewende-Themen forschen. 2020 wurde das **Stipendienprogramm** in ein Graduiertenkolleg überführt. Das interdisziplinäre Team am **Reiner Lemoine Kolleg** forscht in individuellen Promotionsprojekten an Fragestellungen der EnergieSystemWende. Ziel des Kollegs ist es, systemische Hemmnisse der Energiewende besser zu verstehen und zielgerichtete Lösungen zu entwickeln, um so ein **Energiesystem mit 100 % Erneuerbaren Energien** möglich zu machen.



Weitere Informationen zum RLK

Reiner Lemoine Institut



Das **Reiner Lemoine Institut (RLI)** ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Forschungsinstitut, das sich seit seiner Gründung durch die RLS im Jahre 2010 für eine Zukunft mit 100 % erneuerbaren Energien einsetzt.

In den Bereichen Transformation von Energiesystemen, Mobilität mit erneuerbaren Energien und Off-Grid Systems forscht das Team des RLI anwendungsorientiert mit dem Ziel, die langfristige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien wissenschaftlich zu unterstützen.



Weitere Informationen zum RLI



Mehr aus dieser Rubrik



NEWSLETTER ABONNIEREN

🔊 Vorlesen

NABU-Check zur Bundestagswahl

Bewertung der Parteiprogramme zu Natur, Klima und Ehrenamt

Was versprechen die Parteien zum Naturschutz, wie wollen sie Ehrenamt, Ökosysteme und Artenvielfalt schützen? Wir nehmen die Programme zur Bundestagswahl 2025 unter die große NABU-Lupe.



Ja, ich möchte mehr zum Thema Umweltpolitik und zur Arbeit des NABU erfahren.

E-Mail-Adresse



960

Tausend NABU-Mitglieder und Fördernde

3

Millionen ehrenamtliche Arbeitsstunden pro Jahr

77

Tausend NABU-Ehrenamtliche



SPENDEN & HELFEN

THEMEN & PROJEKTE

AKTIV WERDEN

ÜBER UNS



WWF Zukunftswahl-Check zur Bundestagswahl 2025

Wie zukunftsfit sind die Parteien in Deutschland? Finden Sie es mit unserem Zukunftswahl-Check zur Bundestagswahl 2025 heraus.



„Der WWF engagiert sich seit mehr als 60 Jahren weltweit für die Bewahrung der **biologischen Vielfalt**. Die private, unabhängige Naturschutz-Organisation ist in **fast 100 Ländern aktiv** und wird von **mehr als sechs Millionen Förder:innen** unterstützt. Wichtigste Instrumente der WWF-Naturschutzarbeit sind die **Ausweisung von Schutzgebieten** und die nachhaltige, also naturverträgliche Nutzung unserer Naturgüter. Darüber hinaus engagiert sich der WWF für eine Verringerung der Umweltverschmutzung und eines verschwenderischen Konsums auf Kosten der Natur.“

Zusammenfassung & Bewertung der Klimaschutzbezogenen Aussagen im Wahlprogramm (Auszüge) der Sozialdemokratischen Partei Deutschland

WWF-Deutschland:

„Die SPD hält an den Klimazielen Deutschlands und der EU fest. [...] Allerdings bleibt unklar, wie die Klimaziele erreicht werden sollen. Konkrete Sektorziele fehlen im SPD-Wahlprogramm. Wichtig sind die genannten Maßnahmen zur sozialgerechten Ausgestaltung der Dekarbonisierung. Aber gerade mit Blick auf die notwendige Energieeffizienz im Gebäudebestand weist das Programm große Lücken auf.“

NABU:

„Die SPD legt ein Konzept für den Weg zur Klimaneutralität bis 2045 vor, bleibt dabei jedoch unkonkret. Für die Finanzierung von Klimaschutz gibt es eine untermauerte und seriöse Idee. Soziale Fragen des Klimaschutzes werden stark berücksichtigt. In der Energiepolitik verfolgt die SPD einige vielversprechende Ansätze, lässt jedoch auch viele Punkte offen. Die SPD formuliert im Programm erste Ansätze für eine naturverträgliche Energiewende.“

Reiner Lemoine Kolleg:

„Die SPD hat insgesamt ein gutes Programm zur Energiewende. Dabei präsentiert die SPD eine gute Vision von der Energiewende, untermauert diese aber nur mit befriedigenden Ausbau- und Ausstiegszielen. Dennoch erzielt das Programm sehr gute Bewertungen in den Bereichen Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Industriegewende, Antriebs- und Treibstoffwende sowie Verkehrsvermeidung und Verlagerung. [...] Schwach ist das Programm im Bereich Strommarktdesign.“

Deutschlandfunk:

„*SPD: Klimageld soll Geringverdiener entlasten*
Auch die SPD bekennt sich zu den beschlossenen Klimazielen Deutschlands und der EU. Die Sozialdemokraten betonen in ihrem Wahlprogramm, dass Klimaschutz sozial sein müsse. Das bedeutet, Geringverdiener sollen durch ein Klimageld von CO₂-Preisen entlastet werden.“



Zusammenfassung & Bewertung der Klimaschutzbezogenen Aussagen im Wahlprogramm (Auszüge) der **Christlich Demokratischen Union**

WWF-Deutschland:

„Die Union bekennt sich in ihrem Wahlprogramm zwar zur Einhaltung des Pariser Klimaziels, lässt einen klaren Pfad für den Abschied von Erdöl und Erdgas jenseits des Emissionshandels jedoch vermissen. [...] Die CDU/CSU setzt beim Klimaschutz hauptsächlich auf den Europäischen Emissionshandel. Klimaziele erreichen wir aber nur mit einem sinnvollen Instrumentenmix. Positiv hervorzuheben ist, dass die Union angesichts steigender CO₂-Preise die Einführung eines Klimabonus als sozialen Ausgleich plant.“

NABU:

„Ein überzeugendes Konzept für einen klaren Weg zur Klimaneutralität bis 2045 fehlt bei der Union, da sie weiterhin auf fossile Energien setzt. Die Finanzierung des Klimaschutzes bleibt vage. Soziale Fragen des Klimaschutzes werden zwar angesprochen, doch konkrete Lösungen und Finanzierungsvorschläge fehlen. In der Energiepolitik gibt es einige vielversprechende Ansätze, Details bleiben jedoch unklar. Zu einer naturverträglichen Energiewende werden kaum verbindliche Zusagen gemacht.“

Reiner Lemoine Kolleg:

„Die Union hat insgesamt ein befriedigendes Programm zur Energiewende. Tonangebend sind jedoch eine schwache Vision und Ausbau- und Ausstiegsziele. Es zeigen sich gute Ansätze im Bereich Industriegewende und Strommarktdesign. Das Wahlprogramm ist befriedigend in den Kriterien Stromnetz und Stabilität, Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie Antriebs- und Treibstoffwende. Schwach präsentieren sich die Maßnahmen im Bereich Gerechte Energiewende, Wärmewende und Grüner Wasserstoff.“

Deutschlandfunk:

„*CDU/CSU: Verbrennerverbot und Heizungsgesetz kippen*. Die Union steht zum Ziel Klimaneutralität bis 2045, will den Weg dahin aber grundsätzlich neu strukturieren. „Klimaschutz braucht eine starke Wirtschaft“, heißt es im Wahlprogramm. [...] Das umstrittene „Heizungsgesetz“ (Gebäudeenergiegesetz) soll in seiner jetzigen Form abgeschafft werden, obwohl viele Elemente, die auch die Union unterstützt, darin bereits verwirklicht sind.“



Zusammenfassung & Bewertung der Klimaschutzbezogenen Aussagen im Wahlprogramm (Auszüge) von Bündnis 90 / Die Grünen

WWF-Deutschland:

„Bündnis 90 / Die Grünen behalten das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 mit den entsprechenden Zwischenzielen bei. Zudem wollen sie das Klimaschutzgesetz evaluieren und die Verantwortung der Sektoren stärken, was positiv zu bewerten ist. [...] Positiv ist das Bekenntnis zur zunehmenden Elektrifizierung des Wärme- und Mobilitätssektors [...]. Das Programm ist in Bezug auf Gebäude und Wärme insgesamt gut, weist aber Lücken auf.“

NABU:

„Der Weg in Richtung Klimaneutralität bis 2045 folgt einem klaren Konzept, dass auch mit klaren Ideen für eine Finanzierung untermauert wird. Soziale Fragen des Klimaschutz spielen eine tragende Rolle. In der Energiepolitik werden wichtige Themen angesprochen, Lösungsansätze bleiben dabei allerdings teilweise unkonkret. Eine naturverträgliche Energiewende wird mitgedacht, aber nicht immer konsequent umgesetzt.“

Reiner Lemoine Kolleg:

„Die Grünen haben insgesamt ein sehr gutes Wahlprogramm zur Energiewende. Dabei beschreiben sie sowohl eine sehr gute Vision sowie sehr gute Ausbau- und Ausstiegsziele. Die Partei präsentiert sehr gute Maßnahmen in den Kriterien Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Strommarktdesign, Wärmewende, Antriebs- und Treibstoffwende, sowie Stromnetz und Stabilität. In den [übrigen] Kriterien [...] präsentiert das Wahlprogramm gute Ansätze.“

Deutschlandfunk:

„Bündnis 90/Die Grünen: Wirtschaft klimaneutral modernisieren
Während die Grünen bei ihrer Plakatkampagne das Thema Klima diesmal nicht in den Vordergrund stellen, durchzieht es fast alle Facetten ihres Wahlprogramms, bis hin zur Außenpolitik: „Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts.““

Kommentare & Bewertungen zu den Klimaschutzbezogenen Aussagen im Wahlprogramm (Auszüge) der **Freien Demokraten**

WWF-Deutschland:

„Insgesamt ist das Wahlprogramm der FDP ungeeignet, die Klimaziele zu erfüllen und dabei eine gesellschaftlich akzeptierbare Balance herzustellen [...]. Klimaneutralität plant die FDP erst im Jahr 2050 zu erreichen, ohne entsprechende Sektorziele zu benennen. Das Verbrenner-Aus will sie zurücknehmen. Ein klares Bekenntnis zur Zukunft des Deutschlandtickets fehlt.“

NABU:

„Das Ziel von 2045 wird von der FDP in Frage gestellt, während der Weg zur Klimaneutralität einseitig über den Emissionshandel skizziert wird. Zur Finanzierung von Klimaschutz gibt es kaum Ideen. An fossilen Energien soll festgehalten werden. Jenseits des Emissionshandels gibt es kaum überzeugende Ansätze. Eine naturverträgliche Energiewende spielt im Programm der FDP keine Rolle.“

Reiner Lemoine Kolleg:

„Die FDP hat insgesamt ein schwaches Wahlprogramm hinsichtlich der Energiewende. Die Vision der Energiewende sowie die verfolgten Ausbau- und Ausstiegsziele erweisen sich als schwach. Das am besten bewertete Kriterium des Strommarktdesigns zeigt nur befriedigende Ansätze. Schwach sind die restlichen Bereiche: [...] Im Bereich Beteiligung und Teilhabe werden keine Ansätze präsentiert.“

Deutschlandfunk:

„*FDP: Klimaneutralität erst 2050*. Die Freien Demokraten fordern ein langsames Tempo: Deutschland soll nicht 2045, wie es das nationale Klimagesetz vorsieht, sondern erst 2050 klimaneutral werden. Das entspricht dem Ziel der EU. [...] Ein einheitlicher europäischer Emissionshandel ist für die FDP das zentrale Instrument für den Klimaschutz. [...] andere Regulierungen sollen abgeschafft werden.“



Zusammenfassung & Bewertung der klimaschutzbezogenen Aussagen im Wahlprogramm (Auszüge) der **Alternative für Deutschland**

WWF-Deutschland:

„Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel. Sie verkennt den verheerenden Einfluss der Klimakrise auf unsere Sicherheit und Unversehrtheit, will aus dem Pariser Abkommen austreten und Klimaschutzmaßnahmen abschaffen. Lösungsvorschläge gegen die Erderhitzung macht die AfD nicht. [...] Die AfD lehnt sowohl die Energiewende als auch den Ausbau der Windenergie und der Agri-Photovoltaik ab.“

NABU:

„Klima- und energiepolitisch erfolgt ein Rückschritt. Die menschengemachte Klimakrise und etablierte Klimawissenschaften werden von der AfD in Frage gestellt. Fast alle progressiven Ansätze in der Klimapolitik werden abgelehnt, während fast nur auf fossile Energien gesetzt wird. Natur- und Klimaschutz werden gegeneinander ausgespielt.“

Reiner Lemoine Kolleg:

„Die AfD hat insgesamt ein ungenügendes bis konträres Programm zur Energiewende. Sowohl Vision als auch Ausbau- und Ausstiegsziele sind ungenügend, da die Transformation als solche abgelehnt wird. Schwache Ansätze werden in den Kriterien Beteiligung und Teilhabe sowie Verkehrsvermeidung und –verlagerung präsentiert. Ungenügend sind die restlichen Bereiche [...].“

Deutschlandfunk:

„*AFD: Leugnen des menschengemachten Klimawandels*
Die Alternative für Deutschland sieht den Menschen nicht als Verursacher des Klimawandels und hält deshalb alle Maßnahmen zu seiner Begrenzung für unnütz. Die CO₂-Abgabe, das Verbrenner-Verbot und EU-Flottenabgabe sowie das Heizungsgesetz möchte sie abschaffen und aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen.“

Die AfD ist als rechtsextremistischer Verdachtsfall klassifiziert.

Zusammenfassung & Bewertung der Klimaschutzbezogenen Aussagen im Wahlprogramm (Auszüge) der Partei **Die Linke**

WWF-Deutschland:

„Die Linke empfiehlt, dass Deutschland bereits 2040 klimaneutral wird und dafür verbindliche Emissionsgrenzen einhält. Die Einführung von Sektorzielen und eines Klimageldes ist positiv zu bewerten. Die Linke will das jetzige Deutschlandticket wieder mit dem 9-Euro-Ticket ersetzen. Grundsätzlich sticht die Linke mit vielen neuen Plänen über die Sektoren hinweg hervor. [...] Teilweise fällt die Klimawirkung im Programm der Linken hinter sozialen Fragen zurück.“

NABU:

„Die Klimaneutralität wird von der Linken zwar angestrebt, ein klares Ziel bleibt jedoch unbeachtet und es fehlt teilweise an einem klaren Konzept. Soziale Fragen des Klimaschutzes werden stark betont, es fehlt trotz vieler Ideen jedoch ein realistisches Konzept zur Finanzierung von Klimaschutz. In der Energiepolitik mangelt es an überzeugenden Instrumenten. Eine naturverträgliche Energiewende spielt im Programm kaum eine Rolle.“

Reiner Lemoine Kolleg:

„Die Linke hat insgesamt ein gutes Programm zur Energiewende. Dabei präsentiert die Linke sowohl sehr gute Vision als auch Ausbau- und Ausstiegsziele. Sehr gute Bewertungen erzielt das Programm außerdem in den Kriterien Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Wärmewende und Verkehrsvermeidung und -verlagerung. [...] Befriedigend sind die Ansätze im Bereich Strommarktdesign und Grüner Wasserstoff.“

Deutschlandfunk:

„*Die Linke: Neun-Euro-Ticket und Klimageld*
Die Linke will den Klimaschutz stärken, indem wieder verbindliche Sektorziele eingeführt werden, speziell bei Verkehr und Wärme. In diesen Bereichen sollen staatliche Förderung und Infrastrukturprogramme die Energiewende voranbringen. Am Kohleausstieg bis 2030 will Die Linke festhalten und in einem nächsten Schritt auch den Abschied von Erdgas planen.“



Zusammenfassung & Bewertung der Klimaschutzbezogenen Aussagen im Wahlprogramm (Auszüge) von **Bündnis Sarah Wagenknecht**

WWF-Deutschland:

„Das [...] BSW liefert keine geeigneten Konzepte für die Klimakrise und die Probleme unserer Zeit. Die Partei bekennt sich zwar zum Pariser Klimaabkommen, spricht sich aber gegen die schnelle Erreichung der Klimaneutralität aus. Entsprechend fehlen Sektorziele. Die Idee, das bestehende Heizungsgesetz ohne Ersatz abzuschaffen und das Verbrenner-Verbot zurückzuziehen, ist nicht sinnvoll. Die Vorschläge des BSW bringen weder soziale Vorteile, Planungssicherheit für Unternehmen noch mehr Klimaschutz.“

NABU:

„Vom BSW gibt es eine klare Absage an das Ziel der Klimaneutralität und ein Festhalten an fossilen Energien. Zentrale Instrumente der Klimapolitik, wie die CO₂-Bepreisung, werden abgelehnt. Obwohl das BSW soziale Fragen betont, fehlt ein klares Konzept zur Finanzierung des Klimaschutzes. Die Klimapolitik wird kaum thematisiert, ebenso wie eine naturverträgliche Energiewende.“

Reiner Lemoine Kolleg:

„Die BSW hat insgesamt ein schwaches Programm zur Energiewende. Während die Vision ungenügend ist, werden schwache Ausbau- und Ausstiegsziele beschrieben. Befriedigend bewertet werden die Kriterien Beteiligung und Teilhabe, Industriewende, Strommarktdesign, Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie grüner Wasserstoff. Schwache Ansätze werden für die restlichen Kriterien präsentiert.“

Deutschlandfunk:

„*BSW: Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream Pipelines*
Der Klimawandel sei eine ‚ernste Herausforderung‘, steht im Wahlprogramm des Bündnis Sarah Wagenknecht. Dennoch sei das Ziel, bis 2045 völlig klimaneutral zu werden, „Wunschdenken“. Die Partei will deshalb pragmatisch vorgehen und fossile Energieträger weiter nutzen. Das ‚Heizungsgesetz‘ soll gekippt werden.“

WWF Zukunftswahl-Check



SPD



Bündnis Sahra Wagenknecht

Die Linke

Freie Demokraten FDP



Klimaneutralität bis 2045 sichern!



Erneuerbare, ÖPNV und Stromnetze naturverträglich ausbauen!



Schuldenbremse anpassen – Zukunft nachhaltig finanzieren!



Natur schützen und wiederherstellen – Klimafolgen abpuffern!



Weg von der Wegwerfgesellschaft, hin zur Kreislaufwirtschaft!



Einsatz für Klima und Umwelt in Europa und der Welt!



Mensch-Wildtier-Konflikte lösen!



Wildnisziel bis 2030 erreichen!



Meeresschutz stärken!



Flüsse frei fließen lassen und Wasserhaushalt absichern!



Verantwortungsvolle und nachhaltige Lieferketten etablieren!



JA! So kann's gehen!

... Das geht noch besser!

Zzzz! Einfach zu wenig/Leerstelle!

AUA! Voll daneben!

* Die AfD ist ein rechtsextremistischer Verdachtsfall und stellt demokratische Grundwerte in Frage. Deswegen stellen wir sie separat von den demokratischen Parteien dar.



Die NABU-Forderungen im Check: Was die Parteien zur Wahl versprechen*

							
Naturschutz	●	●	●	●	●	●	●
Agrar	●	●	●	●	●	●	●
Wald	●	●	●	●	●	●	●
Meeresschutz	●	●	●	●	●	●	●
Klima & Energie	●	●	●	●	●	●	●
Kreislaufwirtschaft & Ressourcen	●	●	●	●	●	●	●
Industrie	●	●	●	●	●	●	●
Verkehr	●	●	●	●	●	●	●
Zivilgesellschaft	●	●	●	●	●	●	●

* Die Einordnung basiert auf einer Analyse der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2025.

● NABU-Forderungen (weitgehend) vollständig erfüllt

● NABU-Forderungen teilweise erfüllt

● NABU-Forderungen nicht erfüllt oder Thema fehlt

Wahlprogramm-Check zur Energiewende: Bundestagswahlen 2025

	SPD	CDU/CSU	B90/Grüne	FDP	AfD	Linke	BSW
 Vision Erneuerbares Energiesystem							
 Ausbau- und Ausstiegsziele							
 Beteiligung und Teilhabe							
 Gerechte Energiewende							
 Industriewende							
 Strommarktdesign und Entgelte							
 Wärmewende							
 Verkehrsverlagerung- und Vermeidung							
 Antriebs- und Treibstoffwende							
 Stromnetz und Stabilität							
 Grüner Wasserstoff							
GESAMTBEWERTUNG							

Legende:

 sehr gut  gut  befriedigend  schwach  ungenügend  nicht thematisiert

Deutsches Klima-Konsortium

„Das Deutsche Klima-Konsortium (DKK) ist die größte unabhängige Selbstorganisation der deutschen Klimaforschung. Als Dachverband repräsentiert das DKK derzeit 28 Forschungseinrichtungen, in denen tausende von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erstklassige Forschung betreiben. Zentrale Fragen sind dabei, wie der Mensch gemachte Klimawandel verursacht wird, wie die Gesellschaft darauf reagieren kann und welche Fakten und Instrumente die notwendigen Entscheidungen in der Wirtschafts- und Umweltpolitik unterstützen können.“

<https://www.deutsches-klima-konsortium.de/ueber-uns/>

Unsere Mitglieder



Klima-Check von Wahlprogrammen: Droht ein Rückschritt in der Klimapolitik?

20.12.2024 | NEWS

Eine Analyse des Deutschen Klima-Konsortiums, von Tilman Santarius und Lukas Weißenberger, Geschäftsstelle des Deutschen Klima-Konsortiums.

*Stand Februar 2025.**

Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahlen hat das Deutsche Klima-Konsortium jenen sieben Parteien, die eine reelle Chance haben, in den Bundestag einzuziehen oder bisher dort vertreten waren, einen Brief geschrieben, um aus wissenschaftlicher Sicht auf den Zustand der derzeitigen weltweiten Emissionen und der globalen Erwärmung hinzuweisen. Im Brief wurden vier zentrale Anliegen formuliert, die aus Sicht des Deutschen Klima-Konsortiums (DKK) in allen Parteiprogrammen berücksichtigt werden sollten, um den Klimawandel wirksam zu begrenzen. [Der vollständige Brief findet sich hier.](#)

Im Folgenden analysieren wir entlang dieser vier Anliegen, ob die Parteiprogramme von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP, die Linke, BSW und AfD den Kriterien des DKK entsprechen.

<https://www.deutsches-klima-konsortium.de/news/klimaschutz-wahlprogramme-bundestagswahl-wissenschaft/>

Das Deutsche Klima-Konsortium hat vier zentrale Anliegen formuliert, die in allen Parteiprogrammen berücksichtigt werden sollten, um den Klimawandel wirksam zu begrenzen.

1. **„Explizite Anerkennung der Klimaziele**, und zwar nicht nur des langfristigen Ziels der Treibhausgasneutralität bis 2045, sondern auch der Zwischenziele 2030 und 2040 [...]
2. **Benennung konkreter Ziele und Maßnahmen für alle Sektoren**, insbesondere für den Verkehrs- und Gebäudesektor, in denen bisher weniger Fortschritte erzielt wurden, damit die Klimaziele insgesamt verlässlich erreicht werden können [...].
3. Bereitstellung von ausreichenden öffentlichen Mitteln sowie die Benennung von Maßnahmen zu ihrer Mobilisierung für **umfassende Investitionen in die Dekarbonisierung von Infrastrukturen** [...]
4. **Benennung von Maßnahmen für eine sozial gerechte Klimapolitik**, vor allem wie die Einnahmen aus der steigenden CO₂-Bepreisung für eine Kompensation steigender Lebenshaltungskosten von Haushalten mit geringem Einkommen verwendet werden sollen.“



1. Eine explizite Anerkennung der deutschen Klimaziele, und zwar nicht nur des langfristigen Ziels der Treibhausgasneutralität bis 2045, sondern auch der Zwischenziele 2030 und 2040.

Im Programm der SPD steht, „wir bekennen uns klar zu den Klimazielen für Deutschland und die EU“, ohne jedoch zu konkretisieren, welche Ziele gemeint sind. Die Union benennt klar das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 – allerdings im Zusammenhang mit der Wahrung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Tragfähigkeit. Die wichtigen Zwischenziele für 2030 und 2040 nennt die Union nicht erwähnt. Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zum Ziel bis 2045 sowie zum minus-90%-Ziel bis 2040; das Ziel für 2030 bleibt jedoch außen vor. Das Parteiprogramm der Linken trägt als einziges der wissenschaftlichen Einschätzung Rechnung, dass die Ziele im Klimaschutzgesetz ambitionierter werden sollten, und möchte Treibhausgasneutralität bis 2040 erreichen; allerdings werden keine Etappenziele genannt.

Ganz im Gegensatz dazu verabschiedet sich die FDP vom bundesdeutschen Ziel der Klimaneutralität bis 2045 und möchte nur noch ein EU-weit einheitliches Ziel bis 2050 anstreben. Das BSW bekennt sich zwar zum Pariser Klimaabkommen, benennt aber weder lang- noch mittelfristige Ziele für Deutschland. Die AfD erklärt, dass die Frage nach dem Anteil des Menschen am Klimawandel wissenschaftlich ungeklärt sei, und möchte aus dem Pariser Abkommen und dem Europäischen Green Deal aussteigen.

<https://www.deutsches-klima-konsortium.de/news/klimaschutz-wahlprogramme-bundestagswahl-wissenschaft/>



Fazit:

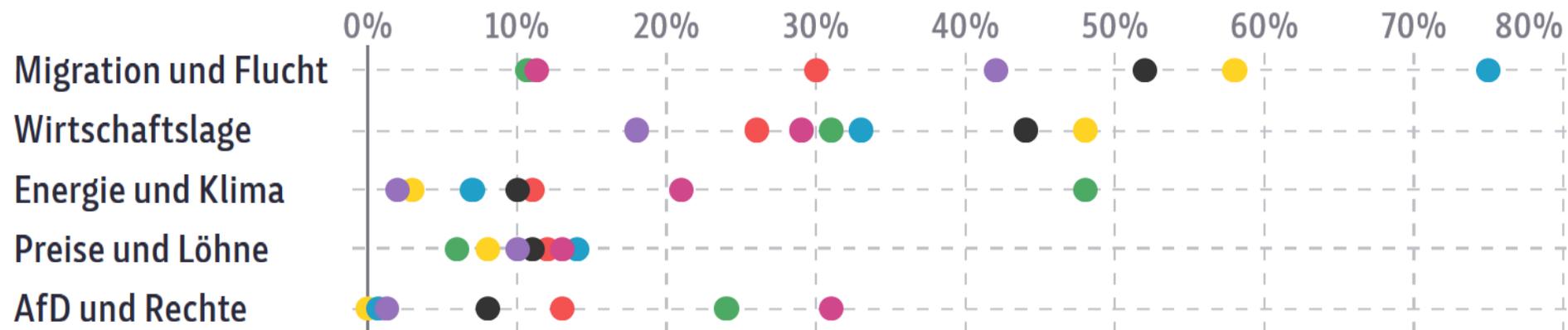
Das Programm der FDP steht für einen deutlichen Rückschritt in der Klimapolitik. Die Programme von Union und SPD deuten insgesamt keine Steigerung der klimapolitischen Ambitionen an; vor allem im Verkehrs- und Gebäudesektor steht auch das Programm der Union für einen Rückschritt. Das Programm vom BSW ist ambivalent, weil es zwar einige progressive klimapolitische Maßnahmen vorschlägt, aber zugleich wirksame bestehende Instrumente abschaffen möchte. Die AfD leugnet den Klimawandel und lehnt Klimapolitik prinzipiell ab.

Die Programme von Grünen und Linken sind am ehrgeizigsten. Während die Grünen mit Abstand die meisten konkreten Maßnahmen vorschlagen, scheuen sie im Vergleich zur Linken davor zurück, bei den übergeordneten klimapolitischen Zielen nachzubessern und die verbindlichen Sektorziele wieder einzuführen.

Wie die Anhänger der Parteien auf die wichtigsten Probleme blicken

Einschätzung der wichtigsten Probleme in Deutschland aufgeschlüsselt nach Wahlabsicht

● SPD ● CDU/CSU ● Grüne ● FDP ● AfD ● Linke ● BSW



Stand: 30.01.2025

Die Prozentwerte innerhalb einer Gruppe summieren sich teils zu mehr als 100 Prozent auf, da die Befragten zwei Probleme nennen können.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer

Gliederung des Vortrags



- 1) Klimawandel und Klimaschutz – (k)ein **Thema im Bundestagswahlkampf?**
- 2) Wie entwickelt sich der **Klimawandel?**
- 3) Welche Handlungsempfehlungen gibt es von **wissenschaftlicher Seite?**
- 4) Was sagen die **Wahlprogramme der Bundestagsparteien** zum Klimaschutz?
- 5) Gibt es **Parteien, die nicht im Bundestag vertreten** sind und sich für Klimaschutz stark machen?
- 6) **Wahl-o-mat** – Welche Parteien gelten diesem Tool nach als „klimafreundlich“?
- 7) „Mehr Klimaschutz“ – ein wichtiges Motiv bei der **Wahlentscheidung am 23.09.?**

An der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag nehmen 29 Parteien teil.

Neben den sieben bereits im Bundestag vertretenen Parteien sind dies:

- Freie Wähler
- Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei)
- Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis)
- Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die Partei)
- Die Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer
- Piratenpartei Deutschland (Piraten)
- Volt Deutschland (Volt)
- Ökologisch-Demokratische Partei – Die Naturschutzpartei (ÖDP)
- Südschleswigscher Wählerverband (SSW)
- Partei für Verjüngungsforschung (Verjüngungsforschung)
- Partei der Humanisten – Fakten, Freiheit, Fortschritt (PdH)
- Bündnis C – Christen für Deutschland (Bündnis C)
- Bayernpartei (BP)
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
- Menschliche Welt – für das Wohl und Glücklichein aller (Menschliche Welt)
- Partei des Fortschritts (PdF)
- Sozialistische Gleichheitspartei, Vierte Internationale (SGP)
- Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)
- Bündnis Deutschland
- Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)
- MERA25 – Gemeinsam für Europäische Unabhängigkeit (MERA25)
- WerteUnion

Welche Parteien gibt es, die nicht im Bundestag vertreten sind und sich besonders für Klimaschutz einsetzen? Beispiel VOLT

KURZWAHLPROGRAMM VOLT DEUTSCHLAND ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025

HOLEN WIR UNS DIE ZUKUNFT ZURÜCK

Volt

INHALT

ENTSCHEIDE DICH FÜR KLIMANEUTRALE LÖSUNGEN	6
ENTSCHEIDE DICH FÜR DIGITALE UND SMARTE LÖSUNGEN	7
ENTSCHEIDE DICH FÜR EINE SMARTE UND GRÜNE WIRTSCHAFT	8
ENTSCHEIDE DICH FÜR EINE STARKE BILDUNG UND DEMOKRATIE	9
ENTSCHEIDE DICH FÜR EINE LEBENSWERTE UMWELT	10
ENTSCHEIDE DICH FÜR EIN BEZAHLBARES LEBEN	11
ENTSCHEIDE DICH FÜR EIN SOZIALES MITEINANDER	12
ENTSCHEIDE DICH FÜR EIN STARKES EUROPA	13
ENTSCHEIDE DICH FÜR DIE BESTEN LÖSUNGEN AUS GANZ EUROPA	14

ENTSCHEIDE DICH FÜR KLIMANEUTRALE LÖSUNGEN

ENTSCHEIDE DICH

- für bis zu **60 Mrd. €** Ersparnisse durch die komplette **Abschaffung klimaschädlicher Subventionen bis 2028.**
- für **Wälder und Moore**, die wiederhergestellt sind und CO₂ speichern.
- für Energie, die zu **100 % von Solaranlagen** auf Dächern oder in **Windparks** vor den Küsten erzeugt wird.
- für eine **Wirtschaft, die zirkulär** arbeitet und Abfall zum wertvollen Rohstoff macht.
- für Städte, in denen Fahrräder, sichere Fußwege, E-Busse und günstige Straßenbahnen **dich sicher und nachhaltig in 15 Minuten an jedes Ziel bringen.**
- für klare **Klima- und Umweltziele in der Wirtschaft.**
- für ein dichtes Netz von Schnellladestationen für E-Mobilität und ein **Tempolimit** und die Autobahnmaut.
- für einen **Stopp fossiler Energieträger** in Industrieanlagen bis 2035.
- für **mehr Frischluft und mehr Geld in deinem Geldbeutel** durch kommunale und gemeinschaftliche Gewinne aus Energiegenossenschaften.
- für **Hochgeschwindigkeitszüge**, die uns mit allen europäischen Metropolen verbinden und das deutschlandweite **49 € Ticket**, das Mobilität erschwinglich macht.

Welche Parteien gibt es, die nicht im Bundestag vertreten sind und sich besonders für Klimaschutz einsetzen? Beispiel ÖDP

Mit Ihnen & Dir für ein gerechtes Wir.

WAHL 2025

PROGRAMM

zur Bundestagswahl

ödp

Inhalt

6 Klima-, Umwelt- und Artenschutz

- 6 Treibhausgas-Emissionen beenden und CO₂ der Atmosphäre entziehen
- 7 Energie- und Ressourceneinsatz verringern
- 7 100 % erneuerbare Energien bis 2030
- 8 Nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Grundstoffe
- 9 Umfassende Mobilitätswende
- 10 Boden- und Artenschutz
- 11 Sicherung der Wasserversorgung

12 Demokratie, sozialer Frieden und Verteilungsgerechtigkeit

- 12 Sozialer Frieden und Verteilungsgerechtigkeit
- 13 Demokratie

15 Reform der Arbeitswelt und der Sozial- und Gesundheitssysteme

- 15 Die Verwerfungen am Arbeitsmarkt sind wesentlich größer, als die Arbeitslosenquoten erwarten lassen
- 16 Die ÖDP streitet für die volle Anerkennung der wichtigen Erziehungs- und Pflegearbeiten im privaten Bereich
- 17 Dringend notwendige Maßnahmen zur Reform unseres sozialen Sicherungssystems
- 18 Das neue System ist finanzierbar
- 19 Gesundheit

21 Ganzheitliche Bildung und Erziehung

- 21 Bildung und Erziehung – wichtige Grundlagen für unsere Zukunft
- 22 Studieren und lernen unabhängig von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen

Seite 2

Klima-, Umwelt- und Artenschutz

Seite 6

Klima-, Umwelt- und Artenschutz

„Weniger ist mehr“ ist die beste Grundlage für wirksamen Schutz der Artenvielfalt, der Ökosysteme und des Klimas.

„Weniger ist mehr“ ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen wie Luft, Wasser, Boden, Wald und Rohstoffe.

„Weniger ist mehr“ bedeutet für die ÖDP Energieeinsparung, die Nutzung erneuerbarer Energien, Ökolandbau und Vorrang für eine Mobilität mit weniger motorisiertem Verkehr, Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie weniger Lärm- und Umweltbelastung.

„Weniger ist mehr“ wird erreicht durch einen Mix an Instrumenten: Beendigung umweltschädlicher Subventionen, ökologische Kostentransparenz und Einführung eines verbindlichen globalen Systems zur Herstellung einer Nullemissionswirtschaft.

Treibhausgas-Emissionen beenden und CO₂ der Atmosphäre entziehen

Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels durch Klimaneutralität bis 2030 und anschließende Senkung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre unter 350 ppm, um die Gefahr einer Heizeit abzuwenden.

Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre mit umweltverträglichen Methoden, vor allem durch gesunde Böden und Humusaufbau in Land- und Forstwirtschaft sowie Anreicherung von Ackerböden mit pflanzenkohlehaltigem Kompost (z. B. Terra preta) aus nachhaltiger Produktion.



Sollte man eine kleine Partei wählen, wenn einen deren Klimaschutz-Programm überzeugt?

CAMPACTS KRITIK: STIMMEN FÜR VOLT KÖNNTEN VERLOREN GEHEN

Campact, eine etablierte NGO, die sich für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie starkmacht, warnt in einer Kampagne vor einem Wahlerfolg von Volt. Die Kernargumente lauten:

- **Volt wird die 5%-Hürde nicht überwinden:** Die Partei erreichte bei der letzten Bundestagswahl nur 0,4 % und liegt aktuell in Umfragen unter 3 %.
- **Verlorene Stimmen stärken indirekt rechte Parteien:** Stimmen für Volt könnten im schlechtesten Fall unberücksichtigt bleiben, wodurch das progressive Lager insgesamt geschwächt wird.
- **Strategische Wahlentscheidung notwendig:** Campact argumentiert, dass es sinnvoller sei, etablierte progressive Parteien (SPD, Grüne, Linke) zu wählen, um sicherzustellen, dass eine CDU-geführte Regierung verhindert wird.

Diese Argumentation folgt einem pragmatischen Ansatz, der sich auf Wahlarithmetik stützt. Campact sieht Volt nicht als realistischen Machtfaktor und plädiert für Konzentration auf Parteien mit gesicherter Bundestagspräsenz.

Sollte man eine kleine Partei wählen, wenn einen deren Klimaschutz-Programm überzeugt?

VOLT WEHRT SICH: WIR SIND ENTSCHEIDEND FÜR EINE PROGRESSIVE MEHRHEIT

Die Partei Volt sieht sich durch die Campact-Kampagne unfair behandelt und kontert mit einer eigenen Argumentation:

- **Volt wächst schnell:** Die Partei hat nach eigenen Angaben seit der Europawahl 2024 ihre Mitgliederzahl verdoppelt und alle notwendigen Unterschriften für die Bundestagswahl gesammelt.
- **Neue Stimmen fürs progressive Lager:** Volt behauptet, dass sie neue Wähler:innen mobilisieren, die SPD, Grüne oder Linke nicht erreichen.
- **Ohne Volt keine Mehrheit gegen CDU und AfD:** Laut Volt könnten sie mindestens 32 Mandate ins progressive Lager bringen. Ohne sie drohe eine unionsgeführte Regierung unter Friedrich Merz.
- **Demokratische Vielfalt ist wichtig:** Volt kritisiert, dass Campact einseitig etablierte Parteien unterstützt und damit kleinere, innovative politische Bewegungen benachteiligt.

Volt setzt damit auf einen optimistischen und mobilisierenden Ansatz, der auf den Wunsch vieler Wähler:innen nach neuen politischen Alternativen setzt.

Sollte man eine kleine Partei wählen, wenn einen deren Klimaschutz-Programm überzeugt?

DIE GRUNDLEGENDE FRAGE: IST STRATEGISCHES WÄHLEN SINNVOLL ODER SCHADET ES DER DEMOKRATIE?

Die Auseinandersetzung zwischen Volt und Campact wirft eine grundlegende Debatte auf: Sollte sich die politische Landschaft weiterhin auf wenige große Fraktionen konzentrieren, oder ist es Zeit für mehr Vielfalt im Bundestag?

Campacts Perspektive folgt einer pragmatischen Logik: Ein zersplittertes progressives Lager könnte es der CDU erleichtern, an die Macht zu kommen. Volt hingegen argumentiert für eine Stärkung demokratischer Vielfalt und warnt vor einer Bevormundung der Wähler:innen durch taktische Wahlempfehlungen.

Letztlich bleibt die Entscheidung den Wähler:innen selbst überlassen. Wer sicherstellen will, dass seine Stimme auf jeden Fall in den Bundestag einfließt, wird Campacts Argumente nachvollziehen können. Wer hingegen eine politische Erneuerung und eine größere Vielfalt im Parlament wünscht, könnte sich mit Volts Position identifizieren.

Gliederung des Vortrags



- 1) Klimawandel und Klimaschutz – (k)ein **Thema im Bundestagswahlkampf?**
- 2) Wie entwickelt sich der **Klimawandel?**
- 3) Welche Handlungsempfehlungen gibt es von **wissenschaftlicher Seite?**
- 4) Was sagen die **Wahlprogramme der Bundestagsparteien** zum Klimaschutz?
- 5) Gibt es **Parteien, die nicht im Bundestag vertreten** sind und sich für Klimaschutz stark machen?
- 6) **Wahl-o-mat** – Welche Parteien gelten diesem Tool nach als „klimafreundlich“?
- 7) „Mehr Klimaschutz“ – ein wichtiges Motiv bei der **Wahlentscheidung am 23.09.?**

Wahl-O-Mat®

Bundestagswahl 2025

Start

Alle 29 Parteien, die zur Wahl antreten, haben die Wahl-O-Mat-Thesen beantwortet. Jetzt sind Sie an der Reihe: Vergleichen Sie Ihre Standpunkte mit den Antworten der Parteien.

- Online-Tool der **Bundeszentrale für politische Bildung**
- **38 Fragen an Wähler:innen** zu ihren politischen Präferenzen
- Das Tool prüft die Übereinstimmung der angegebenen Präferenzen mit den Aussagen der Wahlprogramme aller **29 zur Bundestagswahl am 23.02.2025 antretenden Parteien.**

Wahl-O-Mat®

Bundestagswahl 2025

37/38 Fossile Brennstoffe

Neue Heizungen sollen auch zukünftig vollständig mit fossilen Brennstoffen (z. B. Gas oder Öl) betrieben werden dürfen.

stimme zu

neutral

stimme nicht zu

[These überspringen →](#)



- **6 von 38 Fragen** haben einen besonders offensichtlichen **Bezug zum Thema „Klimaschutz“**. Diese Fragen wurden im Sinne eines verbesserten Klimaschutzes beantwortet.
- Diese 6 Fragen wurden zudem in der finalen Gewichtung der Fragen jeweils **mit doppeltem Gewicht versehen**, um ihre Bedeutung hervorzuheben.
- Alle anderen 32 Fragen wurden mit **„neutral“** beantwortet, um den Fokus der Übereinstimmung mit Parteiprogrammen möglichst auf die Fragestellung „mehr/besserer Klimaschutz“ zu fokussieren.

2/38 Erneuerbare Energien

stimme zu

Der Ausbau erneuerbarer Energien soll weiterhin vom Staat finanziell gefördert werden.

4/38 Tempolimit auf Autobahnen

stimme zu

Auf allen Autobahnen soll ein generelles Tempolimit gelten.

18/38 Ökologische Landwirtschaft

stimme zu

Ökologische Landwirtschaft soll stärker gefördert werden als konventionelle Landwirtschaft.

24/38 Verwerfen der Klimaziele

stimme nicht zu

Deutschland soll das Ziel verwerfen, klimaneutral zu werden.

28/38 Schiene vor Straße

stimme zu

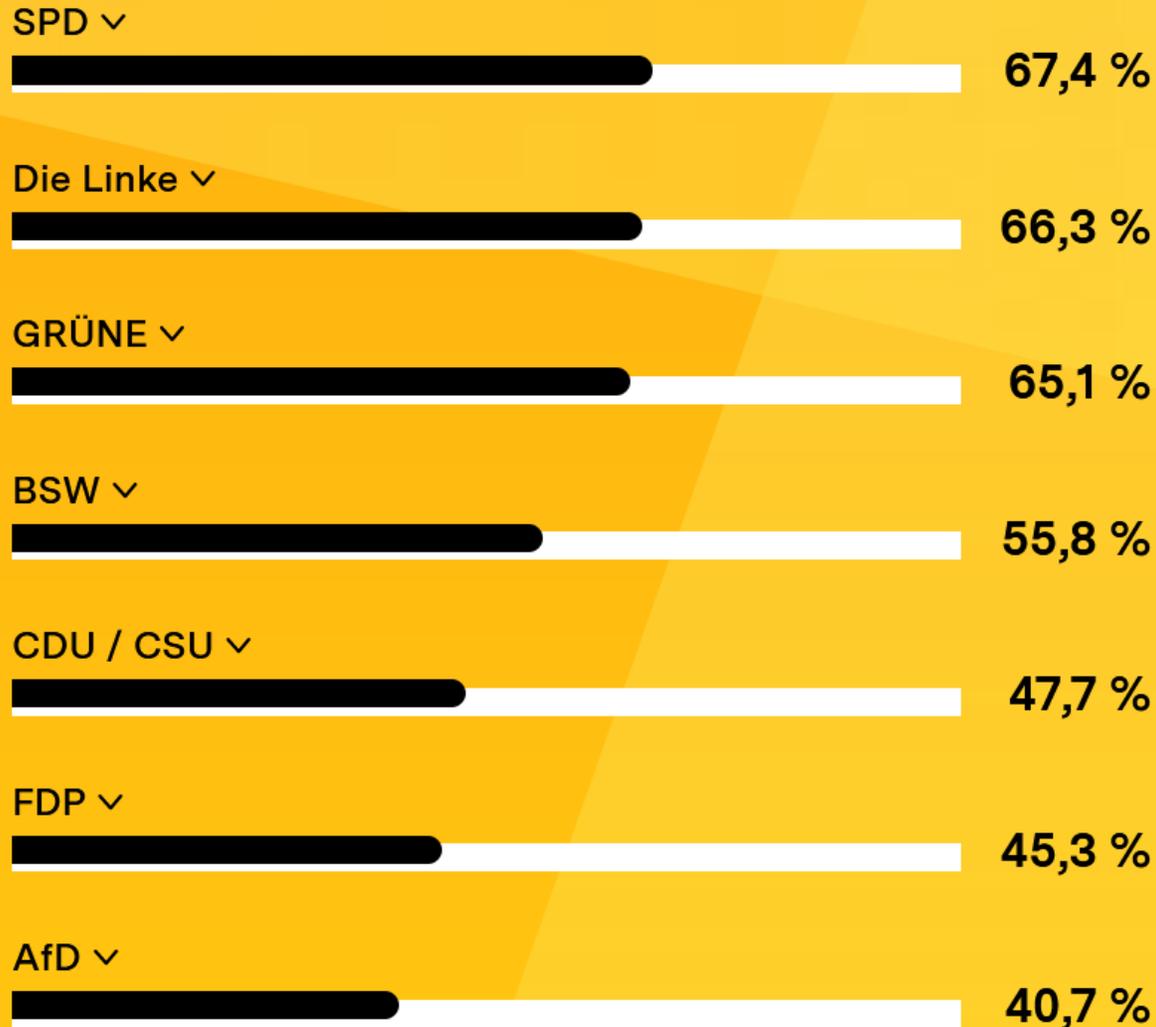
Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll die Schiene Vorrang vor der Straße haben.

37/38 Fossile Brennstoffe

stimme nicht zu

Neue Heizungen sollen auch zukünftig vollständig mit fossilen Brennstoffen (z. B. Gas oder Öl) betrieben werden dürfen.

Ihr Wahl-O-Mat-Ergebnis



Hohe Übereinstimmungen Ihrer Antworten mit mehreren Parteien bedeuten nicht zwangsläufig eine inhaltliche Nähe dieser Parteien zueinander.

- Auffällig ist, dass **SPD, Die Linke und GRÜNE fast identische Übereinstimmungsquoten** haben (65 – 67 Prozent). Dies liegt u.a. daran, dass die „Klimaschutz-Fragen“ das Gesamtergebnis nur zu 27% beeinflusst und bei dem hier dokumentierten Durchlauf des Wahl-O-Mats alle anderen Fragen mit „neutral“ beantwortet wurden.
- Das Wahl-O-Mat-Ergebnis zeigt die methodischen Grenzen eines Tools, dass **nur wenige Fragen mit Klimaschutzbezug** umfasst. Denn nach Aussage der differenzierten „Wahlprogramm-Checks“, u.a. von Reiner-Lemoine-Stiftung und Klimakonsortium Deutschland, ist das Programm der Grünen, aber auch der Linken deutlich klimaschutz-orientierter als das der anderen Parteien.
- **FDP/AfD** befinden sich **auf den hinteren Rängen**.

Gliederung des Vortrags



- 1) Klimawandel und Klimaschutz – (k)ein **Thema im Bundestagswahlkampf?**
- 2) Wie entwickelt sich der **Klimawandel?**
- 3) Welche Handlungsempfehlungen gibt es von **wissenschaftlicher Seite?**
- 4) Was sagen die **Wahlprogramme der Bundestagsparteien** zum Klimaschutz?
- 5) Gibt es **Parteien, die nicht im Bundestag vertreten** sind und sich für Klimaschutz stark machen?
- 6) **Wahl-o-mat** – Welche Parteien gelten diesem Tool nach als „klimafreundlich“?
- 7) „Mehr Klimaschutz“ – ein wichtiges Motiv bei der **Wahlentscheidung am 23.09.?**

Die Bundestagswahl ist klima-entscheidend – denn auf der Bundesebene werden die (finanziellen) Weichen für mehr Klimaschutz gestellt.

Dezernat Zukunft beziffert die notwendigen Finanzierungsbedarfe auf Basis der öffentlich vorliegenden Gutachten und Studien im Bereich Klimatransformation auf 406,4 Mrd. Euro für die Jahre 2025–2030

BEREICH	ZUSATZBEDARF (in Mrd. Euro)		
	BUND	LÄNDER	KOMMUNEN
Dekarbonisierung (ohne Bahn, ÖPNV, Stromnetze)	159,0	10,8	37,8
Bahn	62,0		
ÖPNV		38,2	
Klimaanpassung		9,5	28,5
Produktion Energiewendetechnologien	13,5		
Klimaschutzmaßnahmen in Krankenhäusern		7,1	
Eigenkapital für Strom- und Wärmenetzausbau	15,0	25,0	
Summe	249,5	90,6	66,3

Quelle: Dezernat Zukunft

„Unsere Untersuchung zeigt, dass die Bandbreite der Vorschläge extrem auseinandergeht. Von konstruktiven Vorschlägen bis hin zu radikalen Kehrtwenden ist alles dabei. **Die Wählerinnen und Wähler haben diesmal wirklich die Wahl, wie es mit der Energiewende weitergehen soll.** Je nachdem, welche Mehrheiten sich am 23. Februar ergeben und welche Partei sich in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen wird, kann die Transformation des Energiesystems entweder beendet, gedrosselt oder aber konstruktiv weitergegangen werden. **Die Bundestagswahlen sind daher auch Energiewende-Wahlen**“, sagt Martha Hoffmann, kommissarische Leiterin des Reiner Lemoine Kollegs.



KLIMASCHUTZ

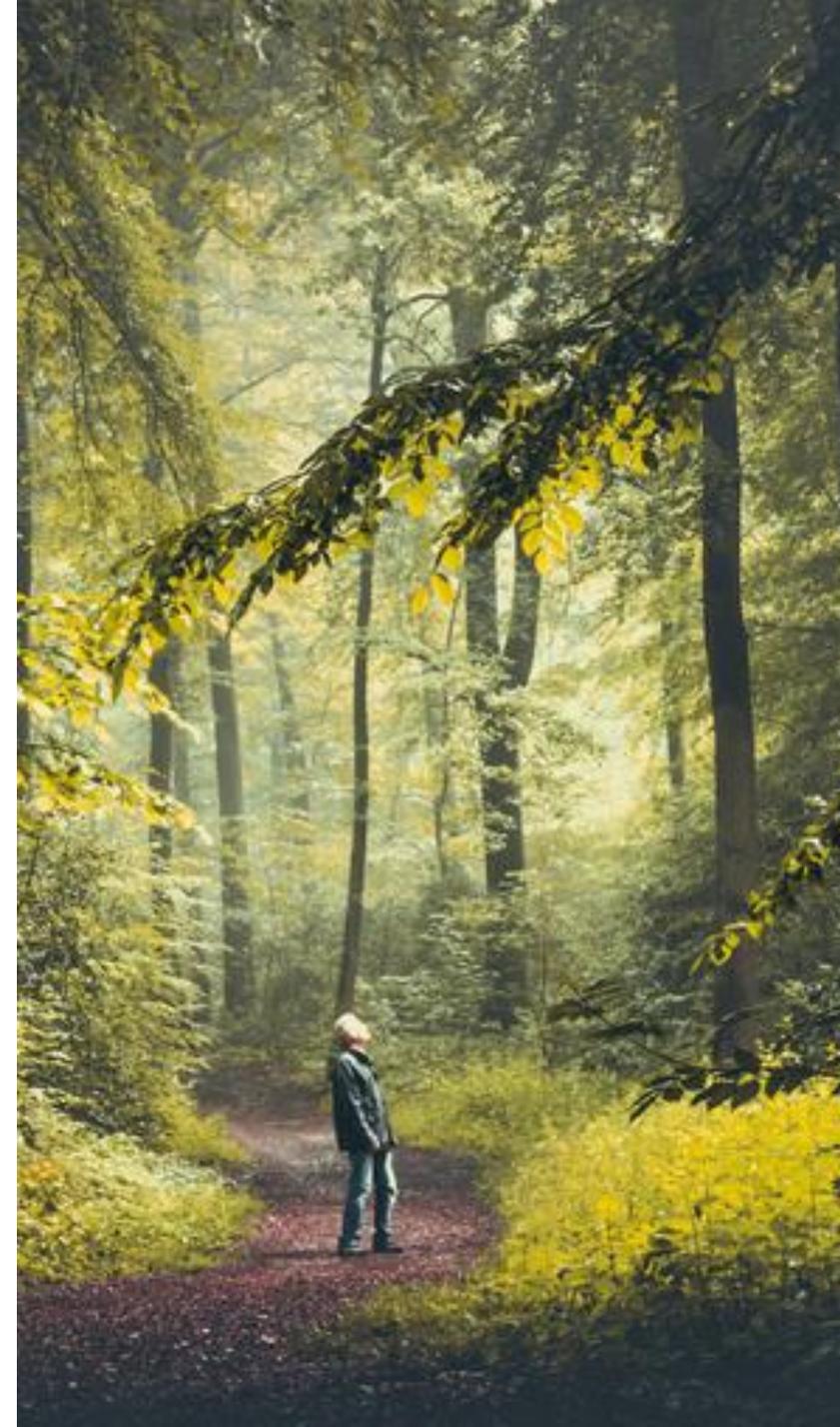
IST DIE MUTTER ALER

PROBLEMLÖSUNGEN

„Klimaschutz ist die Mutter aller Problemlösungen“

Ein **konsequenter und effektiver Klimaschutz...**

- bewahrt die **Vielfalt und Schönheit des Lebens** auf unserem Planeten
- kann schon heute **neue Lebensqualitäten** schaffen (u.a. lebenswertere Städte, mehr Wälder, Anlässe für Gemeinschaft/Kooperation)
- schützt unsere **Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen**
- trägt dazu bei, dass Menschen ihre **Heimat behalten** können – insb. in heißen/armen Ländern
- sorgt für **mehr Gerechtigkeit**, wenn er mit sozialen Ausgleichmaßnahmen einhergeht
- ist **günstiger und effizienter** als Maßnahmen für eine Anpassung an den Klimawandel
- sichert **Wahlfreiheiten** für künftige Generationen



Nutzen Sie Ihr Wahlrecht.

Verleihen Sie dem Zukunftsanliegen „Klimaschutz“
Gewicht mit Ihrer Wahlentscheidung !



Parents for Future

Den Protest der Jugend unterstützen –
Einsatz für eine bessere Klimaschutz-
Politik

Unsere nächsten Treffen:

Datum: 12.03., 09.04., 14.05., 11.06.2025

Zeit: 19:00 Uhr

Ort: LuheTreff - Haus der Vereine, Deichstraße 30,
21423 Winsen



Foto: Fridays For Future Winsen

Weitere Infos und Termine:
www.parentsforfuture.de/de/winsen



WINSEN SCHÜTZT DAS KLIMA



2025

Veranstaltungen & Aktionen

Klimaschutz
NETZWERK
WINSEN

Januar-März

- 14.02. **Klimastreik**
Fr. 11:30 Uhr (Abfahrt: 11:48 Uhr, Metronom RB 31)
Bahnhof Winsen, Gleis 1
- 17.02. **Klimaschutzpolitik**
Mo. 19:00 Uhr, LuheTreff, Deichstraße 30
- 21.+28.02. **Wärmepumpe**
Fr. 18:00 Uhr, KVHS, St.-Barbara-Weg 1
- 06.03. **Lesung: Zukunft zurückholen**
Do. 19:00 Uhr, Marstall Winsen, Schloßplatz 11
- 06.03.-17.04. **Fastenaktion: So viel Du brauchst**
donnerstags jeweils 18:00 Uhr, wechselnde
Kirchengemeinden
- 06.03. **E-Mobilitätskurs**
Do. 1. Termin: Donnerstag, 06. März 2025 (Präsenz)
2. Termin: Donnerstag, 13. März 2025 (online)
jeweils 19:00 Uhr, KVHS, St.-Barbara-Weg 1
- 12.03. **Küchenmagie: Kochen mit Foodsharing**
Mi. 17:30 Uhr, Lehrküche der KVHS,
Schulkamp 11a, 21220 Seevetal-Maschen
- 13.03. **Solarpark Grevelau**
Do. 18:00 - 19:30 Uhr, Marstall Winsen,
Schloßplatz 11
- 22.03. **Winsen räumt auf**
Sa. Finale: 13:00 Uhr, Schloßplatz Winsen
- 22.03. **Earth Hour**
Sa. 20:30 - 21:30 Uhr, Schloßplatz, Winsener
Innenstadt (oder bei Dir zu Hause!)
- 27.03. **Naturbad**
Do. 16:00 Uhr, im Eckermannpark, Hansestraße 21

April-Juni

- 05.04. **Carsharing**
Sa. 15:00 - 17:00 Uhr, Stadtwerke Winsen (Luhe),
Schloßring 50
- 26.04. **Initiativen im Austausch**
Sa. 09:30 - 13:30 Uhr, Ort s. Teilnahmebestätigung
- 26.04. **Pflanzentauschbörse**
Sa. 10:00 - 13:00 Uhr, Stadtbücherei Winsen (Luhe),
Schloßplatz 11
- 03.05. **Inner Development Goals**
Sa. 09:30 - 16:00 Uhr, Ort s. Teilnahmebestätigung
- 06.05. **Photovoltaik**
Di. 17:00 Uhr, KVHS, St.-Barbara-Weg 1
- 10.05. **Ökolandbau**
Sa. 15:00 Uhr, Am Bruchfelde 5,
21271 Hanstedt-Ollsen

- 20.05. **Transformation**
Di. 17:00 Uhr, Ort s. Anmeldebestätigung
- 24.05. **Kompost & Recycling**
Sa. 10:00 - 16:00 Uhr, Kompostplatz Drage
- 25.05. **Green Lunch**
So. 12:00 - 14:00 Uhr, Marktstraße, Innenstadt
- 02.06. **Digitaler Klimaschutz**
Mo. 19:00 Uhr, Online-Kurs
- 02.-22.06. **StadtRadeln**
Mo.- So. www.stadtradeln.de/winsen
- 16.06. **Fördermittel**
Mo. 19:00 - 21:00 Uhr, LuheTreff, Deichstraße 30
- 19.06. **Solarstrom vom Dach**
Do. 18:00 - 19:30 Uhr, Marstall Winsen,
Schloßplatz 11
- 26.06. **Theater: 17 Ziele**
Do. 13:00 Uhr, Oberstufengebäude des
Gymnasiums Winsen, Bürgerweide 9

August - Dezember

- 20.08. **WerkStadt Lüneburg**
Mi. 18:00 Uhr, Treffpunkt Bhf. Winsen, Vorplatz
Ziel: Blümcensaal 1b, 21337 Lüneburg
- 28.08. **Fahrradpioniere**
Do. 19:00 Uhr, Marstall Winsen, Schloßplatz 11
- 07.09. **Tag der Schöpfung**
So. 15:00 Uhr, Treffpunkt: Parkplatz des
Krankenhauses Winsen, Roydorfer Str. 17
- 14.09. **Klimaschutz-Markt**
So. 11:00 - 18:00 Uhr, Luhegärten
- 20.09. **Nachhaltige Mobilität**
Sa. 10:00 - 17:00 Uhr, Schloßplatz Winsen
- 20.09. **Tag der E-Mobilität**
Sa. 11:00 - 16:00 Uhr, Stadtwerke Winsen (Luhe),
Schloßring 50
- 24.09. **Film: Der automobile Mensch**
Mi. 19:00 Uhr, Cinemotion Kino Winsen
- 06.10. **Ohne Öl & Gas**
Mo. 19:00 - 21:00 Uhr, LuheTreff, Deichstraße 30
- 14.10. **Kommunale Wärmeplanung**
Di. 18:00 Uhr, Marstall Winsen, Schloßplatz 11
- 11.11. **Dachdämmung**
Di. 19:00 - 21:00 Uhr, LuheTreff, Deichstraße 30
- 24.11. **Film: urgewald**
Mo. 19:00 Uhr, Cinemotion Kino Winsen
- 10.12. **Earthshot Prize: Gewinner**
Mi. 19:00 Uhr, Gemeindesaal St. Marien, Kirchstr. 2



Klimaschutz
NETZWERK
WINSEN

WINSEN
SCHÜTZT
DAS
KLIMA



Zukunft zurückholen

Buchlesung mit
Rudi Anschober

Donnerstag, 06. März 2025
19:00 Uhr
Marstall Winsen, Schloßplatz 11,
21423 Winsen (Luhe)

06.03.